

Werk

Titel: Heft 1

Ort: Bern

Jahr: 2006

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0021 | LOG_0004

Kontakt/Contact

[Digizeitschriften e.V.](#)
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Sozial.Geschichte

Heft 1
2006

Zeitschrift für historische Analyse
des 20. und 21. Jahrhunderts

GESELLSCHAFTSKRITIK IN
DER FRANZÖSISCHEN SOZIOLOGIE HEUTE
IG FARBENINDUSTRIE UND AUSCHWITZ
TRANSKULTURELLE GESELLSCHAFTSSTUDIEN
GÖTZ ALY ANTWORTET SEINEN KRITIKERN

Peter Lang

Anschrift der Redaktion

Zeitschrift *Sozial. Geschichte*
Fritz-Gansberg-Straße 14, D-28213 Bremen
Redaktionssekretariat
Tel: 0049 421-218-9125
Fax: 0049 421-218-9496
E-Mail: Sozial.Geschichte@brainlift.de
Internet: www.stiftung-sozialgeschichte.de

Verlag

Peter Lang AG
Europäischer Verlag der Wissenschaften
Hochfeldstrasse 32
CH – 3000 Bern 9
Tel: 0041 31 306 17 17
Fax: 0041 31 306 17 27
E-Mail: Info@peterlang.com
Internet: www.peterlang.net

Satz und Druck

Satz: Renate Rolfs, Dreis-Brück, Deutschland
Druck: Rosch Buch GmbH, Deutschland

Erscheinungsweise

Dreimal pro Jahr: Februar, Juni, Oktober

Preis

Einzelheft: CHF 20.– / € 1* 13.30 / € 2** 12.40
Abonnement: CHF 48.– / € 1* 34.– / € 2** 32.–
Zu beziehen direkt über den Verlag www.peterlang.net
ISSN 1660-2870 (früher 0930-9977)

All manuscripts submitted to this journal are peer reviewed before being considered for publication by the editors. Articles in this journal are abstracted and indexed in Historical Abstracts and America: History and Life

Hinweise zur Manuskriptvorbereitung können aus dem Internet www.stiftung-sozialgeschichte.de heruntergeladen oder im Redaktionssekretariat angefordert werden.

Ausführliche Hinweise zur Redaktion finden sich auf Seite 2.

* Der €1-Preis ist inkl. MwSt. und nur gültig für Deutschland und Österreich.

** Der €2-Preis ist excl. MwSt.

Sozial.Geschichte
**Zeitschrift für historische Analyse
des 20. und 21. Jahrhunderts**

Herausgeber

Karl Heinz Roth, Angelika Ebbinghaus, Marcel van der Linden
Im Auftrag der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bremen

Redaktion

Die Herausgeber in Zusammenarbeit mit den Themenredaktionen

Globalgeschichte

Matthias Middell, Christian Gerlach

Zwangsmigration und Genozid

Ingo Haar, Claudia Kraft
Jürgen Zimmerer, Dominik Schaller

Geschlechtergeschichte

Jutta Schwarzkopf, Eva Schöck-Quinteros

Historische Faschismusanalyse

Rüdiger Hachtmann, Sven Reichardt
Marc Buggeln, Jörg Wollenberg

Geschichte der Sozialwissenschaften

Lothar Peter
Sergio Bologna, Heidrun Kaupen-Haas
Stephan Moebius, Gerhard Schäfer

Historiographieggeschichte

Peter Schöttler, Mario Wimmer

Naher und Mittlerer Osten

Ursula Günther, Moshe Zuckermann

Psychohistorie, Medizingeschichte

Wolfgang U. Eckart, Angelika Ebbinghaus

Transnationale Arbeitsgeschichte

Marcel van der Linden
Walther L. Bernecker, Andrea Komlosy

Geschichte Nordamerikas

Olaf Stieglitz, Dirk Hoerder
Michaela Hampf, Christiane Harzig

Wirtschaftsgeschichte/-theorie

Bernhard Walpen
Michael Krätke, Dieter Plehwe

Migrationsgeschichte

Christiane Harzig
Michael Esch, Dirk Hoerder

Kolonialismus / Postkolonialismus

Jürgen Zimmerer
Sebastian Conrad, Sabine Dabringhaus
Thomas Fischer, Christian Geulen

Osteuropa / Staatssozialismus

Mario Keßler, Lars Karl
Erika Voigt, Stefan Wiederkehr

1968 und die Folgen

Hanno Balz, Angelika Ebbinghaus

Historische Demographie und Sozialgeschichte

Josef Ehmer, Alexander Pinwinkler
Angélique Janssens, Susan Zimmermann

Kultur und Geschichte

Konrad Boehmer (Musik)

Weitere Angaben und Kontaktmöglichkeiten zu den Themenredaktionen finden Sie unter
www.stiftung-sozialgeschichte.de

Wissenschaftlicher Beirat

David Montgomery, Adelheid von Saldern, Heide Gerstenberger, Hans Medick

Anschrift der Redaktion

Zeitschrift *Sozial.Geschichte*
Fritz-Gansberg-Straße 14, D-28213 Bremen
Lektorat Angelika Ebbinghaus
Redaktionssekretariat Jana Sonntag Tel: 0049(0)421-218-9125 Fax: 0049(0)421-218-9496
E-Mail: Sozial.Geschichte@brainlift.de
Homepage www.stiftung-sozialgeschichte.de

Hinweise zum Bestellen, Kaufpreis und Verlag finden sich auf der Innenseite des Umschlags

Sozial.Geschichte
**Zeitschrift für historische Analyse
des 20. und 21. Jahrhunderts**
Neue Folge, 21. Jahrgang, , Februar 2006, Heft 1

Sozial.Geschichte ist die Neue Folge von 1999
Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts

Sozial.Geschichte Heft 1/2006

Inhalt

Editorial	6
Forschung	
<i>Lothar Peter</i> Neue soziale Bewegungen, soziale Frage und Krise der Arbeit: Sozialkritik in der französischen Soziologie heute (Teil I)	9
<i>Florian Schmaltz</i> Die IG Farbenindustrie und der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz 1941–1942	33
Diskussionsforum Sozialgeschichte (2)	
<i>Dirk Hoerder</i> Transkulturelle Gesellschaftsstudien – Transcultural Societal Studies	68
Diskussionsforum Historische Faschismusanalyse (2)	
<i>Götz Aly</i> Antworten auf meine Kritiker	79
Rezensionen	
<i>Jürgen Martschukat/Olaf Stieglitz</i> ›Es ist ein Junge!‹ Einführung in die Geschichte der Männlichkeit in der Neuzeit, besprochen von Christiane Harzig	104
<i>Jochen Oltmer (Hg.)</i> Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs, besprochen von Wolfgang U. Eckart	104
<i>Wigbert Benz</i> Paul Carell – Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, besprochen von Heinrich Senfft	105

<i>Rainer Karlsch</i> Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, besprochen von Rüdiger Hachtmann	108
<i>Lil-Christine Schlegel-Voß</i> Alter in der »Volksgemeinschaft«. Zur Lebenslage der älteren Generation im Nationalsozialismus, besprochen von Karsten Linne	110
Annotationen	
<i>Isabel V. Hull</i> Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany (D.S.); <i>Jörg Strübing/Bernt Schnettler</i> (Hg.) Methodologie interpretativer Sozialforschung. Klassische Grundlagentexte (S.M.); Homeland Securities. Sonderheft der Radical History Review (O.S.); <i>Patrick Manning</i> Migration in World History (D.H.); <i>Alessandra Venturini</i> Postwar Migration in Southern Europe, 1950–2000 (D.H.); <i>Felicitas Becker/Jigal Beez</i> (Hg.) Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905–1907 (D.S.)	113
sozial.geschichte.extra	115
Aus Zeitschrift und Stiftung	116
Bucheingänge	117
Summaries	119
Autorinnen und Autoren	123

Editorial

LIEBE Leserin, lieber Leser,
Mit diesem Heft geht die Neue Folge unserer Zeitschrift in ihren vierten Jahrgang. Dass wir mit der konzeptionellen Veränderung mehr beabsichtigen als eine Bereicherung des wissenschaftlichen Felds, haben wir immer wieder betont. Der sich immer deutlicher akzentuierende große Umbruch des Weltsystems verlangt die Erarbeitung neuer transnationaler, transkultureller und transdisziplinärer Perspektiven auf die Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturgeschichte. Er hat sich inzwischen derart beschleunigt, dass die empirische Einlösung dieser programmatischen Absichtserklärungen immer dringlicher geworden ist. Wir bemühen uns verstärkt um Beiträge, in denen dieser Anspruch exemplarisch verwirklicht ist.

Im Wissen um diese Zusammenhänge legen wir Ihnen die erste Ausgabe der – unseren Planungsrahmen abschließenden – Jahrgänge 2006 und 2007 vor. Auf dem Weg dorthin gelang es uns, die bei den Themenredaktionen noch bestehenden Lücken zu schließen. Sie sind inzwischen weitgehend besetzt, aber noch unterschiedlich aktiv. Manche rote Fäden sind mittlerweile deutlich geworden, etwa durch die Diskussionsforen zur Standortbestimmung der Sozialgeschichte heute sowie zur historischen Faschismusanalyse, aber auch durch die Beiträge, die außereuropäische Sichtweisen auf die Globalgeschichte profilieren. Im Herbst dieses Jahrs wollen wir dann auf einer zweiten Redaktionskonferenz Bilanz ziehen.

Das vorliegende Heft bewegt sich zwischen der sozialwissenschaftlichen Gegenwartsanalyse, Methodenfragen der Sozialgeschichtsschreibung und den noch immer offenen Problemen der historischen Faschismusforschung. Im einleitenden Beitrag resümiert Lothar Peter die Folgen der Zerstörung sozialstaatlicher Ausgleichsmechanismen für die französischen Unterklassen in ihrer Wahrnehmung durch die zeitgenössische Soziologie. Dirk Hoerder berichtet über transkulturelle Ansätze in der kanadischen Sozialgeschichtsschreibung. Für den dritten Schwerpunkt hat Florian Schmaltz anhand neuer Quellenfunde einen Aufsatz über die Beziehungen zwischen SS und Großunternehmen am Beispiel der »Interessengemeinschaft Auschwitz« beigesteuert.

Schließlich antwortet Götz Aly seinen sechs Kritikerinnen und Kritikern, die in Heft 3/2005 sein Buch über »Hitlers Volksstaat« diskutiert hatten. Zu dieser Stellungnahme hatten wir ihn eingeladen, und er setzt sich vor allem mit den finanz- und wirtschaftsstatistischen Gegenargumenten auseinander. Auf andere methodologische Aspekte – wie beispielsweise die unhinterfragte Übernahme der »Volkpsychologie« der NS-Führung sowie die Hinweise auf die ins Auge springenden Subtexte seines Buchs – ist er nicht eingegangen. Seine Antwort überzeugt uns nicht, aber aus prinzipiellen Gründen wird Götz Aly in unserer Zeitschrift das letzte Wort haben. Die Debatte um »Hitlers Volksstaat« kann jedoch bei Bedarf in der Online-Ausgabe unserer Zeitschrift fortgesetzt werden.

Für die übrigen Ausgaben der beiden nächsten Jahre liegen bereits zahlreiche Beiträge vor oder sind verabredet, und dies wird uns eine ausgewogene Auswahl und Gewichtung erlauben: Empirische Studien zur Geschichte des Genozids in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; zur Sozialrevolte der 1960er und 1970er Jahre; zu Methodenfragen der Sozial- und Historiographiegeschichte; zur historischen Demographie; zur Geschichte des Weltsystems und über die Weiterentwicklung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie angesichts der aktuellen weltweiten Entwicklungen.

Zum Schluss einige bibliographische und verlagstechnische Hinweise in eigener Sache:

1. Seit neuestem steht ein alphabetisches Gesamtregister aller Beiträge der Zeitschrift *Sozial.Geschichte* und ihrer vor zwanzig Jahren gegründeten Vorgängerin *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* zur Verfügung. Es kann zunächst als pdf-Datei von der neu gestalteten Homepage der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (www.stiftung-sozialgeschichte.de) heruntergeladen werden. Eine Datenbank mit entsprechender Suchfunktion wird vorbereitet.
2. Die Zeitschrift *Sozial.Geschichte* kann ab Sommer 2006 beim Verlag Peter Lang auch online abonniert werden. Einzelne Beiträge können ebenfalls beim Verlag gegen Honorar online abgerufen werden. Wir hoffen, dass diese zusätzliche Internetpräsentation der Verbreitung unserer Zeitschrift nutzt.
3. Nach wie vor wird es auf der Website der Stiftung für Sozialgeschichte eine ausschließlich online veröffentlichte Ausgabe der Zeitschrift *Sozial.Geschichte* geben. Um Verwechslungen zu vermeiden, haben wir diese

EDITORIAL

zu Beginn des Jahrs 2006 in »sozial.geschichte.extra« umbenannt. Die Beiträge von »sozial.geschichte.extra« werden wie bisher in der Zeitschrift Sozial.Geschichte angekündigt.

4. Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen haben wir auch die Internet-Präsentation der Stiftung und Zeitschrift umgestaltet.

Amsterdam – Bremen, im Dezember 2005.

Karl Heinz Roth, Angelika Ebbinghaus und Marcel van der Linden

Lothar Peter
**Neue soziale Bewegungen,
soziale Frage und Krise
der Arbeit: Sozialkritik in der
französischen Soziologie heute
(Teil I)**

NACHDEM die sozial- und gesellschaftskritischen Tendenzen in der französischen Soziologie seit Ende der siebziger Jahre an Einfluss verloren und konkurrierende Paradigmen wie der Postmodernismus oder Rational-Choice-Theorien stärker in den Vordergrund traten, lässt sich seit einigen Jahren wieder eine deutliche Profilierung soziologischer Aktivitäten beobachten, die sich nicht mit dem den gesellschaftlichen Status quo rechtfertigenden Mainstream arrangieren wollen. Zu dieser Entwicklung hat die große Streik- und Protestbewegung im Winter 1995/96 entscheidend beigetragen, ohne dass deshalb allerdings schon von einer Erneuerung der gesellschaftskritischen Soziologie in Frankreich gesprochen werden kann.

Unter »Sozialkritik« wird hier die Auseinandersetzung insbesondere mit Problemen sozialer Spaltung, Ungleichheit, Verelendung, Unterdrückung und Exklusion verstanden, wie sie unter den aktuellen Bedingungen kapitalistischer Modernisierung, Deregulierung und Flexibilisierung sowie einem diesen Bedingungen korrespondierenden »negativen Individualismus« (Robert Castel) zu beobachten ist – also einer Tendenz zur institutionellen Entbettung, sozial-politischen Enteignung und Atomisierung der Lohnabhängigen und anderer sozialer Gruppen. Sozialkritische Analysen werden in einer Perspektive praktischer Veränderung der von ihnen thematisierten Probleme durchgeführt. Sie sind häufig, aber keineswegs immer, mit Befunden und Diagnosen verknüpft, die die Widersprüche, Krisen und Gefährdungen der Gesellschaft als Ganzes betreffen.

Im Folgenden soll exemplarisch gezeigt werden, wie sozialkritisches soziologisches Denken Probleme der gegenwärtigen französischen Gesellschaft reflektiert, welchen Themen es sich zuwendet, wie es methodisch operiert und welche politischen Perspektiven es schließlich aufzeigt. Berücksichtigt werden Beiträge aus den zurückliegenden zehn Jahren.

Neue soziale Bewegungen

Von der Notwendigkeit konkreten sozialen und politischen Handelns mittels gewaltfreien Widerstandes, Protestes, Demonstration und Verweigerung sowie der praktischen Erprobung alternativer Lebens- und Arbeitsformen gehen diejenigen Autoren der sozialkritischen Strömung in den französischen Sozialwissenschaften aus, die sich vorrangig der Thematik der »neuen sozialen Bewegungen« (nouveaux mouvements sociaux) widmen.¹ Die neuen sozialen Bewegungen stellen sich dabei sowohl als bevorzugter Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung als auch als Identifikationsobjekt und Katalysator politischer Erwartungen und Hoffnungen dar.

Wie auch in Deutschland nahmen die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich Impulse der Studentenbewegung von 1968 auf, entwickelten aber auch qualitativ neue Orientierungen, Projekte, Aktionsformen und Organisationsmodelle,² die sich sowohl von der traditionellen Arbeiterbewegung als auch von den manchmal utopischen Emanzipationsvorstellungen der antiautoritären Studenten oder dem Dogmatismus ultralinker, meist aus dem studentischen Milieu sich rekrutierender Gruppen unterschieden. Während die Arbeiterkämpfe seit den achtziger Jahren rapide abnahmen, auch wenn es punktuell immer wieder zu massiven Konflikten in einzelnen Branchen und Betrieben kam,³ verlagerten sich die sozialen Kämpfe mehr

1 Einen allgemeinen Überblick gibt Erik Neveu, *Sociologie des mouvements sociaux*, Troisième édition, Paris 2002.

2 Vgl. für die Diskussion in Deutschland unter anderen Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, unter Mitarbeit von Sabine Berthold, Frankfurt/New York 1987, S. 30 ff. Die Transformation der Ideen von 1968 in den Aktionen der neuen sozialen Bewegungen beschreibt Jean-Pierre Le Goff, Mai 68, *L'héritage impossible*. Préface de François Geze, Paris 1998, S. 239 ff.

3 Vgl. zum Beispiel die Darstellung eines von Gewalt begleiteten schweren Arbeitskonflikts bei Lothar Peter, *Die »Affäre Talbot« – Skizze eines Klassenkonflikts*, in: Johannes R. Becker (Hg.), *Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985*, Mitarbeit: Frank Deppe und Lothar Peter, Berlin/Bonn 1985, S. 41–52.

und mehr auf Brennpunkte außerhalb der Betriebe. Innerhalb des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses wiederum haben sich die Auseinandersetzungen deutlich vom Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen zu Aktionen zur Sicherung von Beschäftigung verschoben. Gleichzeitig verlor die nationale Ebene als Bezugsrahmen oder Arena der Arbeitskonflikte zugunsten einzelner Regionen, Betriebe oder Abteilungen an Bedeutung. Während in der fordistischen Phase Massenaktionen häufig von den Führungen der großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der lohnabhängig Beschäftigten initiiert und organisiert wurden, gehen sie heute oft aus begrenzten, nicht vorhersehbaren Anlässen hervor und entwickeln sich ohne organisatorische Führung. Ihre Emergenz vollzieht sich in nicht planmäßigen, einer organisatorischen Steuerung nur schwer zugänglichen Formen, wie Bruno Héralut und Didier Lapeyronnie treffend beschrieben haben: »Die Prozesse der Mobilisierung und Verhandlung sind sehr kontrastreich, je nach ihrem Entstehungsort. Hier kann ein Konflikt infolge des Aushandelns zwischen den Parteien sehr rasch an die Oberfläche treten, sich radikalieren, gewalttätig werden und dann wieder zurückbilden. Im Gegensatz dazu kann dort eine langsame Mobilisierung in friedliche Demonstrationen und Beratungsprozeduren münden, die alle lokalen Partner vereinen. Die Akteure und Anlässe sind unterschiedlich, die Verfahren und Strategien weichen voneinander ab, die Kampffähigkeit ist ungleich.«⁴

Durch die Streik- und Protestbewegung im Winter 1995/96 hat die Soziologie der sozialen Bewegungen neue Anstöße bekommen.⁵ Die Bewegung erreichte teilweise ein Mobilisierungsniveau, wie es seit 1968 nicht mehr gelungen war. Studentische Proteste, Streiks der Eisenbahner (SNCF) und Beschäftigten öffentlicher Verkehrsbetriebe in Paris, Marseille und anderen Städten sowie eine breite Front des Widerstandes gegen den »plan Juppé«, also des damaligen Premierministers, der einen radikalen Abbau sozialer Sicherungssysteme vorsah, flossen zu einer Volksbewegung zusammen, die sich in mehrfacher Hinsicht von früheren Sozialbewegungen und kollektiven Kämpfen unterschied. Es fehlte sowohl die Führung durch große Organisationen als auch eine explizit politische Stoßrichtung und ein gemeinsames programmatisches Projekt, die soziale Basis war heterogen und

4 Bruno Héralut / Didier Lapeyronnie, *Le statut et l'identité. Les conflits sociaux et la protestation collective*, in: Olivier Galland / Yannik Lemel (sous la direction de), *La nouvelle société française. Trente années de mutation*, Paris 1998, S. 181–212.

5 Vgl. Christophe Aguiton / Daniel Bensaïd, *Le retour de la question sociale. Le renouveau des mouvements sociaux en France*, Paris 1997, S. 111 ff.

die Beweggründe der Teilnahme und Sympathie entstammten häufig einem vorpolitischen Raum sozialer Erfahrung. An dieser Bewegung entzündete sich eine kontroverse soziologische Diskussion, in deren Verlauf vor allem zwei gegensätzliche Tendenzen hervortraten. Die erste wurde von Alain Touraine und der mit ihm verbundenen Gruppe um das CADIS (Centre d'Action et d'Intervention Sociologique) an der EHESS (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) repräsentiert. Der zweiten Tendenz sind diejenigen Soziologen zuzurechnen, die, wie unterschiedlich ihre Analysen und Deutungen im Einzelnen auch ausfielen, in der Einschätzung übereinstimmten, dass die Bewegung eine neue Phase sozialer Konflikte eingeläutet hat.

Touraine und seine engsten Mitarbeiter wie François Dubet, Michel Wieviorka, Didier Lapeyronnie und Farhad Khosrokhavar haben fast drei Jahrzehnte lang auf dem Terrain der Soziologie der sozialen Bewegungen unangefochten die Interpretationsherrschaft ausgeübt, auch wenn sich ihr Verständnis sozialer Bewegungen vor allem seit den neunziger Jahren allmählich von der Bedeutung der Kollektivität auf die der Subjektivität verlagert hat.⁶ Mit der Gemeinschaftsstudie »Le grand refus« (Die große Weigerung)⁷ unternahmen Touraine und seine Mitautoren 1996 den Versuch, der Bewegung von 1995 ihre Authentizität als soziale Bewegung abzusprechen, da sie mit ihren Forderungen zwar wichtige Gruppeninteressen vertreten, nicht aber, was für eine soziale Bewegung konstitutiv sei, den sozialen Konflikt mit einem gesellschaftlichen Projekt beantwortet habe: »Hat dieser Streik den Ausdruck von Forderungen begünstigt, die, über Partikularinteressen hinaus, so wichtig sie auch seien, die Orientierung der gesamten Gesellschaft in Frage gestellt haben und zwar nicht, um eine utopische Gegenkultur zu verteidigen, sondern um im Gegenteil gegen einen Feind zu kulturellen Orientierungen aufzurufen, die von der Gesamtheit der Gesellschaft als wesentlich betrachtet werden? Eine so definierte soziale Bewegung verknüpft einen sozialen Konflikt mit einem Projekt gesellschaftlicher Steuerung. Nachdem die Frage so präzisiert worden ist, bin ich gezwungen, eine negative Antwort zu geben. Nein, der Streik vom November–Dezember, so wichtig er gewesen sein mag, war keine soziale Bewegung.«⁸

6 Vgl. Lothar Peter, *Aktionalismus, Akteur und Subjekt: Alain Touraine*, in: Stephan Moebius/Lothar Peter: *Französische Soziologie der Gegenwart*, Konstanz 2004, S. 155 ff.

7 Vgl. Alain Touraine/François Dubet/Didier Lapeyronnie/Farhad Khosrokhavar/Michel Wieviorka, *Le grand refus. Réflexions sur la grève de décembre 1995*, Paris 1996.

8 Alain Touraine, *L'ombre d'un mouvement*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 47.

Dieser Diagnose entsprach die politische Deutung, die Touraine der Bewegung gab. Er empfahl, wenn auch verschlüsselt, eine Lösung des Konflikts, die auf eine Anpassung des Sozialstaats an die Anforderungen des Marktes, eine Absage an die herkömmliche Gleichsetzung von Staat und Nation, eine Einschränkung des öffentlichen Sektors (*secteur public*) und damit des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft sowie auf den Verzicht, »korporatistische Interessen« zu verteidigen, hinausliefen. Wobei mit »korporatistischen Interessen« die gewerkschaftlichen Aktionen zur Sicherung des sozialen Status der Eisenbahner nach dem Eintritt in den Ruhestand gemeint waren.

Die Mitautoren ergänzten Touraines Analyse durch Befunde, die deren Ergebnis im Wesentlichen bestätigten. Farhad Khosrokhavar sprach relativierend von einer »Quasi-Bewegung«,⁹ François Dubet betonte den defensiven, lediglich »Müdigkeit und Entmutigung« ausdrückenden Charakter der Bewegung¹⁰ und Michel Wieviorka wollte in ihr sogar die Gefahr eines Rückfalls in die Zeit des »Programme commun« und des Linksradikalismus der siebziger Jahre entdeckt haben.¹¹ Gleichzeitig wandten sich Touraine und seine Mitautoren gegen jene Intellektuellen, die sich uneingeschränkt mit der Bewegung solidarisierten, sie mit einer grundsätzlichen Kritik an den staatlichen Institutionen und den Zielen der politischen Klasse verknüpften und teilweise die Bewegung als Aufbruch in eine neue Phase sozialer Kämpfe interpretierten.

Der gemeinsam mit Alain Caillé verfassten Studie von Jean Pierre Le Goff »Le Tournant de décembre«¹² attestierten Touraine u. a. zwar, dass sie die Haltung der Intellektuellen realistisch darstelle, hielten ihr aber gleichzeitig vor, mit keinem Wort die Mängel des Systems sozialer Sicherung (*Sécurité sociale*), das Rentensystem und die Probleme der Weltwirtschaft zu erwähnen.¹³ Didier Lapeyronnie diagnostizierte im Verhältnis der Intellektuellen zu der Bewegung einen Gegensatz zwischen so genannten »republikanischen

9 Farhad Khosrokhavar, *Les nouvelles formes de mobilisation sociale*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 198.

10 François Dubet, *Les ruptures de décembre*, in: Alain Touraine (wie Anm. 7), S. 126.

11 Michel Wieviorka, *Le sens d'une lutte*, in: Alain Touraine, *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 295.

12 Vgl. Jean Pierre Le Goff (en collaboration avec Alain Caillé), *Le Tournant de décembre*, Paris 1996.

13 Vgl. Alain Touraine, (wie Anm. 7), S. 86/87.

Intellektuellen« und »Modernisierern«,¹⁴ wobei er keinen Zweifel daran ließ, dass die Gruppe der ersteren sich einer fruchtlosen Nostalgie der Ordnung und einer Art »reaktionärer Gegen-Utopie« verschrieben habe, während sich die »Modernisierer« realistisch der drängenden Probleme des Sozialstaats angenommen hätten. Die Auseinandersetzung zwischen linken »republikanischen Intellektuellen« und »intellektuellen Modernisierern« gipfelte in der Veröffentlichung von zwei Aufrufen (»pétitions«), in denen sich die Polarisierung der Intellektuellen widerspiegelte.¹⁵ In dem Aufruf »Für eine grundlegende Reform der Sozialversicherung« (Pour une réforme de fond de la Sécurité sociale),¹⁶ der von führenden Vertretern der linkskatholischen Zeitschrift »L'Esprit« und der Stiftung Saint-Simon (Fondation Saint-Simon) initiiert worden war, drückten die Unterzeichner ihre Sympathie für ein Reformprojekt der Vorsitzenden der Gewerkschaft CFDT, Nicole Notat, aus und bekundeten darüber hinaus ein gewisses Verständnis für den »Juppé-Plan«, der die Lawine der Protestbewegung ins Rollen gebracht hatte. Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufs gehörten unter anderen der Chefredakteur von »L'Esprit«, Olivier Mongin, der Philosoph Alain Finkielkraut, der Politikwissenschaftler und damalige Sekretär der Fondation Saint-Simon, Pierre Rosanvallon, Jacques Julliard und der Nestor der politischen Philosophie in Frankreich, Claude Lefort. Auch Alain Touraine und andere Mitglieder des CADIS wie François Dubet und Michel Wieviorka schlossen sich dem Aufruf an. Demgegenüber ergriff der »Appell der Intellektuellen zur Unterstützung der Streikenden« (Appel des intellectuels en soutiens aux grévistes),¹⁷ an dessen Entstehung Pierre Bourdieu maßgeblich beteiligt war, unmissverständlich Partei für die Streikenden, indem er zur Verteidigung des Sozialstaats aufforderte und der Idee eines »liberalen Europa« die Idee eines »sozialen und ökologischen Europa« gegenüberstellte. Diesen Appell unterzeichneten neben Pierre Bourdieu unter anderen Etienne Balibar, Jacques Derrida, der Schriftsteller Michel Tournier, der Historiker Pierre Vidal-

14 Didier Lapeyronnie, *Nation, crise politique et conflit social*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 192.

15 Julien Duval/Christophe Gaubert/Frédéric Lebaron/Dominique Marchetti/Fabienne Pavis, *Le »décembre« des intellectuels français*, Paris 1998. Die Autoren gehören zum Kreis der Pierre Bourdieu nahestehenden Sozialwissenschaftler. Das Buch erschien in der von Bourdieu initiierten Reihe »Liber-Raisons d'agir«.

16 Der Aufruf ist als Faksimile in Julien Duval et al., *Le »décembre«* (wie Anm. 15) auf S. 18 abgedruckt.

17 Dieser Aufruf ist ebenfalls als Faksimile in Julien Duval et al., *Le »décembre«* (wie Anm. 15) auf S. 19 abgedruckt.

Naquet und der frühere Mitstreiter Che Guevaras und Mitterrand-Berater Regis Debray. Auch zahlreiche renommierte Sozialwissenschaftler wie Luc Boltanski, Laurent Thévenot, Jean Lojkine, Patrick Champagne und Philippe Corcuff unterschrieben diesen Aufruf.

Die Bewertung der Bewegung von 1995 durch Touraine und die CADIS-Gruppe stieß auf Kritik. Zu Recht haben Sophie Bérout, René Mouriaux und Michel Vakaloulis hervorgehoben, dass Touraine, indem er der Bewegung ein bestimmtes Deutungsmuster oktroyierte, nicht in der Lage war, die Tiefe der kollektiven Mobilisierung zu erkennen. Sein Standpunkt sei deshalb letztlich nicht mehr als der polemische Ausdruck einer »reformistischen Vision gesellschaftlicher Gestaltung im Rahmen einer der kapitalistischen Rationalität unterworfenen Ökonomie«. ¹⁸ Auch Bourdieu warf – er erwähnte namentlich einen Artikel von Michel Wieviorka in *Le Monde* – der Gruppe um Touraine vor, sie habe die Bewegung vom Winter 1995 als »rückständig, ja als nationalistisch und sogar rassistisch« ¹⁹ hingestellt und so dieselbe Funktion erfüllt wie diejenigen Journalisten, die jede Kritik von links zum Verstummen bringen wollten, um alle denkbaren Widerstände gegen neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung mit Hilfe der Medien zu unterlaufen.

Diskursanalytisch betrachtet trug die Intervention von Intellektuellen wie Touraine, Dubet und Wieviorka dazu bei, die eigene Botschaft um so wirksamer als progressiv, wagemutig und kreativ in der Öffentlichkeit zu präsentieren, je mehr es gleichzeitig gelang, die mit dem Streik sympathisierenden Intellektuellen ins Zwielficht der »Modernisierungsfeindlichkeit« zu rücken. Das war den Anhängern des Aufrufs »Pour une réforme« nicht zuletzt deshalb möglich, weil sie sich, oft selbst aus der Linken kommend, als besonders geeignet erwiesen, die traditionellen »Tabus« einer sozialstaatlichen Prinzipien verpflichteten Politik zu brechen. Die linke Strömung der Modernisierer, der sich Touraine und andere anschlossen, setzt sich vor allem aus Mitgliedern und Sympathisanten der Sozialistischen Partei, einigen ehemaligen PCF-Mitgliedern und Linksradikalen, insbesondere aber auch Personen zusammen, die sich der Gewerkschaft CFDT verbunden fühlen, denn die Wandlung der CFDT von einer ehemals konfliktorientierten linkskatholisch-

18 Vgl. Sophie Bérout / René Mouriaux / Michel Vakaloulis, *Le Mouvement social en France. Essai de sociologie politique*, Paris 1998. S. 43.

19 Pierre Bourdieu, Rückblick auf die Streiks vom Dezember 1995, in: ders., *Interventionen 1961–2001. Sozialwissenschaft und politisches Handeln*, Hamburg 2004. S. 123.

sozialistischen Gewerkschaft zu einer Organisation, die sich inzwischen immer häufiger aktiv an der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und der Demontage des Sozialstaats beteiligt, war eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Polarisierung der Intellektuellen im Winter 1995.²⁰

Touraines Deutung der Bewegung als modernitätsfremde perspektivlose »große Verweigerung« war das folgerichtige Ergebnis der Entwicklung seines soziologischen Denkens. Dieses hat sich im Laufe der Zeit immer mehr von der Wahrnehmung antagonistischer gesellschaftlicher Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse entfernt, um schließlich in eine durch politische Rhetorik zwar verschleierte, inhaltlich aber entschiedene Bejahung kapitalistischer Modernisierung einzumünden. Die Bewegung 1995 war das Gegenteil dessen, als was sie Touraine schilderte. Sie war weder »antimodern« und »korporatistisch«, noch fehlte es ihr an Bewusstsein. Ihre spezifische »Modernität« lag vielmehr darin, dass sie eine nicht exogen forcierte Dynamik und ihre eigene prozedurale Logik entfaltete. Dennoch entstand zwischen der Spontaneität der Bewegung und den Gewerkschaften kein Bruch, wie seinerzeit erwartet worden war. Innerhalb der Bewegung erwiesen sich aktive Gewerkschaftsmitglieder als stabilisierender Faktor, was ein Novum war, da sich die bisherige Debatte über das Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zu den Gewerkschaften in einer sterilen Alternative zwischen idealisierter Basisdemokratie einerseits und dem Dogma eines gewerkschaftlichen Führungsanspruchs andererseits festgefahren hatte. Modern war die Bewegung auch deshalb, weil sie zeigte, dass politische Projekte nicht mehr als fertige Problemlösung vorgegeben werden können, die von den Akteuren nur noch nachzuvollziehen sind, sondern sich gleichsam autopoietisch aus den Erfahrungen der Bewegung heraus entwickeln, ehe sie eine bestimmte politische Form annehmen können: »... die Streiks des Herbstes 1995 haben Räume der Demokratie und Beratung geschaffen, in denen Themen, die sonst als Tabu betrachtet werden, ohne Formalismus und hölzerne Sprache diskutiert wurden. Ohne die Komplexität der angesprochenen Phänomene zu verdunkeln, hat die Fähigkeit zur Diskussion die Mobilisierungsprozesse gefestigt und legitimiert. Die allgemeinen Versammlungen der Streikenden waren der Motor dieser neuen deliberativen Rationalität.«²¹

20 Zum Wandel der CFDT seit Ende der siebziger Jahre vgl. Lothar Peter, *Zwischen Reformpolitik und Krise – Gewerkschaften in Frankreich 1980 bis 1985*, Frankfurt am Main 1985, S. 44 ff.

21 Michel Vakaloulis / Jean-Marie Vincent / Pierre Zarka, *Vers un nouvel anticapitalisme. Pour une politique d'émancipation*, Paris 2003, S. 116.

Schließlich wurde die Bewegung im Unterschied zu früheren sozialen und politischen Auseinandersetzungen nicht von einer einzelnen sozialen Klasse oder Klassenfraktion, sondern von einem relativ heterogenen Spektrum sozialer Akteure getragen. Konkurrierende Führungsansprüche, wie sie 1968 einerseits von Intellektuellen, andererseits von Parteien und Gewerkschaften erhoben worden waren, traten im Winter 1995/96 in den Hintergrund.²² In seiner weitgehend deskriptiven Darstellung der sozialen Bewegungen unterstreicht Neveu zutreffend die Ablösung der Klassenbindung in den traditionellen sozialen Bewegungen durch eine Identität der Akteure, die nicht mehr Kriterien der sozialen Lage und ihrer Verortung in der gesellschaftlichen Sozialstruktur entspricht.²³

Fixiert auf die Idee, dass soziale Bewegungen über eine die Gesellschaft als Ganzes betreffenden »Sinn« verfügen müssen, verstellten sich Touraine und die CADIS-Gruppe den Blick für die neuen Eigenschaften der Bewegung von 1995. Vor allem diese Bewegung, aber auch die Entstehung zahlreicher neuer Aktionsgruppen und Vereinigungen außerhalb der etablierten Institutionen und Organisationen gaben dem sozialwissenschaftlichen Interesse am Thema der sozialen Bewegungen seit Mitte der neunziger Jahre einen kräftigen Auftrieb und machten sie gleichzeitig zu einem Gegenstand, an dem sich die Diskussion über gesellschaftliche Alternativen neu entzündete. In dem Maße, wie die traditionelle Gewerkschaftsbewegung ihre führende Rolle verlor, neue Gewerkschaften wie SUD (Solidaire, Unitaire, Démocratique) und FSU (Fédération syndicale unitaire) entstanden²⁴ und sich aus konkreten Erfahrungen der Arbeits- oder Obdachlosigkeit heraus Initiativen wie AC! (Agir ensemble contre le chômage!) und DAL (Droit au logement) entwickelten, die nicht mehr ins politische Koordinatensystem der Auseinandersetzungen der »glorreichen dreißig Jahre« (Trente Glorieuses) der fordistischen Periode passten, gewannen die neuen sozialen Bewegungen insbesondere für die außerhalb der etablierten »Regierungslinken« (gauche gouvernementale) stehenden Sozialwissenschaftler an Attraktivität. Dieser

22 Vgl. zu den Avantgardeambitionen linksradikaler Studenten 1968 beispielsweise Gabriel und Daniel Cohn-Bendit, Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Reinbek 1968.

23 Vgl. Érik Neveu, Sociologie (wie Anm. 1), S. 66 ff.

24 SUD-PTT entstand 1989 aus einer linken Abspaltung von Postbeschäftigten, der CFTD. Die FSU ging aus der Spaltung der Gewerkschaft des Erziehungs- und Bildungswesens FEN hervor. In beiden Fällen handelte es sich um Versuche einer basisdemokratischen Erneuerung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Prozess wurde durch die Wahrnehmung der mit der Globalisierung vorangetriebenen Widersprüche und die Formierung weltweiten Widerstandes durch Organisationen wie ATTAC oder die Weltsozialforen begünstigt. Welche Funktionen und Perspektiven die neuen sozialen Bewegungen haben, wird allerdings im linken sozialwissenschaftlichen Diskurs trotz der nicht geleugneter Sympathien ebenso unterschiedlich wie zurückhaltend beantwortet. Der Akzent der Interpretationen liegt überwiegend auf einer »longue durée« des Widerstandes, auf der Akzeptanz für konkrete, aber oft auch begrenzte Aktionen, die heterogenen sozialen Identitäten der Akteure und die laboratoriumsformigen Erprobungen neuer Aktionsinstrumente und Repräsentationsformen. Auch Autoren, die weiterhin an ihrer antikapitalistischen und revolutionären Grundorientierung festhalten, nehmen zur Kenntnis, dass der binäre Code von Reform und Revolution in den neuen sozialen Bewegungen kaum noch auf Resonanz stößt.

Die in der Bewegung von 1995 neu zutage tretenden Phänomene haben auch dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen kritischer Sozialwissenschaft und sozialen Bewegungen zu reflektieren. So versuchte Lilian Mathieu sich zwar einerseits von der skeptischen Distanz und politischen Abwertung der Bewegung durch die CADIS-Gruppe abzugrenzen, gleichzeitig aber auch den Fehler zu vermeiden, sich blind mit der Bewegung zu identifizieren. In einem Punkt scheinen sich ihre Auffassung und die von Touraine, Dubet und anderen allerdings zu berühren, denn Mathieu sieht die Aufgabe einer Soziologie der sozialen Bewegungen darin, durch die wissenschaftliche Analyse über jene Dynamiken und Handlungslogiken, aber auch Zwänge aufzuklären, die den Protagonisten anderenfalls oft verborgen bleiben.²⁵ Das dürfe jedoch nicht mit einem wie immer gearteten Anspruch einer kritischen Soziologie verwechselt werden, der Praxis der sozialen Bewegungen vorzuschreiben, wie sie sich zu entwickeln habe. Sich auf eine Orientierung an Bourdieu (*perspective d'inspiration bourdieusienne*)²⁶ berufend, schlägt Lilian Mathieu vor, die sozialen Bewegungen als einen »gesellschaftlichen Raum« zu begreifen, der einerseits die Beziehungen zwischen seinen eigenen heterogenen Elementen, andererseits die Beziehung zum »politischen Feld« umfassen solle, um der falschen Alternative von Bewegungsmythologie (*mouvementisme*) und dem »Primat des Politischen« zu entgehen.

25 Vgl. Lilian Mathieu, *Comment lutter? Sociologie et mouvements sociaux*, Paris 2004, S. 191.

26 Ebenda, S. 51.

Die Vielfalt der neuen sozialen Bewegungen ist aber von linken Sozialwissenschaftlern nicht nur als Bereicherung und Indikator für die Entfaltung einer neuen politischen Kultur gerühmt worden, sondern hat auch kritische Einschätzungen hervorgerufen. Letztere begegnen der Heterogenität der sozialen Akteure und Aktionsziele insofern mit Skepsis, als sie zum Beispiel auf das Ausbleiben einer konkreten Solidarisierung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen hingewiesen haben. Entgegen den Intentionen ihrer Begründer konnte zum Beispiel AC! (Agir ensemble contre le chômage!) für seine Aktionen kaum Beschäftigte mobilisieren, weil die sozialen Erfahrungen von Arbeitslosen und Beschäftigten vor allem im öffentlichen Dienst inzwischen so weit voneinander abweichen, dass ein Auseinanderdriften der unmittelbaren Interessen nur schwer vermeidbar erscheint, wie Christophe Aguiton verdeutlicht: »Für einen Beschäftigten im öffentlichen Dienst können Projekte, also auch Zeit, vor dem Horizont des gesamten Lebens geplant werden, für die Adligen und Rentiers überschreitet die Zeit sogar die Lebensdauer, um sich auf die Nachkommen und die Erbschaft zu verlagern. Aber je prekärer die Arbeit wird – und für die Arbeitslosen gilt das noch mehr – desto mehr verkürzt sich die Zeit, um den Tag zu bewältigen, die Zeit der ›Tagelöhner‹, also derjenigen, die von Tag zu Tag leben.«²⁷ Dass das Risiko einer Zersplitterung der neuen sozialen Bewegungen in zahllose, unverbundene oder sogar konkurrierende Aktionen insbesondere von solchen Interpreten benannt wird, die marxistische und antikapitalistische Auffassungen vertreten und sich in entsprechenden politischen Organisationen engagieren, kann nicht verwundern. So hat der Soziologe Samuel Joshua, Mitglied der trotzkistisch inspirierten LCR (Ligue communiste révolutionnaire), die Notwendigkeit einer parteiförmigen Organisation unterstrichen, weil die sozialen Bewegungen für sich genommen nicht in der Lage seien, der politischen Macht des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen eine kohärente, die einzelnen Widerspruchsfelder, Konflikte und Aktionen integrierende Alternative entgegenzusetzen.²⁸ Gewerkschaftliche Bewegungen wie FSU und SUD oder auch international agierende Bewegungen wie ATTAC würden, so das Argument von Joshua, ihre spezifische Wirkung sofort einbüßen, wenn sie sich mit Problemen zu beschäftigen begännen, für die ihnen öffentlich keine Kompetenz zugeschrieben würde.

27 Christophe Aguiton, *Les luttes des années 1990*, in: Michel Vakaloulis (sous la direction de), *Travail salarié et conflit social*, Paris 1999, S. 218.

28 Vgl. Samuel Joshua, *Le parti est une dentellière – Partis et mouvements sociaux*, in: *Penser radicalement à gauche*, *Contretemps*, 11 (Sept. 2004), Paris 2004, S. 60–69.

Eine Partei dagegen könne und müsse jedes relevante Problem aufgreifen, wenn sie die von einer Partei erwartete Aufgabe einer Vereinheitlichung heterogener Interessen und Forderungen erfüllen wolle. Im Vergleich zu den oft elitären Führungsansprüchen der sich als revolutionär verstehenden Organisationen und Gruppen der 68er Periode fällt heute auf, dass auch Anhänger radikaler linker Organisationen wie der LCR das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen nicht mehr nach dem Muster des Transmissionsmechanismus konstruieren, demzufolge Massenorganisationen und soziale Bewegungen nur als verlängerter Arm der politischen Avantgarde dienen und die Beschlüsse einer Parteiführung umzusetzen haben. Joshua beispielsweise hebt ausdrücklich die Unabhängigkeit der sozialen Bewegungen hervor und will nicht ausschließen, dass eine revolutionäre Partei in wichtigen Fragen von den sozialen Bewegungen durchaus lernen könne. Ähnlich behutsam bringt Michel Löwy, Soziologe am CNRS, das Thema des Sozialismus ins Spiel, indem er den Sozialismus als nur eine von mehreren Strömungen im Spektrum der Globalisierungsgegner identifiziert, der aber viele Akteure anderer Strömungen zutrauen, die drei konstitutiven Elemente sozialer Bewegungen, nämlich die »Negativität des Widerstandes«, die »konkreten Vorschläge« und die »Utopie einer anderen Welt« zusammenführen zu können.²⁹

Die parallele Entwicklung sozialer Bewegungen, die sich primär auf Probleme innerhalb der französischen Gesellschaft beziehen, und der transnational ausgerichteten Antiglobalisierungsbewegung ist eine der Ursachen dafür, dass die Thematik der neuen sozialen Bewegungen in der soziologischen Sozial- und Gesellschaftskritik zu einem der wichtigsten Gegenstände avancierte. Demgegenüber ist die Arbeiterbewegung in den Hintergrund getreten, sofern sie nicht selbst wie im Winter 1995 Züge einer neuen sozialen Bewegung angenommen hat. Die kritische Soziologie, die sich mit sozialen Bewegungen befasst, kommt zu dem Ergebnis, dass die moderne Gesellschaft, die als kapitalistisch, bürokratisch, repressiv und naturfeindlich gekennzeichnet wird, aus ihrer inneren Dynamik eine Widersprüchlichkeit hervorbringt, die sich weder in der Sprache systemischer Rationalität noch in der einer Zentralität des Klassegegensatzes angemessen beschreiben lässt. Aus diesem Befund werden dann politische Schlüsse gezogen, die von keinem der bisherigen linken Paradigmen dominiert werden. Es gibt keine Hierarchisierung der Widerspruchsebenen, der Akteure und

²⁹ Vgl. Michael Löwy, *Négativité et utopie du mouvement altermondialiste*, in: *Penser radicalement à gauche* (wie Anm. 28), S. 44–50.

Zielsetzungen mehr. Die Beziehungen zwischen den Akteuren sind durch die Anerkennung wechselseitiger Gleichwertigkeit und Differenz bestimmt und bringen so ein typisch »postmodernes« Moment zum Ausdruck. Traditionellen begrifflichen Entgegensetzungen wie zwischen »Reform« und »Revolution«, »Globalität« und »Lokalität«, »Avantgarde« und »Massen«, »Theorie« und »Praxis« wird eine politische Autorität abgesprochen, um stattdessen dem Prinzip der Äquivalenz und Pluralität im Rahmen weitgefaster Gemeinsamkeiten, wie sie beispielsweise Michel Löwy genannt hat, zur Anerkennung zu verhelfen. Damit entfernt sich die sozialkritische Soziologie der neuen sozialen Bewegungen von Denkschemata, die zu Vereinfachungen und autoritären Versionen der sozialen Beziehungen und Interaktionsformen dieser Bewegungen geführt hatten.

Neben der Reflexion der veränderten Formen gesellschaftlicher Widersprüche und Umbrüche in der Klassenstruktur, dem wachsenden sozialen und kulturellen Gefälle zwischen großstädtischen Zentren und Peripherie, der Ausdifferenzierung ethnischer, kultureller und sexueller Identitätsbedürfnisse als Triebkräfte und Arenen sozialer Konflikte und Bewegungen, die weniger grobkörnige Einsichten in ihre Ursachen und symbolische Tragweite verlangen als die in der Vergangenheit oft bemühten Erklärungsformeln (etwa der »Kleinbürgerlichkeit«), weist aber auch die links zu verortende Sozialkritik einige Probleme auf, die der Kompliziertheit des Phänomens der neuen sozialen Bewegungen geschuldet sind. Die Vielschichtigkeit dieser Bewegungen macht es schwer, ihre Akteure sozialstrukturell zuzuordnen und den »gesellschaftlichen Sinn« ihrer Aktionen zu entschlüsseln, zumal die Koordinaten der Klassenstruktur des fordistischen Kapitalismus und seiner Interessenregulierung selbst ins Rutschen gekommen sind. Es ist offensichtlich gegenwärtig noch zu früh, die konkreten Analysen sozialer Konflikte und Bewegungen in einen gesellschaftstheoretisch konsistenten Zusammenhang stellen zu können. Die – durchaus nachvollziehbare – Befürchtung, in alte Dogmen und Zuschreibungen zurückzufallen, spiegelt sich in der Zurückhaltung wider, zwischen neuen sozialen Bewegungen und Kapitalismusedwicklung eine systematische Verknüpfung herzustellen. Zwar gibt es immer wieder Verweise auf Berührungspunkte zwischen den sozialen Bewegungen und antikapitalistischen Optionen gesellschaftlicher Veränderung,³⁰ aber entsprechende Hinweise sind vorerst eher sporadisch.

30 Vgl. zum Beispiel Michel Vakaloulis et al., *Vers un nouvel anticapitalisme* (wie Anm. 21), S. 106 ff.

Soziale Frage und soziale Exklusion

In den achtziger Jahren war die französische Gesellschaft einem tiefgreifenden sozialen Wandel unterworfen. Industrielle Strukturkrisen, der Übergang zu einer postfordistischen Produktionsweise, eine enorme Ausweitung des Dienstleistungssektors, die Erosion der traditionellen Arbeiterklasse, Flexibilisierung der Arbeit und das rasche Vordringen neuer Kommunikations- und Informationstechnologien entzogen den gewohnten Deutungsmustern und Handlungslogiken sozialer Kämpfe die Grundlage.³¹

Diese Umbrüche bildeten die entscheidende strukturelle Ursache für die dann massiv einsetzende Krise der Arbeiterbewegung als Protagonist sozialen Fortschritts, wie er durch die Errungenschaften der Volksfront, der Résistance, der Nationalisierungsbewegung nach 1945 und der Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen nach 1968 geprägt worden war. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse ihren kollektiven Sozialcharakter verlor, gleichzeitig aber die »Entwaffnung« (Boltanski/Chiapello) der Arbeiterbewegung es der herrschenden Klasse erlaubte, zum Angriff auf den sozialen Status der Lohnabhängigen überzugehen, die Deregulierung zu forcieren und die Spaltung der Erwerbsbevölkerung in so genannte »Arbeitsplatzbesitzer« und Arbeitslose zu vertiefen, entstanden gleichzeitig soziale Gruppen, die vollständig aus dem ihnen vertrauten sozialen Milieu, ihren Beziehungsnetzen und ihrem Lebensrhythmus herausgedrängt und vom Zugang zu kollektiven und privaten Gütern ausgeschlossen wurden. Die relative Homogenität einer Arbeiterklasse, die in den vorangegangenen Perioden auch die Arbeitslosen integriert hatte, zerfiel, um einer tief zerklüfteten Sozialstruktur zu weichen, die einerseits durch einen immer weiter gespannten Bogen sozialer Ausdifferenzierung, andererseits durch scharfe Kontraste und Brüche auch innerhalb der sozialen Unterklassen selbst gekennzeichnet wurde.

Die so entstehenden gesellschaftlichen Probleme wurden öffentlich unter Stichwörtern wie »neue soziale Frage« (*nouvelle question sociale*), »soziale Exklusion« (*exclusion sociale*) und »neue Armut« (*nouvelle pauvreté*) auf-

31 Vgl. beispielsweise Jacques Julliard et al., *Crise et avenir de la classe ouvrière*, Paris 1979; Michel Verret, *L'ouvrier français. Le travail ouvrier*, Paris 1982; Alain Touraine/Michel Wieviorka/François Dubet, *Le mouvement ouvrier*, Paris 1984; Pierre Rosanvallon, *La question syndicale*, Paris 1988; Jean Lojkine, *La classe ouvrière en mutations*, Paris 1986; Lothar Peter, Zur soziologischen Diskussion über Arbeiterklasse und Arbeit in Frankreich. Krise des Taylorismus, neue Polyvalenz und soziale Identität der Arbeiterklasse, in: *Lendemains* 57 (1990), S. 118–132.

gegriffen und in der Soziologie eingehend untersucht. Die »linken« Positionen in diesem Diskurs unterscheiden sich vom Mainstream unter anderem in folgenden Punkten: *Erstens* widersetzen sie sich der ideologischen Stigmatisierung der (noch) Beschäftigten, namentlich der Arbeiter und Angestellten im Staatssektor, als einer parasitären und korporatistischen Arbeiteraristokratie. *Zweitens* rufen sie die inzwischen weitgehend verdrängte Tatsache ins Bewusstsein, dass die industrielle Arbeiterschaft trotz der modernen Mythen von »Ende der Arbeit«³² weiterhin existiert und noch immer eine der größten Gruppen der Erwerbsbevölkerung umfasst – Ende der neunziger Jahre zählte die offizielle staatliche Statistik insgesamt sieben Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen³³ – auch wenn sie inzwischen vom Wachstum der Angestelltenschaft überflügelt wurde. *Drittens* schärft sie die Aufmerksamkeit für die Probleme sozialer Exklusion und Integration, indem sie erstere nicht als sozialdarwinistische Schicksalhaftigkeit akzeptiert und letztere nicht von den Erfordernissen einer arbeitsplatzschaffenden, statt Arbeitsplätze vernichtenden Beschäftigungs- und Sozialpolitik trennt.

Dennoch ist der sozialkritische Approach an Problemen der Verarmung und sozialen Exklusion keineswegs einheitlich. So sieht Serge Paugam, einer der führenden Soziologen auf diesem Gebiet, die Funktion der Kritik ausdrücklich nicht in einer Verknüpfung der wissenschaftlichen Analyse mit einer normativen Orientierung und Parteinahme, sondern vornehmlich in der Dekonstruktion sozialwissenschaftlicher Annahmen und Postulate, die zwar auf ihren Status der Wissenschaftlichkeit pochten, aber letztlich nicht mehr seien als eine Reproduktion gesellschaftlicher Vorurteile und Common-sense-Stereotype: »Das größte Problem für Wissenschaftler in diesem

32 Einen Einblick in unterschiedliche Standpunkte zum Thema »Ende der Arbeit« vermittelt: La Revue du M. A. U. S. S., N° 18 (2001): Travailler, est-il (bien) naturel? Le travail après la »fin du travail«. M. A. U. S. S. ist eine Abkürzung für »Mouvement anti-utilitariste dans les sciences sociales«. Es handelt sich um eine Gruppierung von Sozialwissenschaftlern, die 1981 eine gleichnamige Zeitschrift gegründet hat und die sich dem Erbe des Denkens von Marcel Mauss und der Kritik am (neoliberalen) Individualismus verpflichtet fühlt (vgl. dazu zahlreiche Beiträge und Interviews in: Stephan Moebius/Christian Papilloud (Hg.), Gift – Marcel Mauss' Kulturtheorie der Gabe, Wiesbaden 2005). Zwischen den Zielen der M.A.U.S.S.-Gruppierung und soziologischer Sozialkritik gibt es Berührungspunkte, auch wenn die Grundpositionen der M.A.U.S.S. eher einem gemäßigt reformerischen linken Spektrum zuzuordnen sind. Repräsentanten von M.A.U.S.S. sind u. a. Alain Caillé, Jacques Godbout und Serge Latouche.

33 Yves Crozet / Dominique Bolliet / François Faure / Jean Fleury, Les Grandes Questions de la société française, Paris 2000, S. 165.

Bereich besteht in der Formulierung einer Forschungsfrage, die sich in gewisser Weise von den Denkmustern der gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatte entfernt (denn Wissenschaft muss sich zur Bildung eines begrifflichen Rahmens von ihrem jeweiligen Gegenstand distanzieren), jedoch gleichzeitig eine Diskussion anregt.³⁴ Ausgehend von drei Behauptungen, die den öffentlichen Umgang mit Armut und Exklusion beherrschen, versucht Paugam ein Konzept zu entwickeln, das die Vereinfachungen und Fehlorientierungen in gängigen Definitionen und Deutungen dekonstruieren und zu einem differenzierteren Verständnis der Probleme vorstoßen soll. Die erste der drei von Paugam festgestellten und kritisierten Behauptungen sieht die Gesellschaft in zwei soziale Klassen gespalten, nämlich in diejenigen, die »dazugehören« und diejenigen, die »ausgeschlossen« sind. Die zweite Behauptung suggeriert, dass Exklusion heute jeden Menschen gleichermaßen treffen könne. Die dritte Behauptung will eine Ghettoisierung der Vorstädte in Frankreich entdeckt haben, die sich von der in den USA nicht mehr unterscheidet. Gegen die erste Behauptung wendet Paugam ein, dass das Bild zweier polarer Klassen mit der empirischen Heterogenität der sozialen Unterschichten nicht übereinstimme und auf einem »klassenspezifischen Ethnozentrismus« beruhe, der für das anfällig sei, was die eigene soziale Lage von der anderer Schichten unterscheidet, um ein tiefsitzendes Abgrenzungsbedürfnis zu befriedigen. Die zweite Behauptung stehe im Widerspruch zu der empirischen Tatsache, dass, obwohl die diversen Formen sozialer Risikoanfälligkeit in Frankreich relativ breit gestreut seien, nicht alle Personen und sozialen Gruppen in der gleichen Weise von einer Kumulation sozialer Benachteiligungen betroffen seien. Die dritte Behauptung (Ghettoisierung wie in den USA) weist er zurück, indem er die Unterschiede zwischen den sozialen und ethnischen Ghettos in den USA einerseits und den französischen Banlieues und Problemvierteln andererseits hervorhebt und vor einer Gleichsetzung als einem fatalen Schritt zur »institutionalisierten Stigmatisierung« der Bewohner der entsprechenden Stadtteile französischer Großstädte warnt. Es sei ein grundlegender Irrtum und politisch wenig hilfreich, die »Ausgeschlossenen« als monolithische Einheit der übrigen Gesellschaft gegenüberzustellen. Stattdessen sei es erforderlich, ein wissenschaftliches Verständnis von Armut und Exklusion zu entwickeln, das weder zu statisti-

34 Serge Paugam, Armut und soziale Exklusion. Eine soziologische Perspektive, in: Hartmut Häußermann / Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt/M. 2004, S. 71.

schen Artefakten greife noch sich von alltagsweltlichen Vorstellungen abhängig mache. Paugam plädiert also für eine sowohl an Durkheim als auch Bourdieu erinnernde methodische Trennung von gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Begriffsbildung, ohne allerdings die Fruchtbarkeit statistischer Messung zu verneinen. Die Besonderheit bei Paugam besteht in einem konstruktivistischen Ansatz, der die Kontextabhängigkeit der Begriffe von Armut und Exklusion berücksichtigt und so ihre essentialistische Reifizierung verhindert. Für eine »soziologische Perspektive« der beiden Begriffe sei der »institutionelle Aufbau der Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt«³⁵ wichtig, denn Armut und Exklusion seien kein statisches, zeitunabhängiges Phänomen. Was sie tatsächlich seien, werde auch davon beeinflusst, welche Bedeutung und welchen Sinn die Gesellschaft in einer spezifischen Situation bestimmten sozialen Indikatoren wie etwa dem Lebensstandard zuschreibe. Deshalb richtet Paugam seine Aufmerksamkeit nicht auf eine vermeintlich »objektive« Erfassung von Armut und Exklusion, sondern auf den »gesellschaftlichen Umgang« mit ihnen. Er bildet drei Idealtypen dieses Umgangs: die »integrierte«, die »marginale« und die »ausschließende« Armut. Er ordnet diese Idealtypen dann vergleichend unterschiedlichen europäischen Gesellschaften zu. Während die »integrierte Armut« typisch für vormoderne Gesellschaften sei, finde sich »marginale Armut«, also die hochgradige Stigmatisierung einer noch relativ kleinen Gruppe von Armen bei gleichzeitiger wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge in Ländern wie Deutschland und »ausschließende Armut«, also die Existenz einer großen, aber heterogenen Gruppe Betroffener unter den Bedingungen einer anhaltenden Arbeitsmarktmisere, in Ländern wie Großbritannien und Frankreich. Paugam zieht aus seiner Analyse den Schluss, dass die Soziologie nicht in die Rolle des Erlösers vom Schicksal der Armut und Exklusion schlüpfen, sondern sich darauf konzentrieren solle, »eine Erklärung des gesellschaftlichen Umgangs mit den ›Armen‹ und ›Ausgeschlossenen‹ zu finden«.³⁶ Es sei dann Aufgabe der Politik, Lehren aus den soziologischen Informationen zu ziehen. Paugam sieht also die kritische Funktion der Soziologie primär in einer Aufklärung der Gesellschaft über ihren eigenen Umgang mit sozialen Problemen und nicht im Unterbreiten von »Lösungsvorschlägen«, auch wenn er ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der besonders Benachteiligten für notwendig hält. Dennoch ist das sozialkritische Selbstverständnis

35 Ebenda, S. 79.

36 Ebenda, S. 95.

Paugams unverkennbar: er sieht in der sozialwissenschaftlichen Forschung ein wichtiges Mittel, um eine Politik zu legitimieren, die es nicht bei Oberflächenkosmetik belässt, sondern eine das gesellschaftliche Handeln selbst verändernde Richtung einschlägt.

Auch die Gemeinschaftsstudie »Das Elend der Welt« von Pierre Bourdieu und anderen,³⁷ die trotz ihres enormen Umfangs in zehntausenden von Exemplaren verkauft wurde und weit über die Grenzen Frankreichs hinaus Beachtung fand, verzichtet auf unmittelbare Vorschläge zur Lösung der Probleme von Menschen, die mit der Welt der »new economy«, shopping malls, Schönheitsfarmen und Börsengänge nicht mehr Schritt halten können, an den Rand gedrängt werden oder schließlich aus der Gesellschaft ganz herausfallen oder Menschen, die dauerhaft mit den Marginalisierten konfrontiert sind und so teilweise selbst in Situationen von Marginalisierung geraten.

»Elend der Welt« will sich an der Maxime Spinozas orientieren: »Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen.«³⁸ Die Studie umfasst qualitative Interviews mit Jugendlichen aus »sozialen Brennpunkten« und Immigrantenquartieren, Landwirten, deren Höfe keine Zukunft haben, mit Lehrern an Schulen in schwierigen Stadtteilen (zone à urbaniser en priorité = ZUP), Sozialarbeitern, die im Niemandsland des zerfallenden Sozialstaats auf sich allein gestellt sind, Arbeiterhepaaren, die durch Invalidität und Arbeitslosigkeit am Rand des Ruins stehen, einer Sortiererin in einem Postzentrum, die immer bei künstlichem Licht arbeiten muss und anderen, die alle das gemeinsame Schicksal teilen, dass die Gesellschaft sie abgeschrieben hat. Methodisch geht die Untersuchung einen Weg, der die Objektivierung der Position der Forschenden mit dem Verstehen (comprendre) dessen, was die Befragten mitteilen, verknüpft. Objektivierung meint hierbei eine selbstkritische Reflexion der Forschenden hinsichtlich der Risiken symbolischer Gewalt, die in der Interviewsituation dann entstehen können, wenn die »Effekte der gesellschaftlichen Struktur«, die auf die empirische Feldarbeit ausstrahlen, nicht wahrgenommen werden. Ein Risiko symbolischer Gewalt ist aber auch gegeben, wenn die Forschenden den positivistischen Mythos »objektiver« Wissenschaft verinnerlichen und vergessen, die »symbolische Gewalt, die durch die Interviewbeziehung

37 Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997.

38 Pierre Bourdieu, An den Leser, in: Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt (wie Anm. 37), S. 13.

zur Ausübung kommen kann, so weit wie irgend möglich zu reduzieren«. ³⁹ Das Ergebnis des methodischen Vorgehens Bourdieus besteht in der Entwicklung einer »gewaltfreien Kommunikation«, die sowohl eine systematische Bereitschaft, die Interviewten zu verstehen, indem die Forschenden deren Standpunkt und Erfahrungsperspektive gewissenhaft rekonstruieren, als auch eine systematische »Selbstanalyse« der Forschenden einschließt, die einer »Demokratisierung der hermeneutischen Haltung« dient. Das kritische Potential von »Elend der Welt« beschränkt sich aber weder auf die Wahl des Gegenstandes noch die Inhalte der Interviews, die den Blick für die Tatsache sensibilisieren, dass die Grenzen zwischen einer relativ sicher erscheinenden Lebenssituation und dem Abgleiten in Armut, soziale Isolierung und Hoffnungslosigkeit keineswegs stabil sind, sondern äußert sich auch unmittelbar in den Kommentaren der Forschungsgruppe, die die Interviews ergänzen. Dabei fällt bei Bourdieu selbst eine gewisse Positionsverlagerung in der Bewertung des Staates auf. Hatte er zum Beispiel in »Der Staatsadel« (1989) ⁴⁰ den Staat noch hauptsächlich als Organisator der durch die »grandes écoles«, also die Elitehochschulen, vermittelten Eliterekrutierung für staatliche und privatwirtschaftliche Schlüsselpositionen mit Skepsis betrachtet, so begann er seit den neunziger Jahren in dem Maße, wie der Sozialstaat politisch unter Druck gesetzt wurde, zwischen den Herrschaftsfunktionen des Staates einerseits und der staatlichen Gewährleistung sozialer Mindeststandards andererseits nachdrücklich zu unterscheiden. Im Blick auf die jeweiligen Akteure sprach er nun anschaulich von der »rechten« und der »linken Hand« des Staates, wobei im ersten Fall die Beamten und Manager in staatlichen Spitzenpositionen und im zweiten Fall die Angehörigen von Berufsgruppen gemeint waren, die – wie etwa »street worker« oder Berufsschullehrer – zwar im staatlichen Auftrag, aber ohne die erforderliche materielle Ausstattung und soziale Anerkennung am unteren Rand der Gesellschaft unter schwierigsten Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind. Die aus der eigenen Empirie gewonnene Differenzierung des Staatsverständnisses bestärkte Bourdieu in seinem Engagement für eine Verteidigung des Sozialstaats gegen den immer massiveren Druck einer neoliberalen Deregulierungspolitik. ⁴¹ Aber Bourdieus Eintreten für einen funktionsfähigen Wohlfahrts-

39 Pierre Bourdieu, Verstehen, in: Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt (wie Anm. 37), S. 782.

40 Pierre Bourdieu, Der Staatsadel, Konstanz 2004 (frz. 1989).

41 Vgl. Pierre Bourdieu, Das Elend des Staates – der Staat des Elends, in: Pierre Bourdieu, Interventionen 1961–2001, Band 3 und 4, Hamburg 2002, S. 27–37.

staat war nur ein, wenn auch sehr wichtiges Moment seines öffentlichen Engagements gegen das »Elend der Welt«, das er in seinen unterschiedlichsten, von sozialer Verelendung über die symbolische Gewalt der Medien⁴² bis zur Diskriminierung von Homosexuellen reichenden Erscheinungsformen zu bekämpfen versuchte. Die von ihm geübte Sozialkritik wurde allerdings stets bewusst vom Standpunkt eines Intellektuellen aus vorgetragen, der sich des Unterschiedes zwischen intellektueller Intervention und der Tätigkeit von Politikern bewusst bleiben wollte, um nicht jenen »Doxa« zu erliegen, die mit den Machtspielen der Akteure auf dem politischen Feld unvermeidlich verbunden sind. Noch kurz vor seinem Tod hat Bourdieu in einem Beitrag zu Ehren von Michel Foucault an diesen Unterschied erinnert, als er den Intellektuellen wie folgt charakterisierte: »Jemand, der in der politischen Welt interveniert, ohne aber ein Politiker zu werden, der nicht nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur wissenschaftlichen oder literarischen Welt über Kompetenz und Autorität verfügt, sondern auch aufgrund von Werten, die in die Ausübung seiner Profession eingeschrieben sind, wie die Werte von Wahrheit und Uneigennutz.«⁴³

Die durch die Krise des Sozialstaats hervorgerufene soziale Desintegration und die durch Deregulierung des sozialen Status von Lohnarbeit freigesetzten Zentrifugalkräfte gesellschaftlicher Erosion sind auch das zentrale Thema von Robert Castel. Sein Standpunkt ähnelt weitaus mehr dem Bourdieus als der eher defensiv-kritischen Haltung von Serge Paugam oder anderer Armut- und Exklusionsforscher wie Daniel Cohen⁴⁴ oder Dominique Schnapper.⁴⁵ Analyse, Kritik und Parteilichkeit fallen bei Castel weder auseinander noch werden sie getrennten Dimensionen der wissenschaftlichen Tätigkeit zugeordnet. Im Gegenteil, Castel versteht sich ausdrücklich als Soziologe, dessen Arbeit sowohl auf gesellschaftliche Bedürfnisse und Erfordernisse (*demande sociale*) antwortet als auch unmissverständlich für diejenigen Partei ergreift, denen, wie es im Motto zu seinem großen Werk »Die Metarmorphosen der sozialen Frage«⁴⁶ heißt, »gestern wie heute eine

42 Vgl. Pierre Bourdieu, *Über das Fernsehen*, Frankfurt/M. 1998.

43 Pierre Bourdieu, Eine wirklich kritische Haltung aufbauen, in: Pierre Bourdieu, *Interventionen* (wie Anm. 41), S. 275.

44 Vgl. Daniel Cohen, *Richesse du monde, pauvretés des nations*, Paris 1997.

45 Vgl. Dominique Schnapper, *Intégration et exclusion dans les sociétés modernes*, in: Serge Paugam (sous la direction de), *L'exclusion, l'état des savoirs*, Paris 1996, S. 23–31.

46 Robert Castel, *Die Metarmorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.

bessere Zukunft versagt blieb«. Sich gegen einen »soziologischen Puritanismus« abgrenzend, der in den Sozialwissenschaften die Funktion des »l'art pour l'art« erfülle, bekennt sich Castel als Gegner des Postulats wissenschaftlicher Wertfreiheit und als »Parteigänger« (position partisane)⁴⁷ im Kampf gegen einen »Ultraliberalismus«. Der Ultraliberalismus sei seinerseits keineswegs »wertfrei«, sondern seine normative Logik werfe erneut die »soziale Frage« auf und drohe die Werte einer »organischen Solidarität«, wie Castel in Anspielung auf Durkheim schreibt, zu eliminieren. Das sozialkritische Leitmotiv der »Metamorphosen« besteht darin, die »Geschichte der Lohnarbeit« von ihren mittelalterlichen vormundschaftlichen Beschränkungen über die Stufe individualistischer bürgerlicher Vertragsförmigkeit (Arbeitsvertrag) bis zum »sozialen Status« gesetzlich geschützter und normativ anerkannter Lohnarbeit als Prozess der allmählichen Durchsetzung zivilisatorischer Standards soziologisch-historisch zu rekonstruieren und die gegenwärtig sich vollziehende Regression dieses Status als eine »neue Etappe einer anthropologischen Geschichte der Lohnarbeit«⁴⁸ mit katastrophalen gesellschaftlichen Folgen zu beschreiben. Soziologisch kennzeichnet Castel den jetzt durch Deregulierung und Prekarisierung von Lohnarbeit hervorgerufenen Prozess als »negativen Individualismus«, der sich nicht nur in exzessivem Subjektivismus äußert, sondern auch durch das Wegbrechen eines sozial integrierenden Rahmens in Erscheinung tritt.⁴⁹ Theoriegeschichtlich stellt sich Castel in die Tradition Durkheims und seines Verständnisses gesellschaftlicher Integration, die in modernen Gesellschaften die durch Arbeitsteilung fundierte Form »organischer Solidarität« annimmt. Allerdings löst Castel, wie Martin Kronauer gezeigt hat, die Durkheimsche Vorstellung sozialer Integration von ihren biologistischen Konnotationen und bestimmt soziale Kohärenz »genuin historisch-soziologisch«,⁵⁰ ohne jedoch die von Durkheim als konstitutiv betrachtete soziale Interdependenz der Individuen als Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität zu vernachlässigen. Sie behält in der Untersuchung von Castel ihren zentralen Stellenwert, wie die im Folgenden skizzierte Begrifflichkeit belegt.

47 Robert Castel, *La sociologie et la réponse à la demande sociale*, in: Bernard Lahire (Hg.), *À quoi sert la sociologie?*, Paris 2002, S. 76.

48 Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage* (wie Anm. 46), S. 336.

49 Ebenda, S. 407.

50 Martin Kronauer, *Soziologie der sozialen Frage: Robert Castel*, in: Stephan Moebius/Lothar Peter (Hg.), *Französische Soziologie* (wie Anm. 6), S. 454.

Castel unterscheidet mehrere »Zonen« der durch den Lohnarbeitsstatus bestimmten Beziehungen der Individuen zur Gesellschaft, die gegenwärtig einer allgemeinen Destabilisierung des Sozialstaats ausgesetzt sind: »... die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion oder vielmehr der Entkoppelung.«⁵¹

Wichtig an dieser Differenzierung ist sowohl, dass sie die Vorstellung eines starren Gegensatzes zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit korrigiert, indem sie die Übergänge von der einen zur anderen Zone als fließend beschreibt, als auch, dass der Prozess nicht nur in einer Richtung, also vom Zentrum der Gesellschaft zur Peripherie, sondern auch umgekehrt verläuft. Es handelt sich also um einen reziproken Prozess, ja um eine Art gegenseitiger sozialer Infektion, die Castel in Anlehnung an die Formulierung eines Priesters aus der Mitte des 19. Jahrhunderts als »Wundbrand« des Neopauperismus bezeichnet. Castel kommt zu der Erkenntnis, dass die Folgen der Prekarisierung des Lohnarbeitsstatus mit seinem Normalarbeitsverhältnis und seiner institutionellen Einbettung nicht nur auf die unmittelbar Betroffenen beschränkt sind, sondern auch »die Destabilisierung über einen Bumerang-Effekt von der Peripherie ins Herz [...] tragen.«⁵² Es gelingt ihm in eindrucksvoller Weise, hinter den Vorgängen der Prekarisierung und Entkoppelung mehr als nur sozialökonomische Verschlechterungen sichtbar zu machen. Der soziale Status der Lohnarbeit bzw. die unterschiedlichen Formen seines Verlustes verweisen auf eine qualitative Dimension der durch Lohnarbeit konstituierten sozialen Beziehungen. In diesem spezifischen, an Durkheim erinnernden Sinn ist Lohnarbeit für die abhängig Beschäftigten das entscheidende Bindeglied zwischen Individuen und Gesellschaft insofern, als es sozialen Schutz und Solidarität nicht almosenhaft gewährt, sondern ein Anrecht der Individuen und eine Verpflichtung der Gesellschaft ihnen gegenüber beinhaltet. Castel warnt davor, für die Lohnarbeitsgesellschaft, zu der es bisher keine überzeugende Alternative gebe, vorschnell eine »Todesanzeige« aufzugeben und fordert stattdessen auf, über eine Rekonstruktion des Sozialstaats nachzudenken, da nur der Staat in der Lage sei, »eine Brücke zwischen den beiden Polen des Individualismus zu schlagen (des positiven und negativen Individualismus, Anm. L.P.) und der Gesellschaft ein Minimum an Zusammenhalt aufzunötigen.«⁵³

51 Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage* (wie Anm. 46), S. 360/361.

52 Ebenda, S. 385.

53 Ebenda, S. 412.

So sehr dem Plädoyer Castels für die Verteidigung des sozialen Status der Lohnarbeit als zivilisatorischer, die herrschenden Klassen und ihre Eliten mäßigender Errungenschaft zuzustimmen ist und so sehr seine Untersuchung davon überzeugt, dass man die Geschichte der Lohnarbeit nicht nur unter dem Aspekt eines Verelendungsdiskurses lesen darf, so deutlich muss aber gleichzeitig auf einige Defizite bei Castel hingewiesen werden. Sie bestehen darin, dass Castel nur eine Seite, nämlich die einer regulativen Stabilisierung des sozialen Status der Lohnarbeiter betrachtet, nicht aber den kapitalistischen Arbeitsprozess selbst und die mit ihm verbundenen Widersprüche und Kämpfe berücksichtigt. Dass trotz der historischen Errungenschaften durch das System der Arbeitsbeziehungen und sozialen Sicherungen auch die sozial »integrierte« Arbeit fremdbestimmte, permanent vom zyklischen Wechsel zwischen Konjunktur und Krise bedrohte, also durch ihren Warencharakter determinierte Arbeit bleibt, gerät bei Castel nahezu vollständig aus dem Blick. Selbst die »Trente Glorieuses« zwischen 1950 und 1980, die Castel für exemplarisch hinsichtlich der »Konsolidierung des Lohnarbeiterstatus« betrachtet, waren durch Ausbeutung, tayloristische Arbeitsbedingungen und kollektiven Widerstand der Arbeiter gegen das Regime ihrer »patrons« geprägt.⁵⁴ Damit wird eine weitere Schwäche in der Untersuchung von Castel, nämlich die Abwesenheit der Lohnarbeiter als mit sozialer Erfahrung, Bedürfnissen und Werten ausgestattete handelnde Subjekte berührt. Nichtsdestoweniger ist der sozialkritische Impetus bei Castel unverkennbar. Auch wenn er einen langen Weg durch die Geschichte macht, geht es ihm um die Gegenwart und die in dieser Gegenwart auftretenden elementaren gesellschaftlichen Probleme. Den in unendlich mühsamen Kämpfen errungenen Status quo verteidigt er gegen die postmoderne Neigung, die »Arbeitsgesellschaft« für obsolet zu erklären, um so, ob willentlich oder nicht, die Arbeitslosen und »Entkoppelten« ihrem Schicksal zu überlassen: »Als Soziologe geht es mir um ein Verständnis dessen, was heute vorgeht. Selbst wenn ich große Umwege in die Vergangenheit mache, soll dies einer Geschichte der Gegenwart dienen [...] Auch wenn das Antizipieren langfristiger Entwicklungen als Zeichen überlegener Intelligenz gewertet wird, sollten wir uns nicht einfach über den aktuellen Preis der Bedeutungsminderung der Arbeit hinwegsetzen, zumal diejenigen, die ihn am

54 Vgl. Lothar Peter, Sozialkritik ohne Kapitalismuskritik? Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 14 (2003), 55, S. 211–216.

schmerzlichsten erfahren, sich in den instabilsten und ungesichertsten Situationen befinden [...] Wenn die Überwindung der Arbeit eine wirkliche Kulturrevolution bedeutet, zahlen die Schwachen und Enteigneten heute die Zeche. Es ist einigermaßen ungerecht, ihnen zu sagen: ›Habt Geduld, die Arbeit wird bald relativiert und überholt sein. Man wird andere Formen der Identität und Zivilbürgerschaft erfinden‹. Und inzwischen wird die Situation immer schlimmer.«⁵⁵

Auch wendet sich Castel in einer neuen Veröffentlichung dagegen, die »sozial Ausgegrenzten« als faktisch nicht mehr zur Gesellschaft gehörig zu betrachten und damit ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Zu Recht besteht Castel darauf, dass trotz des modischen Trends zur – positiven oder negativen – Mythisierung des bindungslosen Individuums als »freischwebendem Elektron« auch diejenigen Gruppen und Klassen, die einem sozialen Abstieg unterworfen sind, einen Bestandteil der Sozialstruktur bilden und deshalb nicht soziologisch externalisiert werden können. Treffend bringt Castel die Tatsache, dass Prozesse sozialer Desintegration nicht außerhalb der Gesellschaft ablaufen, sondern ein konstitutives Merkmal einer sich entstaatlichenden, die Risiken privatisierenden Gesellschaft sind, mit den beiden folgenden Sätzen auf den Punkt: »Niemand, nicht einmal der ›sozial Ausgegrenzte‹, existiert außerhalb der Gesellschaft. *Die Entkollektivierung selbst ist eine kollektive Situation.*«⁵⁶

Teil II dieses Beitrags mit den Schwerpunkten »Der neue Geist des Kapitalismus« und »Krise der Arbeit« erscheint in Heft 2/2006.

55 Robert Castel, Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation. Ein Gespräch mit François Ewald, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 38 (1996), 217, S. 780.

56 Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2005 (frz.2003).

Florian Schmaltz

Die IG Farbenindustrie und der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz 1941–1942¹

MITTE April 1941, einige Tage nach der offiziellen Gründung des IG Farbenwerks in Auschwitz rückten zum ersten Mal Häftlinge aus dem Konzentrationslager Auschwitz in dem neu gebildeten »Buna-Kommando« zu Bauarbeiten auf dem Werksgelände aus.² Die gesundheitlich angeschlagenen und unterernährten KZ-Häftlinge dieses Außenkommandos mussten täglich unter Aufsicht bewaffneter SS-Postenketten einen kräfteverschleißenden Hin- und Rückmarsch zu der sieben Kilometer entfernten Werksbaustelle zurücklegen, wo sie unter brutalen Misshandlungen zu schwersten Aufschließungs- und Ausschachtungsarbeiten angetrieben wurden. Aus Sicht der wenigen überlebenden Häftlinge war das Buna-Kommando ein gefürchtetes Todeskommando.³ Die Perspektive der Bauleitung

- 1 Für kritische Lektüre und Anregungen danke ich Rüdiger Hachtmann, Karl Heinz Roth und Anne Sudrow.
- 2 Der erste Einsatz des Außenkommandos Buna wird in der Forschung unterschiedlich datiert. Nach Irena Strzelecka und Piotr Setkiewicz rückte das »Kommando Buna« erstmals am 15. oder 16.4.1941 aus, dies., *Der Bau, der Ausbau und die Entwicklung des KL Auschwitz*, in: *Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau*. Bd. I. Oświęcim 1999, S. 125, Fn. 81 und Piotr Setkiewicz, *Ausgewählte Probleme aus der Geschichte des IG Werkes Auschwitz*, in: *Hefte von Auschwitz*, 22 (2002), S. 7–147, hier S. 40. Bernd C. Wagner datiert den ersten Einsatz auf den 21.4.1941, ders., *IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941–1945*. München 2000, S. 64.
- 3 Siehe hierzu die Berichte Überlebender des Buna-Kommandos: Wieslaw Kielar, *Anus Mundi. Fünf Jahre Auschwitz*. Frankfurt am Main 1997, S. 132 ff.; August Kowalczyk, *Le Refrain des barbelés*. Oświęcim 1998 und Affidavit Hans Mandler, 20.10.1947, NI (= Nuernberg Industrialists) -11955, Bl. 1–5. Die Nürnberger Dokumente der NI-Serie und Akten des Nürnberger Prozesses gegen IG Farben (Fall VI) wurden im Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte in Bremen und im Zentrum für Antisemitismusforschung (TU Berlin)

der IG Auschwitz war freilich eine andere: Sie war an einer möglichst raschen Vergrößerung des Buna-Kommandos (Buna = synthetischer Kautschuk) interessiert, um den Bau ihres großchemischen Werkes zu beschleunigen, in dem die Produktion von synthetischen Treibstoffen, Buna, Stickstoff und zukunftssträchtigen Kunststoffen auf Acetylenbasis vorgesehen war.

Allein die Unterbringungskapazitäten im Konzentrationslager Auschwitz⁴ begrenzten im Frühjahr 1941 die Möglichkeiten der SS-Lagerkommandantur, der I. G. Farbenindustrie mehr Häftlinge für ihr Buna-Außenkommando abzustellen. Die bereits überfüllten Häftlingsblöcke und der nur schleppend vorankommende Ausbau zusätzlicher Unterkünfte bremsen das Bautempo der IG Auschwitz. Wie im folgenden gezeigt werden soll, erkannte die Werksleitung der IG Auschwitz dieses Problem frühzeitig und sicherte daraufhin in beachtlichem Umfang Unterstützung beim Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz zu, noch *bevor* 1942 mit der Errichtung des Außenlagers Monowitz begonnenen wurde. In welcher Wechselbeziehung standen das größte Investitionsprojekt der deutschen Chemieindustrie in den vierziger Jahren und die Entwicklung von Auschwitz zum größten Konzentrations- und Vernichtungslager des NS-Regimes?

Vor einigen Jahren stellte der amerikanische Historiker Peter Hayes zu dieser Problematik die bemerkenswerte These auf, dass die »Entscheidung der Strategen der IG Farben für Auschwitz [...] ganz erheblich zur Ausweitung des Lagers und seiner schließlichen Entwicklung zu einer Todesmaschinerie«⁵ beitrug. Wenn Hayes' Annahme zutrifft, wäre dies von Bedeutung für die Erklärungsversuche, wie in Auschwitz eines der Vernichtungszentren des NS-Regimes entstehen konnte. Waren neben der antisemitischen Ideologie, der volkstumpolitischen Raumplanung, der rassistischen Bevölkerungs- und Siedlungspolitik der deutschen Okkupanten und fortgesetzten Eskalation des expansionistischen Vernichtungskrieges auch ökonomische Ursachen wesentlich für die Entwicklungsdynamik ausschlaggebend, die zur Errichtung des größten Vernichtungslagers führten?

eingesehen. Für die großzügigen Arbeitsmöglichkeiten in beiden Archiven möchte ich mich herzlich bedanken.

4 Gemeint ist der seit 1941 als Stammlager bzw. Auschwitz I bezeichnete Teil des Konzentrationslagers Auschwitz.

5 Peter Hayes, IG Farben und der IG Farben-Prozess. Zur Verwicklung eines Großkonzerns in die nationalsozialistischen Verbrechen, in: Fritz Bauer Institut (Hg.), Auschwitz. Geschichte, Rezeption und Wirkung. Jahrbuch 1996 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main u. a. 1996, S. 99–121, hier S. 110.

Bis in die neunziger Jahre blieben die Kontroversen in der Historiographie über das Werk der IG Farbenindustrie in Auschwitz vor allem auf die umstrittene Standortentscheidung fixiert. Im Zentrum der Debatten unter den Historikern stand erstens die Frage, seit wann der Konzernspitze die Option bekannt war, Häftlinge aus dem nahegelegenen Konzentrationslager beim Werksbau ausbeuten zu können und zweitens welche Relevanz dieser Faktor bei der Entscheidung der IG Farbenindustrie für den Standort Auschwitz hatte.⁶ Die Frage, welchen Anteil die IG Auschwitz am Ausbau des Konzentrationslagers hatte, geriet dabei nicht in den Blick. Zwar hat der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski bereits Mitte der sechziger Jahre im Rahmen eines Gutachtens für die Nebenklage aus der DDR im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess auf die »Verflechtung von sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager« hingewiesen, doch blieben seine Überlegungen und einige der von ihm erstmals angeführten Quellen in der wei-

6 Karl Heinz Roth, IG Auschwitz. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?, in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 4 (1989), 4, S. 11–28; Peter Hayes, Zur umstrittenen Geschichte der IG Farbenindustrie AG, in: Geschichte und Gesellschaft, 18 (1992), 4, S. 405–417; Thomas Sandkühler/Hans Walter Schmuhl, Noch einmal: IG Farben und Auschwitz, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), 2, S. 259–267; Hans Deichmann, Auschwitz, in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 5 (1990), 3, S. 110–116; Hans Deichmann/Peter Hayes, Standort Auschwitz. Eine Kontroverse über die Entscheidungsgründe für den Bau des IG Farben-Werks in Auschwitz, in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Jg. 11 (1996), 1, S. 79–101; Florian Schmaltz/Karl Heinz Roth, Neue Dokumente zur Vorgeschichte des IG Farbenwerks Auschwitz-Monowitz. Zugleich eine Stellungnahme zur Kontroverse zwischen Hans Deichmann und Peter Hayes, in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 13 (1998), 2, S. 100–116 und Piotr Setkiewicz, Häftlingsarbeit im KZ-Auschwitz III-Monowitz. Die Frage der Wirtschaftlichkeit der Arbeit, in: Christoph Dieckmann/Ulrich Herbert/Karin Orth (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. II. Göttingen 1998, S. 584–605. Zur Standortfrage siehe auch: Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. 2. Aufl., Bonn 1997, S. 217–223; Peter John Turnbull Morris, The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft 1926–1945. Diss. Phil., Oxford 1982, S. 330–345; Peter Hayes, Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era. Cambridge 2001, S. 347–361; Gottfried Plumpe, Die IG Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945. Berlin 1990, S. 380–385; Wagner, IG Auschwitz, S. 37–55 sowie zuletzt: Raymond G. Stokes, Von der I.G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF (1925–1952), in: Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. Werner Abelshäuser (Hg.), München 2002, S. 221–358, hier S. 302–308 und 327–331.

teren historischen Forschung weitgehend unberücksichtigt.⁷ Erst in der jüngsten Zeit wurde dieser Frage mehr Aufmerksamkeit geschenkt.⁸ Eine genauere Analyse der Zusammenhänge zwischen dem Häftlingseinsatz beim Werksbau der IG und der rasanten Expansion des Konzentrationslagers Auschwitz vor der Gründung des Konzentrationslagers Monowitz ist allerdings ein Forschungsdesiderat. Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, anhand der Baugeschichte einige zentrale Aspekte der Kooperation von IG Farben und SS in Auschwitz in ihrer Bedeutung für den Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz zu analysieren und zwar in der Zeit zwischen der Werksgründung im Frühjahr 1941 und der Eröffnung des firmeneigenen KZ-Lagers Monowitz im Oktober 1942.

*1. Die Interessengemeinschaft Auschwitz formiert sich.
Die Verhandlungen über Häftlingseinsatz und Bauförderung
(Januar bis April 1941)*

Im Herbst 1940 griff die Konzernführung der IG Farbenindustrie das bereits im Dezember 1939 konzipierte Projekt, ein Hydrier- und Bunawerk in Auschwitz zu errichten, wieder auf.⁹ Noch bevor Anfang Februar 1941 der Bau der IG Auschwitz mit dem Reichswirtschaftsministerium vertraglich geregelt wurde, erfuhr das für den Bau der Buna-Fabrik in Auschwitz zuständige Vorstandsmitglied Otto Ambros von der unmittelbar bevorstehenden Deportation der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus der Stadt

7 Jürgen Kuczynski, Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager, in: Dokumentation der Zeit. Informations-Archiv, 16 (1964), 308, S. 36–42. Siehe dazu: Florian Schmaltz, Das historische Gutachten Jürgen Kuczynskis zur Rolle der I.G. Farbenindustrie und des KZ Monowitz im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozeß, in: »Gerichtstag halten über uns selbst...«. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Jahrbuch 2001 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, hg. von Irmtrud Wojak, Frankfurt am Main 2001, S. 117–140.

8 Vgl. Franciszek Piper, Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Auschwitz. Oświęcim 1995, S. 127 ff.; Wagner, IG Auschwitz (wie Anm. 2); Robert Jan van Pelt und Debórah Dwork, Auschwitz. Von 1270 bis heute. Zürich, München 1998, S. 217 ff.; Steinbacher, »Musterstadt« Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien. München 2000, S. 205 ff. und Setkiewicz, Ausgewählte Probleme (wie Anm. 2), S. 28 ff.

9 Schmaltz/Roth, Neue Dokumente (wie Anm. 6), S. 100–116, sowie Stokes, BASF (wie Anm. 6), S. 302–308 und 327–331.

Auschwitz und den umliegenden Dörfern. Entsprechend alarmierende Nachrichten erreichten Ambros am 10. und 11. Januar 1941. Demzufolge plante Heinrich Himmler in seiner Funktion als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) die Vertreibung des »größten Teils der Einwohner im Hinblick auf bevölkerungspolitische Bestrebungen«.¹⁰ Auf Grundlage eines Erlasses von Hitler vom 7. Oktober 1939 hatte Himmler als RKF die Befehlsgewalt über die gesamte konzeptionelle und praktische Umsetzung der Germanisierungspolitik in den eroberten Gebieten an sich gezogen.¹¹ Nach den Plänen der Ende 1939 eingerichteten RKF-Dienststelle für Oberschlesien in Kattowitz, war die vorgesehene Zwangsaussiedlung in der Region Auschwitz in ein umfassendes bevölkerungspolitisches Germanisierungskonzept eingebettet. Die Vertreibung der nach rassistischen Kriterien als »fremdvölkisch« klassifizierten Bevölkerung Polens und die geplante Ansiedlung von deutschen und »volksdeutschen« Siedlern war konzeptionell mit einer Reihe von wirtschaftspolitischen Neuordnungsmaßnahmen verbunden, die auf eine Modernisierung der Infrastruktur- und Raumplanung abzielten.¹² Während die Dienststelle des RKF in Kattowitz Ende 1940 die letzten Vorbereitungen zur Räumung der Stadt Auschwitz und der umliegenden Dörfer traf, waren aus anderen Gebieten in Ost-Oberschlesien bis zum 15. November 1940 bereits 15.322 Polinnen und Polen zwangsweise mit Sonderzügen in das Generalgouvernement abtransportiert worden.¹³

Die systematisch in Angriff genommene Zwangsaussiedlung implizierte den Abzug von Tausenden Arbeitskräften aus der Region Auschwitz. Sie kollidierte allerdings mit den wirtschaftlichen Interessen der IG Farben-

10 Simmat (Mineralöl-Baugesellschaft) an Ambros, 11.1.1941, NI-11783, Fall VI, Anklage-Dokumentenband (ADB) 72, fol. 17; Besprechung am 16.1.1941 in Ludwigshafen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Buna und Schlesien-Benzin in Auschwitz, 18.1.1941, NI-11784, Fall VI, ADB 72, fol. 21 f.

11 Robert L. Koehl, RKF DV. German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism. Cambridge 1957 und Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Anatomie des SS-Staates. Hans Buchheim / Martin Broszat / Hans-Adolf Jacobsen / Helmut Krausnick (Hg.). 6. Aufl. München 1994, S. 182 ff.

12 Götz Aly / Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt am Main 1993, S. 168 ff.; Sybille Steinbacher, »Musterstadt« Auschwitz, S. 213 ff.

13 Vgl. Übersicht über die durchgeführten Evakuierungen bis zum 15. November 1940 (Zusammengestellt vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD), erdiert als Dok. 53 in: Wyszczelanie Ludności Polskiej. Na Tzw. Ziemiach Wcielonych do Rzeszy 1939–1945. Bearb. von Czesław Łuczak, Poznań 1969 (= Documenta Occupationis, Bd. VII), S. 74 f.

industrie, deren Bauleitung beabsichtigte, einen bedeutenden Teil ihrer Baulegerschaft aus dem näheren Einzugsgebiet zu rekrutieren. Ende Januar 1941 entstand damit eine schwierige Interessenslage, in der sich eine fatale Lösung des Problems des Arbeitskräftemangels in Oberschlesien anbahnte. Die IG-Bauexperten erfuhren zu diesem Zeitpunkt von Beamten der Landesplanung in Oberschlesien, dass die 7000 jüdischen und 4000 polnischen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Auschwitz bereits im »Frühjahr 1941 gänzlich ausgesiedelt werden« und eine »Wiederbesiedlung« mit deutschen »Wehrbauern sowie durch Zurückholung oberschlesischer Industriearbeiter erfolgen« sollte.¹⁴ Andererseits war Ambros über die beabsichtigte Vergrößerung des Konzentrationslagers Auschwitz mit seinen damals etwa 7000 Insassen im Bilde, für die die SS »ein etwa 10 qkm großes Gebiet zu einer Konzentrationslager-Siedlung« ausbauen wollte.¹⁵ Im Hinblick auf dieses gigantische Bauvorhaben der SS lag für die IG-Manager der Gedanke nahe, durch Arbeitskräfte aus dem Konzentrationslager den Arbeitskräftemangel zu kompensieren. Die vor Ort agierenden IG-Bauexperten informierten Ambros nicht nur über das Expansionsvorhaben der SS-Lagerleitung, sondern signalisierten auch ihre feste Überzeugung, dass die »Beschäftigung von Häftlingen bei dem Bauvorhaben nach Verhandlungen mit dem Reichsführer SS möglich« sei.¹⁶ Ferner war die Kontaktaufnahme mit Himmler für Verhandlungen über das für den Werksbau anvisierte zwangsenteignete polnische Bauland erforderlich, das durch den RKF verwaltet wurde.¹⁷

Die überregional geplanten Vorhaben Himmlers als RKF in dem Gebiet um Auschwitz tangierten den Werksbau der IG Auschwitz somit in drei zentralen Punkten: Erstens hinsichtlich der rassistischen Siedlungspolitik, welche die Vertreibung der polnischen und jüdischen Bevölkerung und die Ansiedlung von Deutschen beziehungsweise »Volksdeutschen« vorsah und in der Konsequenz das regionale Arbeitskräftereservoir stark reduzierte, zweitens hinsichtlich eines möglichen Einsatzes von KZ-Häftlingen als billige Sklavenarbeiter auf der Werksbaustelle der IG Farbenindustrie und drittens hinsichtlich der Kaufverhandlungen des von der IG beanspruchten Werksgebietes, das unter der Verwaltung Himmlers als RKF stand.

14 Camill Santo, Aktenvermerk über eine Besprechung mit der Landesplanung in Kattowitz, 31.1.1941, NI-11785, Fall VI, ADB 72, fol. 33.

15 Ebd., fol. 33 f.

16 Ebd., fol. 32.

17 Ebd., fol. 32.

Wie dem drohenden Abzug der Arbeitskräfte infolge der von den RKF-Dienststellen geplanten Räumung der Stadt Auschwitz noch ein Riegel vorgeschoben werden könnte, beriet Ambros daraufhin mit seinem Arbeitskollegen aus der Konzernführung Carl Krauch. Die IG Farben benötigte einen Befehl von höchster Stelle, um Einfluss auf die Siedlungspolitik des RKF zu gewinnen und in der Region Auschwitz die Planungen an die Bedürfnisse der Industrie anzupassen. Krauch, der 1940 aus dem Vorstand der IG Farben in den Aufsichtsrat des Unternehmens gewechselt hatte, wo er als Nachfolger von Carl Bosch den Vorsitz einnahm, schien der geeignete Mann, einen solchen Befehl zu veranlassen. Krauch verfügte über gute Kontakte zu den Spitzen des NS-Regimes und war im Sommer 1938 von Hermann Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (GBChem) ernannt worden.¹⁸ Als im Dezember 1939 die aus dem Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe im Reichswirtschaftsministerium hervorgegangene Reichsstelle für Wirtschaftsausbau auf Anordnung von Göring zu einer »höheren Reichsbehörde« unter der Bezeichnung »Reichsamt für Wirtschaftsausbau« (RWA) umgewandelt wurde, avancierte Krauch zu dessen Leiter.¹⁹ Sein Posten innerhalb dieser Vierjahresplanbehörde Görings war mit weitgehenden rohstoff- und rüstungswirtschaftlichen Planungsvollmachten und Weisungsbefugnissen versehen. Unter Krauchs Führung wurden die GBChem-Behörde und das Reichsamt für Wirtschaftsausbau zu einem einheitlichen Apparat verschmolzen, um die kriegswirtschaftliche Produktion und Investitionslenkung der chemischen Industrie zu steuern.²⁰

Der auf Krauchs Initiative hin von Göring am 18. Februar 1941 an Himmler gerichtete Auschwitz-Erlass verfügte ein Bündel industriefreundlicher Richtlinien, die die rassistischen bevölkerungspolitischen Maßnahmen des RKF mit den Bedürfnissen der IG Farben in Einklang bringen sollte: »1. Rasche Aussiedlung der Juden in Auschwitz und weiterer Umgebung, insbesondere

18 Krauch war für die Planung kriegswichtiger chemischer Produkte verantwortlich, insbesondere Mineralöl, Kautschuk, Leichtmetalle, Schieß- und Sprengstoffe sowie chemische Kampfmittel; vgl. Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*. Stuttgart 1968, S. 119.

19 Göring, *Neuordnung der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau* (Abschrift), 5.12.1939, Bundesarchiv Berlin, R 3112/2, Bl. 1–2. Die Anordnung trat am 10.12.1939 in Kraft.

20 Petzina, *Autarkiepolitik* (wie Anm. 18), S. 121; Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Bd. I., Berlin (DDR) 1969, S. 43 ff. u. S. 108–113; Plumpe, *IG Farbenindustrie* (wie Anm. 6), S. 722.

zwecks Freimachung ihrer Wohnungen für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft für das Buna-Werk. 2. Vorläufige Belassung der als Bauarbeiter in Betracht kommenden Polen in Auschwitz und weiterer Umgebung in ihren bisherigen Wohnstätten bis zur Beendigung der Bauarbeiten. 3. Bereitstellung einer möglichst großen Zahl von Baufach- und Bauhilfsarbeitern für den Bau des Buna-Werkes aus dem benachbarten Konzentrationslager. Der Gesamtbau- und Montagearbeiter-Bedarf wird auf der Baustelle je nach erreichbarem Bautempo 8000–12.000 Mann erreichen.«²¹

Himmler reagierte auf Görings Erlass am 26. Februar 1941, indem er die Vertreibung polnischer Arbeitskräfte in der Region um Auschwitz sofort unterband.²² Die Vertreter der Dienststellen des RKF in Oberschlesien adaptierten daraufhin ihre Planungen entsprechend der modifizierten Zielbestimmung der volkstumpolitischen Siedlungspolitik und schlugen nunmehr die Bildung »fremdvölkischer Reservate« im Umkreis von Industriestandorten vor, in denen die arbeitsfähige polnische Bevölkerung konzentriert werden sollte.²³ Mit dieser okkupations- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahme entsprachen die Bevölkerungsplaner des RKF auf regionaler Ebene der Forderung nach genügend Arbeitskräften der IG Farben und stellten die unmittelbare Realisierung des Ziels einer vollständigen »Germanisierung« in Auschwitz und der näheren Umgebung mittelfristig zurück. Neben den KZ-Häftlingen aus Auschwitz standen somit polnische Zwangsarbeiter aus den »fremdvölkischen Reservaten« als Arbeitskräfte für den Aufbau des chemischen Großwerks der IG Auschwitz zur Verfügung. Krauch brüstete sich angesichts dieses Resultats gegenüber Ambros in einer Vollzugsmeldung damit, dass die Befehle Himmlers und Görings auf seine Initiative zurückgingen.²⁴ Himmlers Aufmerksamkeit war auf Auschwitz gelenkt worden. Welche Bedeutung

21 Göring an Himmler, Betr. Bevölkerungspolitische Maßnahmen für das Buna-Werk Auschwitz in Ostoberschlesien (Geheime Reichssache), 18.2.1941, NI-1240, Fall VI, ADB 72, fol. 66.

22 Wirth (GBChem) an Ambros, Betr. Bunawerk IV Auschwitz, 4.3.1941, NI-11086, Fall VI, ADB 72, fol. 114.

23 Aly/Heim, Vordenker (wie Anm. 12), S. 183ff. und Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main 1995, S. 240f.

24 In einem Schreiben an Ambros betonte Krauch, der Befehl Himmlers sei »auf meine Anregung und auf Weisung des Reichsmarschalls« erteilt worden. Siehe: Krauch an Ambros, Betr. Buna-Anlage Auschwitz, 25.2.1941, NI-11938, Fall VI, ADB 93, fol. 1 f. Vgl. hierzu die Kritik von Hayes an Gottfried Plumpe, der den entscheidenden Satz in einem Zitat tilgt: Hayes, Zur umstrittenen Geschichte (wie Anm. 6), S. 411 f. und die Replik von Plumpe, Antwort auf Peter Hayes (wie Anm. 6), S. 528 f., sowie Sandkühler/Schmuhl, Noch einmal (wie Anm. 6), S. 261 f.

er der Zusammenarbeit mit der IG Farbenindustrie zumaß, kam in der Entscheidung zum Ausdruck, seinen persönlichen Adjutanten Karl Wolff als Verbindungsmann für die Verhandlungen mit IG Farben einzusetzen.²⁵ Zudem wurden die Spitzen des SS-Apparates entsprechend instruiert. Der seit November 1939 amtierende Inspekteur der Konzentrationslager Richard Glücks²⁶ und der Chef des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft der SS, Oswald Pohl, erhielten die Anweisung, mit dem Bauleiter der IG Farben Verbindung aufzunehmen, um »das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichem Umfange zu unterstützen.«²⁷ Um sich vor Ort selbst einen Eindruck zu verschaffen, inspizierte Himmler in Begleitung von Glücks am 1. März 1941 erstmals das Konzentrationslager Auschwitz.²⁸ Himmler äußerte sich über »den Fortschritt und die geleisteten Arbeiten im K.L.«, wie das Besuchsprotokoll festhielt »sehr befriedigt.«²⁹ Zum Abschluss des Besuchs gab der Reichsführer SS dem Lagerkommandanten Rudolf Höß den Befehl, das Konzentrationslager Auschwitz auszubauen. Wie die neuere Forschung gezeigt hat, sind einige Angaben der nach Kriegsende aus der Erinnerung erfolgten Darstellung von Höß zu dem Himmler-Besuch zweifelhaft.³⁰ Höß zufolge habe Himmler nicht nur den

25 Wilhelm Wirth (GBChem) an Ambros, 4.3.1941, NI-11086, Fall VI, ADB 72, fol. 114.

26 Zur Biographie von Glücks siehe: Johannes Tuchel, Die Inspektion der Konzentrationslager 1938–1945. Das System des Terrors. Berlin 1994, S. 58–61.

27 Wirth an Ambros, 4.3.1941 (Anm. 25) und Affidavit Wilhelm Wirth, 10.1.1948, Krauch Dokument Nr. 117, Fall VI, Verteidigungsdokumentenband (VDB) VIII für Krauch, fol. 37–39.

28 Besuchsprogramm Himmlers für den 1.3.1941, Bundesarchiv Berlin, NS 19/4008, fol. 14–15.

29 SS-Untersturmführer Heinrich Schwarz, (Konzentrationslager Auschwitz, Häftlingseinsatz I/5), Monatsbericht der Außenstelle I/3 an den Leiter der Hauptabteilung I/5 Hauptamt Haushalt und Bauten [Burböck], 17.3.1941, Archiwum Państwowe Muzeum Auschwitz-Birkenau (= APMAB), D-AuI-3a/1, fol. 47.

30 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hrsg. im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, bearb., kommentiert und eingeleitet von Peter Witte u. a. Hamburg 1999, S. 123, Fn. 2; Steinbacher, Musterstadt (wie Anm. 8), S. 211; Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburg 1999, S. 100, Fn. 140 und S. 144; Rainer Fröbe, »Bauen und Vernichten. Die Zentralbauleitung Auschwitz und die »Endlösung«, in: Durchschnittstäter. Handeln und Motivation. Hrsg. von Christoph Dieckmann u. a. Berlin 2000, S. 155–209 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 16), hier S. 159 u. 199, Fn. 12. Für eine detaillierte quellenkritische Diskussion der Darstellung von Höß siehe: Karin Orth, Rudolf Höß und die »Endlösung der Judenfrage«. Drei Argumente gegen deren Datierung auf den Sommer 1941, in: WerkstattGeschichte 18 (1997), S. 45–57.

Befehl erteilt, das Konzentrationslager »für friedensmäßig 30.000 Häftlinge auszubauen«, sondern darüber hinaus im Gebiet des Dorfes Birkenau (Brzezinka) ein weiteres Lager für 100.000 Kriegsgefangene zu errichten.³¹ Die erste Angabe von Höß ist durchaus mit der weiteren Bauplanung des Stammlagers und den Vereinbarungen zwischen der SS und der I. G. Farbenindustrie über den Häftlingseinsatz in Übereinstimmung zu bringen.³² Dagegen fehlt für die in zahlreichen historischen Studien übernommene Datierung des Baubefehls von Birkenau auf den 1. März 1941 in den zeitgenössischen Quellen jeglicher Hinweis.³³ Aufgrund neuer Quellenfunde kann der Baubefehl inzwischen eindeutig auf Herbst 1941 datiert werden. Am 26. September 1941 befahl der Chef des Hauptamtes Haushalt und Bauten SS-Oberführer Hans Kammler mündlich und darauffolgenden Tag schriftlich die Errichtung des Kriegsgefangenenlagers Auschwitz.³⁴ Die Angabe von Höß, dass Himmler bei dem Besuch mit führenden Managern der IG Farben zusammentraf, denen er nochmals die bereits befohlene Zusage, »10.000 Häftlinge je nach Bedarf und Fortschreiten der Bauten bereitzustellen«³⁵, wurde auch von der neueren Forschung nicht in Frage gestellt.³⁶ Somit kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass der Befehl Himmlers von März

31 Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Hrsg. von Martin Broszat. 16. Aufl., München 1996, S. 271. Dieser Darstellung folgten u. a. Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse des Konzentrationslagers Auschwitz Birkenau 1939–1945. Reinbek bei Hamburg 1989, S. 79. Ebenso: Strzelecka/Setkiewicz, Ausbau (wie Anm. 2), S. 81 und Setkiewicz, Ausgewählte Probleme (wie Anm. 2), S. 28. Obwohl Wagner die quellenkritischen Einwände von Steinbacher gegen die Datierung auf den 1. März 1941 bekannt waren, geht er weiterhin davon aus, Himmler habe im März 1941 die »konkrete Planungen zur Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers mit einer Kapazität von 100.000 Mann nahe dem Dorf Birkenau« befohlen, vgl. Wagner, I. G. Auschwitz (wie Anm. 2), S. 58 u. S. 209, Fn. 6.

32 Der Reichsführer SS (Chef des Hauptamtes Haushalt und Bauten), Generalbebauungsplan Auschwitz, Juni 1941, dokumentiert in: van Pelt/Dwork, Auschwitz (wie Anm. 8), Tafel 6 (nach S. 200); Strzelecka/Setkiewicz, Ausbau (wie Anm. 2), S. 86f.

33 Steinbacher, Musterstadt (wie Anm. 8), S. 211; Jan Erik Schulte, Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das Wirtschaftsverwaltungshauptamt 1933–1945. Paderborn 2001, S. 337.

34 Steinbacher, Musterstadt (wie Anm. 8), S. 38f.; Fröbe, Bauen und Vernichten (wie Anm. 30), S. 159 u. 199, Fn. 12; Jan Erik Schulte, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2000), S. 41–69, hier S. 50.

35 Höß, Kommandant in Auschwitz (wie Anm. 31), S. 271.

36 Vgl. Anm. 33.

1941 auf die Errichtung von Häftlingsunterkünften im Stammlager abzielte, die der Unterbringung der für den Aufbau des IG Farbenwerks in Monowitz vorgesehenen Häftlingskommandos dienen sollten.

Auf den Besuch Himmlers in Auschwitz folgten Ende März 1941 eine Serie von Spitzengesprächen zwischen Angehörigen der SS und Vertretern der IG Farben, in denen die Eckpunkte des Häftlingseinsatzes fixiert wurden. Carl Krauch delegierte die Verhandlungen an seinen Vorstandskollegen Heinrich Bütefisch, der für den Aufbau der Treibstoff-Fabrik der IG Auschwitz verantwortlich zeichnete. Bütefisch eignete sich zudem für die Verhandlungen politisch besonders, da er als SS-Sturmbannführer und regelmäßiger Teilnehmer an den Zusammenkünften von Industriellen im »Freundeskreis Himmler« mit Karl Wolff, dem Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer SS, bereits persönlich bekannt war.³⁷ Krauch ließ Bütefisch telefonisch über das auf höchster Ebene eingefädelte Treffen zwischen der IG-Bauleitung und Wolff unterrichten, auf dem besprochen werden sollte, wieviele KZ-Häftlinge für den Einsatz bei der IG Auschwitz abgestellt werden könnten.³⁸

Vor dem Treffen erhielt Bütefisch von dem Bauingenieur und späteren Leiter des neuen Werkes, Walther Dürrfeld³⁹, »eine Aufstellung der Arbeitskräfte, die für IG Auschwitz benötigt wurden.«⁴⁰ Die von Bütefisch angeführte Delegation der IG Farben begab sich am 20. März 1941 in das Hauptamt Haushalt und Bauten der SS in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin, wo sie von Wolff die Zusage erhielten, dass sofort 700 KZ-Häftlinge

37 Zur Teilnahme Bütefischs an den Treffen im Freundeskreis Himmler vgl. Affidavit Otto Ambros, 22.4.1947, NI-9542, Fall VI, ADB 72, fol. 88. Heinrich Bütefisch wurde unter der SS-Mitgliedsnummer 351.277 im Stab des SS-Hauptamtes geführt und wurde bis SS-Obersturmbannführer (20.3.1943) befördert, vgl. Bundesarchiv Berlin, Bestand – Berlin Document Center, SSO-Akte Heinrich Bütefisch.

38 Affidavit Heinrich Bütefisch, 19.2.1947, NI-4122, Fall VI, ADB 72, fol. 63.

39 Walther Dürrfeld (geb. 24.6.1899 in Saarbrücken – gest. 1.3.1967 in Kettwig) promovierte 1927 in Saarbrücken. Er trat 1927 als Diplomingenieur für Maschinenbau bei den Leuna-Werken der IG Farbenindustrie ein und wurde 1932 Leiter der Werkstätten für den gesamten Hochdruckbereich. Otto Ambros und Heinrich Bütefisch setzten ihn als technischen Leiter beim Aufbau IG Auschwitz ein. De facto fungierte Dürrfeld dort als Werksleiter, obwohl Ambros offiziell diesen Posten innehatte. Im Frühjahr 1944 wurde Dürrfeld zum Direktor ernannt, vgl. Affidavit Walther Dürrfeld, 18.2.1947, NI-4184, Fall VI, ADB 72, fol. 115. Dürrfeld war seit 1937 Mitglied der NSDAP (ebd.). Nach 1945 wurde er Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie A.G. in Gelsenkirchen.

40 Affidavit Heinrich Bütefisch, 19.2.1947, NI-4122, Fall VI, ADB 72, fol. 64.

aus Auschwitz als Arbeitskräfte bereitstünden.⁴¹ Mit den örtlichen Verhältnissen in Auschwitz zu wenig vertraut, verwies Wolff die IG-Manager an den Inspekteur der Konzentrationslager Richard Glücks, der seinerseits in einer sich anschließenden Besprechung zur Klärung »weitere Verhandlungen mit dem Auschwitzer KZ-Kommandanten Höß« vorschlug.⁴²

Eine Woche später, am 27. März 1941, legte eine nach Oberschlesien gereiste Delegation von Bauingenieuren der IG Farben mit dem Lagerkommandanten Rudolf Höß und hochrangigen Vertretern der SS im KZ Auschwitz die weiteren Bedingungen des Häftlingseinsatzes fest.⁴³ Das Außenkommando Buna sollte »im Laufe des Monats April mit etwa 400 Häftlingen« den Werksbau beginnen und bis Ende 1941 die von den Managern geforderte Höhe von mindestens 1000 Häftlingen erreichen.⁴⁴ Als »oberste Grenze« für den Häftlingseinsatz im Jahr 1941 gab Höß eine Anzahl von 1500 Häftlingen an.⁴⁵ Die täglich von IG Farben zu entrichtende Mietpauschale belief sich pro Hilfsarbeiter auf drei Reichsmark und pro Facharbeiter auf vier Reichsmark, wobei die Tagesarbeitszeit der Häftlinge »mit 10–11 Stunden im Sommer, im Winter mit mindestens 9 Stunden« angesetzt wurde.⁴⁶ Die für 1942 von IG Farben geforderte Bereitstellung von etwa 3000–4000

41 IG Werk Auschwitz, 1. Baubesprechung am 24.3.1941 in Ludwigshafen, 31.3.1941, NI-11115, Fall VI, ADB 72, fol. 175. Noch nicht abschließend geklärt wurde die Frage, welche Unterstützung möglicherweise die Werkstätten der SS in Auschwitz für den Werksbau leisten könnten. Vgl. Affidavit Max Faust, 7.8.1947, NI-9819, Bl. 1.

42 Ebd., NI-9819, Bl. 2 und Besuchsbericht. Besprechung mit dem Lagerkommandanten des Konzentrationslagers bei Auschwitz am 27.3.1941, gez. Dürrfeld, 30.3.1941, NI-15148, Bl. 1 (im folgenden zit.: Dürrfeld, Besuchsbericht, NI-15148).

43 Das Treffen ist durch Protokolle beider Seiten dokumentiert: Dürrfeld, Besuchsbericht, NI-15148, Bl. 1–4 und von Seiten der SS: SS-Hauptsturmführer Wilhelm Burböck (Hauptabteilung I/5), Aktenvermerk. Betrifft: Besprechung über Häftlingseinsatz im Buna-Werk Auschwitz am 27.3.1941 (Abschrift), 2.4.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 11–13 (im folgenden zit.: Burböck, Aktenvermerk).

44 Dürrfeld, Besuchsbericht, NI-15148, Bl. 1.

45 IG Auschwitz – 2. Baubesprechung am 1.4.1941 in Ludwigshafen, 3.4.1941, NI-11116, Fall VI, ADB 72, fol. 186. Ende Oktober 1941 bezifferten Ambros und Dürrfeld den Anteil der Häftlinge an der Gesamtbelegschaft von 2700 Arbeitskräften auf 50%, vgl. Ambros/Dürrfeld an Krauch, Betr.: Werk Auschwitz (Geheim), 25.10.1941, Staatsarchiv der Russischen Föderation/Gosudarstvenyi Arkhiv Rossiiskoi Federatsii (GARF) Moskau (= ehemaliges »Sonderarchiv Moskau«), Fond 502-2-6, fol. 8. Demnach wurden etwa 1350 Häftlinge eingesetzt. Die Angabe von Hayes, wonach im ersten Jahr aufgrund der fehlenden Einzäunung des Fabrikgeländes »nicht mehr als 1000 Häftlinge eingesetzt werden« konnten, ist demnach zu niedrig, vgl. Hayes, IG Farben und der IG Farben-Prozess (wie Anm. 5), S. 111.

Häftlingen machte Höß von der Voraussetzung abhängig, dass zuvor die »nötigen Unterkünfte in dem Lager zur Vermehrung der bisherigen Häftlingszahl von 8000 geschaffen worden sind«. ⁴⁷ Damit war die Erfüllung der Forderungen der IG-Manager an ein entscheidendes Junktim geknüpft worden, auf das in den weiteren Geschäftsbeziehungen immer wieder rekuriert wurde.

Im Frühjahr 1941 hatte der Lagerkommandant erhebliche Probleme, die erforderlichen Baumaterialien zu beschaffen, um den von Himmler am 1. März 1941 befohlenen Ausbau des Stammlagers zügig voran zu bringen. Aufgrund der »geringen Zuteilung von Kennziffern und Holzscheinen« wurde seit Ende Februar für die Bauleitung der SS in Auschwitz »die Beschaffung dieser Materialien immer schwieriger«. ⁴⁸ Bereits Anfang 1937 war im Zuge der beschleunigten Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im Kontext des Vierjahresplans der Markt für rüstungsrelevante Mangelwaren wie Eisen und Stahl, später auch Holz, einer staatlichen Regulation unterworfen worden. Die Vergabe erfolgte nur noch an kriegswichtige Betriebe, sogenannte Kontingentsträger, die Bezugsrechte für knappe Rohstoffe über Kennziffern erhielten. ⁴⁹ Die laut Höß während der Inspektion des KZ-Lagers Auschwitz am 1. März 1941 von dem Gauleiter von Oberschlesien geäußerten Bedenken, angesichts der »in Oberschlesien bereits sehr fühlbaren Knappheit an Baumaterialien«, seien Versorgungsengpässe zu erwarten, hatte Himmler seinerzeit scharf zurückgewiesen. ⁵⁰ Es blieb Höß überlassen, sich über die Beschaffung der für den Lagerausbau benötigten Baumaterialien weiter den Kopf zu zerbrechen. Das Konzentrationslager Auschwitz hatte keine Rüstungsproduk-

46 Dürrfeld, Besuchsbericht, NI-15148, Bl. 2. Die Vereinbarung sah vor, dass in diesen Kosten Transport und Verpflegung inbegriffen seien. Dies sollte sich bald als Trugschluss herausstellen. Für die Transportkosten der Häftlinge zwischen Baustelle und KZ Auschwitz musste IG Farben ab Juli 1941 selbst aufkommen. Vgl. Reichsbahndirektion Oppeln an Deutsche Reichsbahn – Eisenbahnabteilungen des Reichsverkehrsministeriums, Betr.: Beförderung von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz, 28.2.1942, Bundesarchiv Berlin, R 5/3056, fol. 480 f.

47 Dürrfeld, Besuchsbericht, NI-15148, Bl. 1.

48 E./Gie. an die Kommandantur des K.L. Auschwitz, Betr.: Tätigkeitsbericht vom 16. bis 22.2.1941, 22.2.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-214, fol. 70.

49 Sebastian Johann Geer, Der Markt der geschlossenen Nachfrage. Eine morphologische Studie über die Eisenkontingentierung in Deutschland 1937–1945. Berlin 1961, S. 39 ff.; Petzina, Autarkiepolitik (wie Anm. 18), S. 153–157.

50 Laut Höß wurde Himmler auf dieses Problem von Fritz Bracht, dem Gauleiter von Oberschlesien, angesprochen, vgl. Höß, Kommandant in Auschwitz (wie Anm. 31), S. 271.

tion vorzuweisen und deshalb geringe Aussicht, als kriegswichtiger Betrieb anerkannt zu werden. Höß nutzte die sich ihm bietende Gelegenheit und bat die Manager der IG Farbenindustrie um Unterstützung bei der Lösung des ihm überlassenen Problems der prekären Baumaterialversorgung. Vor der IG-Bauleitung beklagte er, dass »sowohl der Aufbau der Häftlingsunterkünfbaracken als auch die Erstellung der Unterkünfte für die Wacheinheiten infolge [des] Mangel[s] an Kennziffern nicht schnell genug vorwärts getrieben werden« könne. Besonders der »Mangel an Moniereisen für die Böden und Decken« wirke sich bremsend auf den Ausbau des Konzentrationslagers aus.⁵¹ Um den Baufortschritt des Lagers zu beschleunigen, unterbreitete Höß den Vorschlag, der KZ-Bauleitung Kennziffern aus den Kontingenten des Bau-Programms der IG Auschwitz zu übertragen. Eine rasche Aufstockung der Häftlingsunterkünfte, gab Höß zu bedenken, läge schließlich »in ihrem eigenen Interesse«, da erst durch die neuen Unterbringungsmöglichkeiten »die Abstellung von genügend Häftlingen gewährleistet wäre«.⁵²

Der Bauleiter der IG Auschwitz, Walther Dürrfeld, versprach die Angelegenheit mit dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau zu klären. Er pflichtete Höß bei, dass »eine genügende Abstellung von Häftlingen eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau des Werkes« sei.⁵³ Am darauf folgenden Tag wurden auf der bestehenden Geschäftsgrundlage in den zwischen IG-Bauleitung und SS-Lagerkommandantur fortgesetzten Verhandlungen die SS-eigenen Werkstätten der Deutschen Ausrüstungswerke (DAW) in Auschwitz in die Tauschbeziehungen einbezogen.⁵⁴ IG Farben erklärte sich bereit, bei der Beschaffung eines Eisenkontingents von 200 t zur Vergrößerung des Werkzeugmaschinenparks der DAW in Auschwitz behilflich zu sein. Dürrfeld sagte zu, sich persönlich um die termingerechte Anlieferung des Eisen-

51 Burböck, Aktenvermerk, fol. 12.

52 Ebd.

53 Ebd.

54 Jan Erik Schulte irrt in seinem ansonsten sehr instruktiven Beitrag zur Geschichte der Deutschen Ausrüstungswerke, mit der Annahme, die SS habe in der »Kooperation mit der deutschen Industrie in den Konzentrationslagern« bei ihren »Kontakte[n] mit der Großindustrie – allen voran mit der IG Farben AG« Ende 1941 »die SS-eigenen Unternehmen allerdings noch nicht in die Zusammenarbeit einbezogen«. Vgl. ders., Rüstungsunternehmen oder Handwerksbetrieb? Das KZ-Häftlinge ausbeutende SS-Unternehmen Deutsche Ausrüstungswerke GmbH, in: Christoph Dieckmann / Ulrich Herbert / Karin Orth (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. II. Göttingen 1998, S. 558–583, hier S. 566. Die Kooperation zwischen DAW und Industrie begann nicht erst Ende 1941 mit dem Staatskonzern Reichswerke Hermann Göring, sondern bereits im März 1941 mit der privatwirtschaftlichen IG Farbenindustrie AG.

kontingents zu kümmern.⁵⁵ Die neuen Produktionsmittel erlaubten es der SS, ihre bis dahin manufaktuell betriebenen Werkstätten auf industrielle Fertigungsverfahren umzustellen.⁵⁶ Für die SS wurden die Aufträge aus dem Sortiment der DAW-Werkstätten in Auschwitz zu einer bedeutenden Einnahmequelle.⁵⁷

Auch die SS-Führung in Berlin setzte große Erwartungen in die weitere Zusammenarbeit. Anfang April 1941 war das Thema der Baumaterial-Kennziffern für Auschwitz Chefsache im Hauptamt Haushalt und Bauten. Schriftlich instruierte der Amtsleiter SS-Gruppenführer Oswald Pohl den Inspekteur der Konzentrationslager SS-Oberführer Glücks wegen der beabsichtigten »Aufstockung von Häftlingsunterkünften und Neuerrichtung von Unterkunftsgebäuden in Auschwitz«.⁵⁸ Die Perspektive, auf dem langwierigen

55 Auf einer Baubesprechung im Mai 1941 kündigte Dürrfeld an, mit dem Generalbevollmächtigten für die Werkzeugmaschinenindustrie Verbindung aufzunehmen, um die »für die Vergrößerung des Werkzeugmaschinenparks des Konzentrationslagers benötigten 200 t Eisen so in das Programm einzuordnen, dass mit einer rechtzeitigen Anlieferung dieser Maschinen gerechnet werden kann«, vgl. Anlage zur Niederschrift der 4. Baubesprechung Auschwitz am 6.5.1941 in Ludwigshafen, 14.5.1941, Bundesarchiv Berlin, R 8121/A 1984, fol. 141.

56 Vgl. Streit, Keine Kameraden (wie Anm. 6), S. 219f.

57 Die noch überlieferten Bilanzen und Geschäftsunterlagen der DAW in Auschwitz enthalten keine exakten Angaben über den Umfang der Lieferungen an die IG, vgl. z. B. Bundesarchiv Berlin, NS 3/459, 840, 841, 1410. Der für den Bau der Barackenlager und des Konzentrationslagers Monowitz von IG Farben beauftragte Architekt Rudolf Dömming bestätigte nach dem Krieg, »dass die IG im KZ Auschwitz über die SS Gesellschaft Deutsche Ausrüstungswerke Möbel im Betrage von etwa einigen Millionen Reichsmark hat anfertigen lassen, mit denen die verschiedenen Unterkünfte der IG möbliert wurden«, vgl. Affidavit Rudolf Dömming, 28.8.1947, NI-10930, Bl. 3. Darüber hinaus war seit Juni 1942 geplant, die Fabrikation von Fenstern und Türen für das Werk der IG Auschwitz von der DAW zu übernehmen, vgl. Hermann Kaienburg, Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 890.

58 Pohl an Glücks, Betr.: Aufstockung von Häftlingsunterkünften und Neuerrichtung von Unterkunftsgebäuden in Auschwitz, (Durchschlag), 5.4.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 14–15. Die im Briefkopf verwendete Amtskennzeichnung: »Amt I/1 Pr./Qu.« verweist auf den amtierenden Abteilungsleiter der Hauptabteilung I/1, SS-Obersturmführer Prietzel als eigentlichen Verfasser des von Pohl unterzeichneten Schreibens, vgl. NI-10930. In Prietzels Aufgabenbereich lagen u. a. die Haushalts- und Amtskasse, die Bauverwaltung und die Vorprüfung der Rechnungsangelegenheiten, vgl. Organisationsplan: Hauptamt Haushalt und Bauten / Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft (Stand: März 1941), Bundesarchiv Berlin, NS 3/555, Bl. 20 (= NO-620), abgedruckt in: Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942 bis 1945. Boppard am Rhein 1994, S. 256f.

Instanzenweg die erforderliche Genehmigung des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft für die benötigten Baumaterialien einzuholen, hielt Pohl für aussichtslos. Die Anmeldefristen für eine Aufnahme in die Dringlichkeitslisten der Wehrmacht waren bereits verstrichen und nachgereichte Neuanträge hatten nur Erfolgsaussichten bei Bauvorhaben, »die in kürzester Frist auf die Entscheidung des Krieges Einfluss haben«, wozu die SS-eigenen Betriebe in Auschwitz nach Ansicht Pohls nicht gehörten.⁵⁹ Glücks erhielt daher den Auftrag, »mit der IG Farben mit dem Ziele in Verbindung zu treten, die notwendigen Häftlingsunterkünfte aus dem Rohstoffkontingent des Buna-Werkes bauen zu lassen«. Pohl vermutete zu recht, dass die IG Farben »sicherlich mit den besten Dringlichkeitsstufen und Kennziffern« arbeite, in deren Genuss die SS bis dahin nicht gekommen war. In der Hoffnung, sich für den KZ-Ausbau in Auschwitz einen Anteil an den begehrten Kennziffern sichern zu können, argumentierte er, dass »die in Auschwitz vorgesehenen Bauten lediglich für die am Buna-Werk einzusetzenden Häftlinge bestimmt« seien.⁶⁰ Der oberste Chef der expandierenden SS-Wirtschaftsbehörde begründete demzufolge die Ausbauplanung des Konzentrationslagers Auschwitz Anfang April 1941 in erster Linie mit dem Ziel, durch den raschen Ausbau genügend Unterbringungsmöglichkeiten für die steigende Zahl der vom Chemiekonzern angeforderten Arbeitskräfte sicherzustellen. Die Bereitschaft der IG Farben, der Kommandantur des Konzentrationslagers Auschwitz Zugang zu den kontingentierten Baumaterialien in der höchsten Dringlichkeitsstufe zu verschaffen, regte zusätzliche Investitionen in den Lagerausbau an. So erklärte sich Pohl bereit, seinerseits zur Deckung der Baukosten »die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen«.⁶¹ Der Häftlingseinsatz für den Werksbau der IG Farben war somit im Frühjahr 1941 zu einem entscheidenden Katalysator für die beschleunigte Expansion von Auschwitz zu einem der größten Konzentrationslager im Machtbereich des NS-Regimes geworden.

⁵⁹ Pohl an Glücks, 5.4.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 14.

⁶⁰ Ebd., fol. 14.

⁶¹ Ebd., fol. 15.

2. *IG Farben mobilisiert das Reichsamt für Wirtschaftsausbau
(Mai bis Juli 1941)*

In der Anfangszeit schleppte sich die Vergabe der Kennziffern zum Bezug von Baumaterialien für den Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz schwerfällig dahin. Sämtliche Anträge durchliefen umständliche bürokratische Dienstwege von der SS-Lagerkommandatur in Auschwitz über das Hauptamt Haushalt und Bauten in Berlin und die seinerzeit noch als eigenständige Behörde existierende Inspektion der KL in Oranienburg bis sie schließlich dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau zur Genehmigung vorlagen. Um eine Vereinfachung des Verfahrens bemüht, konferierten Anfang Mai 1941 Mitarbeiter des GBChem zunächst in Auschwitz mit Höß und anschließend mit der IG Farben-Bauleitung im Reichsamt für Wirtschaftsausbau. Die Vertreter des GBChem bemängelten, dass der »Geschäftsgang für die Erteilung von Kontingenten an das KZ-Lager auf der einen Seite noch zu kompliziert und auf der anderen Seite noch zu unübersichtlich« sei.⁶²

Die Kritik zeigte Wirkung und das Antragsverfahren wurde neu geregelt. Die bereits laufenden Anträge sollten zunächst noch, wie mit der SS vereinbart, direkt aus dem Baukontingent der IG Auschwitz herausgeschnitten werden, um keine Verwirrung zu stiften. Mit Beginn des neuen Kriegswirtschaftsjahres sollte dann der Kommandant des Konzentrationslagers Höß als eigenständiger Bauherr dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau direkt gegenüberreten. Die Koordinationsprobleme zwischen der Bürokratie des Wirtschaftsverwaltungsapparates der SS in Berlin und der Inspektion der KL in Oranienburg wurden damit umgangen und IG Farben von zeitraubendem Verwaltungsaufwand mit den Hauptämtern der SS entlastet.⁶³ Das revidierte Antragsverfahren sah vor, dass Höß die Kontingente für seine Neubauvorhaben mit dem Werksleiter der IG Auschwitz, Walther Dürrfeld, abstimme, bevor dieser sie dann dem Reichsamt vorlegte. Dies sicherte der IG Auschwitz erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Vergabe von Baumaterialien an das Konzentrationslager Auschwitz, da Höß angehalten war, schon bei der Aufstellung der Anträge Dürrfeld einzubeziehen. Zudem

62 Dürrfeld, Besprechungsbericht Reichsamt für Wirtschaftsausbau am 8.5.41 (Abschrift), Betr. Behandlung der Kontingentfragen mit KZ-Lager Auschwitz, 12.5.1941, APMAB, D-Au-III, Monowitz, t. 1, fol. 17.

63 GBChem, I MinÖl 4 A Ob / Fr. [Obenaus] an Höß, Besprechung am 5.5.41 in Auschwitz. Lagerausbau im Zusammenhang mit dem Aufbau des Werkes der IG Farbenindustrie (Abschrift), 14.5.41, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 26.

behielt das Management der IG hierdurch stets den Überblick, welche Ausbauprojekte die SS in Auschwitz plante. Während der sich anschließenden Besprechungen im Reichsamt für Wirtschaftsausbau, trat Dürrfeld als Vermittler zwischen der SS-Kommandantur und dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau auf. In diesen Verhandlungen lag es im Ermessensspielraum der IG-Werksleitung, für die Ablehnung oder Genehmigung der Anträge zu votieren.

Den ersten Antrag auf Erteilung von Kennziffern für Baukontingente in der höchsten Dringlichkeitsstufe, der noch nach dem alten Verfahren behandelt wurde, reichte das Hauptamt Haushalt und Bauten der SS Mitte Mai 1941 beim Reichsamt für Wirtschaftsausbau ein.⁶⁴ In der Antragsbegründung berief sich die SS darauf, dass die »jetzige Aufnahmefähigkeit des KL. Auschwitz zu gering ist, um dem Buna-Werk eine genügende Anzahl von Häftlingen abstellen zu können« und spielte auf die Bereitschaft der IG Farben an, sich für die »Überlassung von Kennziffern« für den Lagerausbau einzusetzen, was schließlich »eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Abgabe der nötigen Häftlingsanzahl (etwa 4000 ab kommenden Jahres) für Zwecke des Buna-Werkes« darstelle.⁶⁵ Ende Mai bestätigte ein GBChem-Mitarbeiter gegenüber dem Hauptamt Haushalt und Bauten, dass der für den Lagerausbau in Auschwitz anfallende »Bedarf an Bau- und Werkstoffen über das Kontingent des Bauvorhabens IG Farbenindustrie, Werk Auschwitz gedeckt wird.«⁶⁶ Damit war der SS die Zuweisung der Lieferungen in der höchsten Dringlichkeitsstufe zunächst sichergestellt. Dementsprechend konnte die SS-Neubauleitung im Tätigkeitsbericht für die vorletzte Maiwoche Höß einen ersten Erfolg vermelden: »Mit den von der I.G. Farbenindustrie zur Verfügung gestellten Kennziffern war es möglich eine Reihe von verschiedenen Werkzeugen aus Lagervorräten zu verschaffen.«⁶⁷ Der GBChem stellte der SS mit Beginn des zweiten Kriegswirtschaftsjahres ein im Oktober 1941 anlaufendes Bauprogramm unter dem Titel »Lagerausbau Auschwitz« in Aussicht. Sobald die Zustimmung der zuständigen Wehr-

64 Wilhelm Burböck, Chef des Amtes I im Hauptamt Haushalt und Bauten an Reichsamt für Wirtschaftsausbau, Dr. Eggel [gemeint ist Eckell], Betr. Ausbau des KL. Auschwitz. Bezug mündliche Rücksprache des SS-HStuf. Burböck mit Herrn Dr. Eggel, 16.5.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 19.

65 Ebd., fol. 19.

66 Dr. Ste/Mt. [= Stefan] (GBChem) an den Reichsführer SS, Betr.: Lagerausbau Auschwitz, 29.5.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz, t. 1, fol. 25.

67 Er/Ho. an die Kommandantur des KL Auschwitz, Betr.: Tätigkeitsbericht vom 19. bis 24.2.1941, 24.2.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-214, fol. 49.

machtsstellen sowie des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft vorläge, würde das Bauprogramm des Konzentrationslagers »entsprechend der Dringlichkeit des Buna-Werkes Auschwitz behandelt«. ⁶⁸

Die Neuregelungen entlasteten die IG Farbenindustrie, weil die Baumaterial-Kontingente für den KZ-Ausbau ab Oktober 1941 nicht mehr aus den Programmen für ihren Werksbau abgezweigt werden mussten. Mitte Juni 1941 legte der kurz zuvor zum Chef des Hauptamtes Haushalt und Bauten ernannte SS-Oberführer Hans Kammler eine Prioritätenliste des Lagerausbaus in Auschwitz fest. ⁶⁹ Als Zielvorgabe bekam Höß aufgetragen, »im Hinblick auf den Belegungstermin 31. Dezember 1941 des Lagers mit 18.000 Häftlingen« die begonnene »Aufstockung von 14 alten Häftlingsunterkünften« fortzuführen und »30 neue Häftlingsunterkünfte« im Stammlager zu errichten. ⁷⁰ Die Errichtung der neuen Unterkünfte war, wie Kammler gegenüber der SS-Neubauleitung Ende Juni in einem diesbezüglichen Baubefehl hervorhob, »erforderlich, um sowohl die Arbeitskräfte für die Durchführung der eigenen Baumaßnahmen als auch derjenigen der IG-Farben zu gewährleisten«. ⁷¹ Die beiden Ausbauziele rangierten also gleichrangig. Anfang Juli 1941 setzte sich Dürrfeld auf einer weiteren Konferenz im Reichsamt für Wirtschaftsausbau dafür ein, den Lagerausbau der SS mit Baumaterial zu versorgen. Auf Dürrfelds Forderung hin gab das Reichsamt ein Holzkontingent von 1000 m³ frei, das für den Bau von Unterkunftsbaracken für mindestens 2000 KZ-Häftlinge des Buna-Außenkommandos bestimmt war. Nach anfänglichem Zögern der GBChem-Vertreter, zusätzliche Eisen- und Holzkontingente für die kommenden Quartale ab Herbst 1941 freizugeben, wurde Dürrfeld energischer: »Ich habe den Herren auseinandergesetzt, dass wir im nächsten Frühjahr bis Sommer mit einem Einsatz von 4000 Häftlingen auf der Baustelle rechnen, dass außerdem vielleicht 1000 Mann innerhalb des KZ in Werkstätten usw. tätig sein werden und dass zu diesen 5000 Mann natürlich noch eine große Anzahl von Verwaltungs- und Landwirtschafts-Arbeitern innerhalb des KZ-Lagers gehören.

68 Ebd.

69 Die Ernennung von Hans Kammler zum Chef des Hauptamtes Haushalt und Bauten erfolgte am 1. Juni 1941, vgl. Schulte, Zwangsarbeit und Vernichtung (wie Anm. 33), S. 162 u. 252f.

70 Hans Kammler an Höß, Betr.: KL Auschwitz – Baumaßnahmen 2. und 3. Kriegswirtschaftsjahr, 18.6.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-11, fol. 38.

71 SS-Oberführer Kammler an die SS-Bauleitung KL Auschwitz, Betr.: Baubefehl, 27.6.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-11, fol. 51.

Meiner Meinung nach sei eine Anforderung von ca. 4000 m³ also für ca. 7000 Mann einschließlich der Werkstätte[n] berechtigt.«⁷² Die Forderung Dürrfelds nach Materiallieferungen für den Bau von weiteren Barackenunterkünften im KZ Auschwitz zur Unterbringung von 5000 Häftlingen des Buna-Kommandos wurde bewilligt.

Mit den Baumaterialien sollte das KZ bis Sommer 1942 in die Lage versetzt werden, zusätzlich Häftlingsunterkünfte für insgesamt 7000 KZ-Insassen zu errichten. Mehr als die Hälfte, nämlich 4000 Häftlinge sollten hier von direkt im Buna-Kommando auf der Werksbaustelle eingesetzt werden, während die übrigen Häftlinge in den SS-Werkstätten und anderen Betrieben arbeiten sollten, die als Zulieferfirmen für den immensen Bedarf der Großbaustelle IG Auschwitz fungierten.

*3. Der Einstieg der IG Farben in die Baufinanzierung
des Konzentrationslagers Auschwitz und der Baubeginn
des »Kriegsgefangenenlagers Birkenau«
(Herbst 1941 bis Frühjahr 1942)*

Mit Beginn des neuen Kriegswirtschaftsjahres im Oktober 1941 wurden die Verhandlungen über den Häftlingseinsatz und die Ausbauförderung des KZ Auschwitz fortgesetzt. Sie standen im Kontext einer sich dramatisch verändernden Entwicklung des gesamten Konzentrationslagers Auschwitz, das ab Herbst 1941 schrittweise zum größten Vernichtungslager des NS-Regimes ausgebaut wurde.⁷³ Der Aufbau des Lagerkomplexes in Auschwitz-Birkenau erfolgte im Herbst 1941 im Kontext des Generalplans Ost und der von Himmler verfolgten »Ostsiedlung«. Wie Michael Thad Allen und Jan Erik Schulte gezeigt haben, sollte das geplante Lager in Birkenau der Unterbringung eines Teils des gigantischen Arbeitskräftepotentials von etwa 450.000 Arbeitskräften dienen, das zur Verwirklichung der projektierten »Ostsied-

72 Aktennotiz. Besprechung im Reichsamt für Wirtschaftsausbau nacheinander mit den Herren Dipl.-Ing. Obenaus, Dr. Wirth und Dr. Nitze, Betr. Anforderung des KZ-Lagers Auschwitz für 5000 m³ Holz und Betr. Eisenanforderungen des KZ-Lagers, gez. Dürrfeld, 8.7.1941, Bundesarchiv Berlin R 8128/A 1984, fol. 217.

73 Fröbe, Bauen und Vernichten (wie Anm. 30) sowie Schulte, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager (wie Anm. 34).

lung« im ersten Jahrfünft des »Generalplans Ost« benötigt wurde.⁷⁴ Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion galt zunächst aus rassistischen Gründen ein striktes Verbot, sowjetische Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft einzusetzen. Doch schon Anfang Juli 1941 zeigte sich zuerst in den Führungsetagen der deutschen Kriegswirtschaft und anschließend im Oberkommando der Wehrmacht allmählich ein Sinneswandel. Das Verbot, sowjetische Kriegsgefangene in der Kriegsproduktion und auf Baustellen einzusetzen, wurde schrittweise aufgeweicht, bis Hitler dem »Russeneinsatz« im Reichsgebiet Ende Oktober 1941 grundsätzlich zustimmte.⁷⁵ Ende September 1941 teilte das Oberkommando der Wehrmacht auf Himmlers Drängen hin dem KZ Auschwitz 100.000 sowjetische Kriegsgefangene zu.⁷⁶ In den ersten Planungsexpertisen war Ende September zunächst eine Lagerstärke von 25.000 Kriegsgefangenen vorgesehen.⁷⁷ Die geplante Belegstärke des Kriegsgefangenenlagers schnellte in den folgenden Wochen auf

74 Michael Thad Allen, *The Business of Genocide. The SS, Slave Labor, and the Concentration Camps*, Chapel Hill 2002, S. 148–158 und Schulte, *Vom Arbeits- zum Vernichtungslager* (wie Anm. 34), S. 48 u. 63. Zur Arbeitskräfteplanung im Generalplan Ost siehe: Dokument 23: Denkschrift von SS-Oberführer Konrad Meyer: Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus, ediert in: *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*. Hrsg. v. Czesław Madajczyk, München u. a. 1994, S. 119 u. 130 sowie Karl Hein Roth, »Generalplan Ost«– »Gesamtplan Ost« Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: *Der »Generalplan Ost«*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.). Unter Mitarbeit von Cordula Tollmien, Berlin 1993, S. 25–95, hier S. 69. Die von Schulte genannte Angabe von 850.000 Arbeitskräften im ersten Jahrfünft ist überhöht, vgl. ders.: *Vom Arbeits- zum Vernichtungslager* (wie Anm. 34), S. 48.

75 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs*, 2. Aufl., Berlin 1986, S. 137 ff.

76 Vgl. Streit, *Keine Kameraden* (wie Anm. 6), S. 220 u. 397 unter Bezug auf das Fernschreiben OKW/Kgf., Nr. 6299/41 vom 25.9.41 an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, RH 53–23 vorl. 63; Falk Pingel datiert den Befehl auf den 24. September 1941, vgl. ders., *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*. Hamburg 1978, S. 121 u. 271, Fn. 10.

77 Kammler (der Chef des Amtes III – Bauten im Hauptamt Haushalt und Bauten an die Hauptabteilung II B im Hause, Betr.: Kriegsgefangenenlager, 26.9.1941, Archiwum Państwowe Muzeum na Majdanku (APMM), Mikrofilm 805, /Fot. Nr. 41, fol. 105. Rainer Fröbe danke ich für die Überlassung von Kopien dieser und der im folgenden zitierten Dokumente aus dem APMM.

125.000 hinauf.⁷⁸ Aufgrund der fehlenden Barackenunterkünfte in Auschwitz geriet die Bauleitung der SS unter enormen Zeitdruck, da bereits im Oktober 1941 Transporte mit etwa 10.000 sowjetischen Kriegsgefangenen eintrafen, die im Stammlager in einem mit Stacheldraht abgetrennten Bereich untergebracht wurden. Überstürzt begann die SS nun mit der Errichtung des Lagers in Birkenau.⁷⁹ Die unter dem Leiter SS-Untersturmführer August Schlachter ineffektiv arbeitende SS-Bauleitung in Auschwitz wurde daraufhin reorganisiert. Neben die seit Juni 1940 existierende SS-Neubauleitung Auschwitz trat nun die für Birkenau zuständige Sonderbauleitung für die Errichtung des Kriegsgefangenenlagers Auschwitz O/S.⁸⁰ Die Leitung der Sonderbauleitung wurde dem Baumeister Karl Bischoff übertragen, der Mitte November Schlachter vollends ablöste.⁸¹ Die SS-Neubauleitung und die Sonderbauleitung wurden schließlich Anfang November vereint und zur Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz erhoben.⁸² Am 1. November gab Kammler der Bauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz den Befehl, ein Kriegsgefangenenlager für 125.000 Gefangene zu errichten.⁸³ Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren während des gesamten Winters 1941/42 unter katastrophalen Bedingungen untergebracht und mörderischen Arbeitsbedingungen beim Aufbau des Lagers Birkenau ausgesetzt.⁸⁴

78 Fröbe, Bauen und Vernichten (wie Anm. 30), S. 159. Anfang Oktober wurde die Planung von Birkenau für eine Belegstärke von 50.000 Insassen ausgelegt. Vgl. Bischoff (Der Sonderbeauftragte für die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers der Waffen-SS Auschwitz) an Kammler, 9.10.1941, APMM, Mikrofilm 805, /Fot. Nr. 41, fol. 96 und Anlage: Vorgang für die Erstellung eines Kriegsgefangenenlagers in Auschwitz O/S, 9.10.1941, gez. Bischoff, ebd., fol. 97–102.

79 Orth, System (wie Anm. 30), S. 101; Czech, Kalendarium (wie Anm. 31), S. 126–134.

80 Piper, Arbeitseinsatz, S. 128 unter Bezug auf: Sonderbauleitung an Schutzhaftlagerführer »E«, 3.11.1941, APMAB, D-AuI-3a/Ordner 17, Bl. 292; Zusammenstellung der Zentralbauleitungen, u.a. Auschwitz, 17.11.1941, ebd., Bl. 289; Bericht des ehemaligen Häftlings Józef Koczorowski, Sammlung von Erklärungen, Bd. 68, Bl. 111; Zeugenaussage von Józef Koczorowski und Eugeniusz Nosal, Höß-Prozess, Bd. 4, Bl. 31–35 u. 63–65.

81 Kammler an Höß, Betr.: Bauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz, 11.10.1941, GARF Moskau, Fond 1372-6-22, fol. 244. Für die Überlassung einer Kopie dieses und des in der folgenden Anmerkung zitierten Dokuments danke ich Christian Gerlach.

82 Bischoff an Kammler, Betr.: Umbenennung der hiesigen SS-Bauleitung der Waffen-SS und Polizei, 3.11.1941, GARF Moskau, Fond 1372-6-22, fol. 236.

83 Kammler an die Bauleitung der Waffen-SS und Polizei, Betr.: Kriegsgefangenenlager Auschwitz (Abschrift), 1.11.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-215, fol. 25.

84 Vgl. Jerzy Brandhuber, Die sowjetischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Auschwitz, in: Hefte von Auschwitz, 3 (1961), S. 5–62, hierzu S. 34 und 41; Streit, Keine Kameraden (wie Anm. 6), S. 220f.

Während die Frage, welche Zusammenhänge zwischen der Ostsiedlungsplanung Himmlers und der Errichtung des »Kriegsgefangenenlagers Birkenau« bestanden, in jüngster Zeit zwischen Allen und Schulte kontrovers diskutiert wurde, blieb die Rolle der IG Farbenindustrie in der Umbruchphase unterbelichtet.⁸⁵ Im Herbst 1941 unterstützte die IG Farbenindustrie die SS-Bauleitung in Auschwitz erneut, indem sie der SS-Bauleitung behilflich war, kurzfristig Arbeitsmöglichkeiten einzurichten, die zur Planung des Vernichtungslagers dienten. Wie ein Kostenvoranschlag von Mitte September 1941 belegt, stellte die IG Farbenindustrie zwei als Bauwerk Nr. 50 vorgesehene provisorische »Bauleitungsbaracken mit Zwischenbau, Heizung, Wasch- und Abortanlagen« zur Verfügung, für die 30.000 Reichsmark Kosten veranschlagt wurden.⁸⁶ Ende Oktober 1941 legten die Bauplaner der SS dann einen unter Leitung von Karl Bischoff überarbeiteten Kostenvoranschlag für alle Neubauvorhaben des Stammlagers vor. Es sind zwei Varianten des Kostenvoranschlags gleichen Datums aber unterschiedlichen Inhaltes überliefert. Der erste Entwurf sah ein Bauvolumen von etwas über 7 Mio. Reichsmark vor.⁸⁷ Diesen Entwurf, der sich in sieben Baukomplexe gliederte, stufte die regionale Dienststelle des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft in Kattowitz nur in die zweite Dringlichkeitsstufe ein (siehe Tabelle 1).⁸⁸

Wie handschriftlichen Vermerken auf dem Dokument zu entnehmen ist, beantragte die SS-Bauleitung für die unter Nr. 1, 3 und 4 aufgeführten Bauvorhaben bei der IG Farbenindustrie Kennziffern der obersten Dringlichkeitsstufe, die ihr der Generalbevollmächtigte für die Regelung des Bauwesens versagt hatte.⁸⁹ Der zweite Kostenvoranschlag, der ebenfalls auf den 30. Oktober 1941 datiert, stellt ein erheblich erweitertes Bauprogramm dar.

85 Michael Thad Allen, Die Anfänge der Menschenvernichtung in Auschwitz, Oktober 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 52 (2003), S. 565–573 und Jan Erik Schulte, Auschwitz und der Holocaust, 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 53 (2004), S. 569–571.

86 Kostenvoranschlag zum Vorentwurf für den Auf- und Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz O/S. – Bauabschnitt II., 12.9.1941, Bl. 5, GARF Moskau, Fond 502-1-218, fol. 19.

87 Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz. Vom G.B. Bau die Dringlichkeitsstufe 2 unter Kennnummer 2 U Katt. 1 erhalten, Bischoff, 30.10.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-217, fol. 1-12.

88 Das Bauvorhaben erhielt die »Kennnummer 2 U Katt. 1«.

89 Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz. Vom G.B. Bau die Dringlichkeitsstufe 2 unter Kennnummer 2 U Katt. 1 erhalten, Bischoff, 30.10.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-217, fol. 1–3.

FLORIAN SCHMALTZ

Tabelle 1

Bauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz O.S. –

Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz
Vom G.B. Bau die Dringlichkeitsstufe 2 unter Kennnummer 2 U Katt 1 erhalten)⁹⁰

Nr.	Bauwerk-Nr.	Beschreibung	Kenn-Nr.	Kosten
1.	BW 12, 20 A, 20 B, 20 D, 20 E, 20 F, 20 G, 20 K, 20 L, 20 M, 20 N, 20 O, 20 Q, 20 R	14 Häftlingsunterkuntsgebäude Aufstockung von insgesamt 14 eingeschossigen gemauerten Kasernengebäuden im Stammlager als »Häftlingsunterkünfte«	GB Bau 2 U Katt 1 Eingereicht bei Bauchemie/ IG Farben	840.000.–
2.	BW 62	Häftlingsküchenbaracke Anbau von 2 Seitentrakten und einem Trakt mit Wirtschaftskeller	GB Bau 2 U Katt 1	105.000.–
3.	BW 300 A-F	Unterkunfts- und Wirtschaftsbaracken für das Zivilarbeitslager 4 Unterkunftsbaracken 1 Wirtschaftsbaracke 1 Wasch- und Abortbaracke	GB Bau 2 U Katt 1 Eingereicht bei Bauchemie/ IG Farben	120.400.–
4.	BW 172	Wirtschaftsbaracke für die Wachtruppe Speise- bzw. Vortragssaal 1 Küchentrakt 1 Kantinentrakt Heiz- und Wirtschaftskeller	GB Bau 2 U Katt 1 Eingereicht bei Bauchemie/ IG Farben	315.000.–
5.	BW 100–107, BW 112–132	29 Häftlingsunterkünfte	GB Bau 2 U Katt 1	4.292.000.–
6.	BW 9	Sanitäre Anlagen im KZ Auschwitz Be- und Entwässerungsanlagen im Lager, Kanalleitungen etc.	GB Bau 2 U Katt 1	220.000.–
6.a	BW 9 B	Entwässerungsleitungen für Häftlingsunterkünfte bis zum Sammelbecken	GB Bau 2 U Katt 1	145.000.–
7.	BW 21	Straßenbau Straßen zum Schutzhaftlager Appellplatz und Zufahrtsstraßen	GB Bau 2 U Katt 1	1.020.000.–
		Gesamtkosten		7.057.400.–

⁹⁰ Kostenvoranschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz. Vom G. B. Bau die Dringlichkeitsstufe 2 unter Kennnummer 2 U Katt 1 erhalten, Bischoff, 30.10.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-217, fol. 1–12.

DIE IG FARBENINDUSTRIE UND AUSCHWITZ 1941–1942

Tabelle 2

Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz (Kennnummer wird noch von der Bauchemie durch die IG Farben erteilt)⁹¹

Nr.	Bauwerk-Nr.	Beschreibung	Kenn-Nr.	Kosten
1.	BW 12, 20 A, 20 B, 20 D, 20 E, 20 F, 20 G, 20 K, 20 L, 20 M, 20 N, 20 O, 20 Q, 20 R	14 Häftlingsunterkunftsgebäude Aufstockung von insgesamt 14 eingeschossigen gemauerten Kasernengebäuden im Stamm-lager als »Häftlingsunterkünfte«	GB Bau2 2 U Katt 1	840.000.–
2.	BW 31	Wirtschaftsgebäude	Wird von IG erteilt	525.000.–
3.	BW 133–142	10 Häftlingsgebäude	Wird von IG erteilt	1.480.000.–
4.	BW 160	Wäscherei- und Aufnahme-gebäude mit Entlausungs-anlage und Häftlingsbad	Wird von IG erteilt	2.700.000.–
5.a	BW 170	Bauleitungsgebäude	Wird von IG erteilt	550.000.–
5.b	BW 171	Bauleitungsgarage	Wird von IG erteilt	101.000.–
6.a	BW 177 A	Kommandanturgebäude 1	Wird von IG erteilt	rd. 495.000.–
6.b	BW 177 B	Kommandanturgebäude 2	Wird von IG erteilt	rd. 495.000.–
7.	BW 300 A-F	Unterkunfts- und Wirtschafts-baracken für das Zivilarbeitslager 4 Unterkunftsbaracken 1 Wirtschaftsbaracke 1 Wasch- und Abortbaracke	GB Bau 2 U Katt 1	120.400.–
8.	BW 29	Wasserversorgungsanlage	Wird von IG erteilt	rd. 800.000.–
9.	BW 301	Schutzhaftlagermauer und elektrisches Drahhindernis, Alarmanlage	Wird von IG erteilt	rd. 380.000.–
10.a	BW 190 A	Mannschaftshaus 1 für die Wachtruppe	Wird von IG erteilt	rd. 630.000.–
10.b	BW 190 B	Mannschaftshaus 2 für die Wachtruppe	Wird von IG erteilt	rd. 630.000.–
11.	BW 307	Elektrische Aussenanlagen	Wird von IG erteilt	595.000.–
12.	BW 172	Wirtschaftsbaracke für die Wachtruppe Speise- bzw. Vortragssaal 1 Küchentrakt, 1 Kantinentrakt Heiz- und Wirtschaftskeller	GB Bau 2 U Katt 1	rd. 315.000.–
13.	BW 303	Entwässerungsanlage: Hauptsammlerkanal von der Sammelgrube bis zur Weichsel	Wird von IG erteilt	rd. 3.000.000.–
		Gesamtkosten		13.656.400.–

⁹¹ Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz. Kennnummer wird noch von der Bauchemie der I.G. Farben erteilt, Bischoff, 30.10.1941, GARF Moskau, Fond 502-1-217, fol. 13–45.

Die Investitionssumme für den Lagerausbau verdoppelte sich nun annähernd von 7 Mio. auf 13,6 Mio. Reichsmark. In Erwartung weiterer Hilfen wurde dieser an die IG Farben weitergereicht (siehe Tabelle 2).⁹²

Die Zusage der Kenn-Nummern für das Bauprogramm des Stammlagers Auschwitz von Seiten der IG Farbenindustrie trug Ende Oktober 1941 folglich zu einer erheblichen Erweiterung der Ausbaupläne bei und eröffnete der SS neue Handlungsspielräume. Mitte November waren die Forderungen des Konzentrationslagers Gegenstand der 13. Baubesprechung der IG Auschwitz in Ludwigshafen. Die SS in Auschwitz erwartete, nach der erfolgreichen Vermittlung von Kenn-Nummern zum Bezug von staatlich kontingentierten Baumaterialien, nun erstmals auch eine finanzielle Beteiligung an den Neubaukosten durch den GBChem in Höhe von 7 Mio. Reichsmark.⁹³ Vergegenwärtigt man sich, in welcher Relation die Forderung zu den Gesamtkosten der Neubauvorhaben des Konzentrationslagers stand, wird deutlich, welchen Anteil der von der SS gewünschte fremdfinanzierte Ausbau des Konzentrationslagers erreichte. Er entsprach mehr als der Hälfte der gesamten Baukostensumme der Neubauvorhaben des Konzentrationslagers in Höhe von 13,65 Mio. Reichsmark. Diese Forderung der SS sprengte den Rahmen aller bis dahin vereinbarten Unterstützungsleistungen.

92 Van Pelt und Dwork (vgl. dies.: Auschwitz, wie Anm. 8, S. 236 u. 439) beziehen sich auf einen im Durchschlag im GARF Moskau im Fond 502-1-216 überliefertes Exemplar des zweiten Entwurfs des Kostenvoranschlags, dessen Bausumme sich auf 13 Mio. Reichsmark belief. Weshalb Dwork und van Pelt davon ausgehen, dass für eine »erste Projektphase« 13,6 Mio. Reichsmark Baukosten anfielen und »weitere sieben Millionen zum vollen Ausbau des Lagers« (S. 236) ist unklar. In dem von ihnen angeführten Dokument findet sich als Angabe der Gesamtbaukosten lediglich die Summe von 13.656.400 Mio. RM. Vgl.: Kostenüberschlag für das Bauvorhaben: SS-Unterkunft und Konzentrationslager Auschwitz. Kennnummer wird noch von der Bauchemie durch I.G. Farben erteilt, gez. Bischoff, 30.10.1941, GARF Moskau, Fond 501-1-216, fol. 1–38. Vermutlich verwechseln die AutorInnen die Angabe mit einer Kostenaufstellung von Mitte Juli 1942. Zu diesem Zeitpunkt kalkulierte die Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz die Gesamtkosten für den Ausbau des Konzentrationslagers auf 20,6 Mio. Reichsmark. Vgl.: Erläuterungsbericht zum Bauvorhaben Konzentrationslager Auschwitz O/S, gez. Bischoff (Der Leiter der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz), 15.7.1942, GARF Moskau, Fond 502-1-222, fol. 2–53, hier fol. 53 und Leiter der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz an das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt, Betr.: Bauvorhaben Auschwitz – Rahmenverträge, 3.8.1942, GARF Moskau, Fond 502-1-222, fol. 1.

93 IG Auschwitz, 13. Baubesprechung am 18.11.41 in Ludwigshafen, gez. Heidebroek, 19.11.41, NI-11129, Fall VI, ADB 73, fol. 106.

Am Rande der einen Monat später in Leuna abgehaltenen 14. Baubesprechung koordinierte die Bauleitung der IG Auschwitz das weitere Vorgehen mit dem beim GBChem für den Werkssiedlungsbau der Chemieindustrie zuständigen Sachbearbeiter.⁹⁴ Die IG-Manager monierten, »dass sich die jetzigen Forderungen des K.Z.-Lagers in gar keinem Verhältnis befinden zu den Objekten, für die vor einem halben Jahr Zusagen gemacht worden sind (Aushelfen mit Moniereisen, Bereitstellung von Werkzeugmaschinen u. s. w.)«. ⁹⁵ Gleichwohl herrschte »Einverständnis darüber, dass nach vielen Zusagen, die von Seiten des Amtes und der IG dem K.Z.-Lager gegenüber gemacht worden sind, nun dem K.Z.-Lager auch geholfen werden muss«. ⁹⁶ Keiner der Anwesenden stellte also die Forderung der SS prinzipiell in Frage. Zur Debatte stand lediglich, in welchem Umfang sich die Forderung reduzieren ließ und wie sich die finanziellen Lasten geschickt auf mehrere Töpfe zwischen dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau und der IG Farbenindustrie verteilen ließen. Der vereinbarte Lösungsvorschlag sah vor, vorbehaltlich der Zustimmung seitens des Ludwigshafener Werkleiters Otto Ambros, aus dem Wohnungsbauprogramm des IG Farbenwerks in Ludwigshafen, eine Million Reichsmark abzuzweigen. Eine weitere Million Reichsmark sollte aus dem vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau bewilligten Wohnungsbauprogramm der Werkssiedlung der IG Auschwitz für die deutschen Zivilarbeiter und Angestellten herausgenommen werden. ⁹⁷

Ein Mitarbeiter des GBChem reiste einige Tage nach der Konferenz in Leuna nach Auschwitz und setzte Höß in einer Besprechung »ganz offen« davon in Kenntnis, »dass die Forderungen des KL auf Überlassung von etwa sieben Millionen Bauvolumen unter den heutigen Umständen nicht diskutabel seien« und »eine Abtretung von Bauvolumen in Höhe von über zwei Mio. Reichsmark nicht in Frage käme«. Der SS-Bauleitung wurde aufgetragen, »ihre Forderungen entsprechend zu reduzieren«. Derart in die Schranken gewiesen, erklärte die SS-Lagerführung jovial ihr »Verständnis für die der-

94 [Heidebroek], IG Auschwitz. – 14. Baubesprechung am 16.12.41 in Leuna, 18.12.41, NI-11130, Fall VI, ADB 74, fol. 12–32.

95 Aktennotiz. Betr. Bauvolumen für Siedlung, Gut und K.Z.-Lager Auschwitz. Besprechung am 16.12.41 in Leuna zwischen den Herren Keinath Gebechem; Baudir. Santo (Ludwigshafen); Faust und Dr. Höpke (Merseburg); Dr. Dürrfeld (Abschrift), gez. Dürrfeld, Bundesarchiv Berlin, R 8128/A 2000, fol. 220 RS.

96 Ebd.

97 Ebd.

zeitige Lage der Dinge«. ⁹⁸ Eine Entscheidung wurde auf Januar 1942 ver-
tragt. Die IG spielte offensichtlich auf Zeit, um zunächst intern ihre Arbeits-
kräfteplanung zu klären. Die endgültige Entscheidung verzögerte sich bis
Anfang März 1942. Der in Leuna entwickelte Lösungsvorschlag, den Aus-
bau des Konzentrationslagers mit 2 Mio. Reichsmark in einer Mischfinan-
zierung zu unterstützen, wurde auf der 16. Baubesprechung der IG Ausch-
witz endgültig bewilligt und der Betrag an die SS überwiesen. ⁹⁹ Damit vollzog
der IG Farbenkonzern den Einstieg in die direkte Finanzierung des Ausbaus
des Konzentrationslagers Auschwitz in einer Situation, in der die Zentral-
bauleitung der Waffen-SS mit dem Bau des späteren Vernichtungslagers
Auschwitz-Birkenau begonnen hatte.

4. Pläne der IG Auschwitz für den massenhaften Häftlingseinsatz und die Entscheidung für den Bau des Konzentrationslagers Monowitz

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung entwarf die Bauleitung der IG
Auschwitz seit Ende Oktober 1941 ihre Pläne, die Belegschaftsgröße der
Baustelle in Monowitz von seinerzeit 2700 Arbeitskräften im Frühjahr 1942
stark zu vergrößern. Beabsichtigt war, »in den Wintermonaten alle organi-
satorischen und technischen Vorbereitungen zu treffen für einen möglichst
schlagartigen Einsatz im Frühjahr«. ¹⁰⁰ Die Belegschaftsgröße sollte allein
»in den Monaten März bis Mai 1942 um 10.000 Mann« anwachsen, womit
eine Gesamtstärke von annähernd 13.000 Arbeitskräften angestrebt wur-
de. ¹⁰¹ Dies entsprach einer Steigerung um das Vierfache innerhalb von drei
Monaten. Eine Klärung der Zusammensetzung und der Größe der Baube-
legschaft wurde erst in weiteren Verhandlungen über den Arbeitseinsatz mit
den lokalen Arbeitsämtern, der KZ-Kommandantur, der Organisation Todt

⁹⁸ IG Auschwitz – Wochenbericht Nr. 30 für die Zeit vom 15. bis 21.12.1941, gez. Faust,
NI-15098, Bl. 1. In diesem Punkt ist die Darstellung von Dwork und van Pelt zu korri-
gieren. Sie behaupten, Dürrfeld und Faust hätten die Forderungen gegenüber Höß zu-
rückgewiesen, was in der Quelle nicht belegt ist, vgl. van Pelt/Dwork, Auschwitz (wie
Anm. 8), S. 237.

⁹⁹ IG Werk Auschwitz, 16. Baubesprechung am 6.3.1942 in Ludwigshafen, 28.3.1942, NI-
11132, Fall VI, ADB 73, fol. 144.

¹⁰⁰ Ambros/Dürrfeld an Krauch, Betr.: Werk Auschwitz (Geheim), 25.10.1941, GARF Mos-
kau, Fond 502-2-6, fol. 7 f.

¹⁰¹ Ebd.

und dem GBChem bis zum Frühjahr 1942 erreicht.¹⁰² Schon Ende Januar stand allerdings fest, dass auf der Baustelle mit Beginn der Bauperiode im Frühjahr 1942 bis zum 1. Juli 1942 die Gesamtbelegschaft auf 15.000 Arbeitskräfte angehoben werden sollte. Fester Bestandteil der Planung war hierbei ein Anteil von 4000 KZ-Häftlingen aus Auschwitz.¹⁰³

Die seit Frühjahr 1941 bei der IG Auschwitz praktizierte »Vernichtung durch Arbeit« spielte auch beim Aufbau des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau eine wichtige Rolle als integraler Bestandteil der Vernichtungspolitik Himmlers. Von den sowjetischen Kriegsgefangenen hatte fast keiner den Winter 1941/42 überlebt. Für Himmler war zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar, dass die von der Wehrmacht gemachten Zusage, 100.000 sowjetische Kriegsgefangene nach Auschwitz zu überstellen nicht mehr realisierbar war. Ende Januar 1942 teilte der Reichsführer SS daher dem Inspekteur der Konzentrationslager Glücks mit, es seien »russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten« und er verfolge daher die Absicht »von den Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden [sic!], eine große Anzahl in die Lager [zu] schicken.«¹⁰⁴ Glücks erhielt Order, entsprechende Vorbereitungen zu treffen: »Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten Wochen 100.000 männliche Juden und bis zu 50.000 Jüdinnen in die KL aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufträge werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten.«¹⁰⁵

Als im Winter 1941/42 die Bauarbeiten witterungsbedingt weitgehend einschränkt werden mussten, leitete die IG-Bauleitung im Zusammenhang mit dem ab Frühjahr 1942 geplanten Großeinsatz eine folgenreiche Entwicklung ein. Im Herbst 1941 wurde die Errichtung einer Fertigbetonwerkstatt »mit aller Kraft vorangetrieben«, damit »während der schlechten Jah-

102 Vgl. hierzu die Dokumente in: Fall VI, VDB IV A für Otto Ambros, fol. 33 ff.; Wochenbericht Nr. 33 für die Zeit vom 5. bis 11.1.1942, gez. Faust, NI-15109, Bl. 1.

103 Besprechungsbericht am 30.1.1942 beim Regierungspräsidenten Springorum, Gauhaus Kattowitz, gez. Dürrfeld, 5.2.1942, Otto Ambros Dokument Nr. 418, Fall VI, VDB IV A für Otto Ambros, fol. 42.

104 Himmler an Glücks (Inspektion der KL), Fernschreiben, 25. bzw. 26.1.1942, BA Berlin, NS 19/1920, fol. 1. Zur unklaren Datierung des Dokuments vgl.: Schulte, Zwangsarbeit und Vernichtung (wie Anm. 33), S. 361, Fn. 135 und Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der ›Weltanschauung‹ im Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.), Europa und der ›Reichseinsatz‹. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 384–426, hier S. 402.

105 Ebd.

reszeit Fertigbetonteile hergestellt werden«, in der »ein großer Teil der Baubelegschaft auch im Winter ausgenutzt« wurde, um mit den vorproduzierten Fertigbetonteilen »im nächsten Frühjahr, sobald günstige Witterung einsetzt, schlagartig mit der Hochführung der Bauten« zu beginnen.¹⁰⁶ Um den kontinuierlichen Betrieb der Fertigbetonwerkstatt zu gewährleisten, erfolgte Ende Oktober 1941 erstmals die dauerhafte Verlegung von 200 KZ-Häftlingen auf die Werksbaustelle. Höß stimmte der Unterbringung des Häftlingskommandos in zwei Reichsarbeitsdienst-Baracken in unmittelbarer Nähe der Fertigbetonhallen auf der Werksbaustelle zu. Dies machte den täglichen, stundenlangen erschöpfenden An- und Abmarsch der Häftlinge überflüssig und ermöglichte darüber hinaus eine Verlängerung der Arbeitszeit, da nun »laufend in 2 Schichten« produziert werden konnte.¹⁰⁷

Diese von der IG Auschwitz durchgesetzte dauerhafte Einquartierung eines Teils des Buna-Kommandos auf die Werksbaustelle leistete der späteren Errichtung des Konzentrationslagers in Monowitz Vorschub. Gleichzeitig trat Dürrfeld zum ersten Mal an die Lagerkommandantur mit dem Vorschlag heran, im kommenden Jahr sämtliche bei der IG Auschwitz »beschäftigten Häftlinge (etwa 4000–5000 Mann) auf dem Werksgelände« unterzubringen.¹⁰⁸ Wie Dürrfeld nach Kriegsende aussagte, habe er zusammen mit Max Faust¹⁰⁹, dem Bauleiter der IG Auschwitz, »1941, Anfang 1942 bei der SS, Höß, auf Unterbringung der KZ-Häftlinge auf dem Gelände der IG Auschwitz gedrängt«, weil die »Arbeitsleistung der KZ-Häftlinge [...] durch den täglichen Anmarsch vom bzw. Rücktransport zum

106 Niederschrift über die 6. Sitzung der Kommission »K« am 23.10.1942 in Hüls, Auszug: Buna IV Auschwitz: Entwicklung der Planung und Stand der Bauarbeiten (Referat Eisdürrfeld), NI-7288, Fall VI, ADB 73, fol. 97f.

107 [Max Faust], IG Auschwitz, Wochenbericht Nr. 22 für die Zeit vom 20. bis 26.10.1941, 27.10.1941, APMAB, D-Au-III Monowitz/4, Tygoniowe sprawozdania IG Farben, t. 2, fol. 104, siehe auch: Wagner, IG Auschwitz (wie Anm. 2), S. 120.

108 Ebd.

109 Max Faust (geb. 5.4.1891 in Frankfurt am Main) trat 1922 als Bauingenieur bei der BASF Ludwigshafen ein. Bis 1929 arbeitete er als Betriebsingenieur im Werk Oppau im Baubetrieb, anschließend im Werk Ludwigshafen. Er wurde 1933 Leiter des Baubetriebes und 1936 Oberingenieur. Von Januar bis September 1940 arbeitete er als Bauleiter des dritten Bunawerkes, dem Neubauvorhaben Rattwitz bei Breslau. Nach der Einstellung der dortigen Bauarbeiten fungierte er von Oktober 1940 bis August 1941 als Bauleiter der Nervengasfabrik Dyhernfurth bei Breslau. Von August 1941 bis Januar 1945 war er als Bauleiter der IG Auschwitz tätig, vgl. Affidavit Max Faust, 7.8.1947, NI-9819, Bl. 1.

Konzentrationslager Auschwitz geschwächt« wurde.¹¹⁰ Der Lagerkommandant begriff sofort, was eine solche Verlegung in der Konsequenz bedeutete. Es handelte sich dabei um einen verklausulierten Antrag, für das Außenkommando Buna ein eigenständiges KZ-Nebenlager auf dem Werksgelände einzurichten. Höß reagierte zunächst ablehnend auf den Vorstoß der IG-Werksleitung, weil »er hierdurch gezwungen sei, für diese Zweigniederlassung eine vollkommen neue Organisation auf die Beine zu stellen, wozu ihm das nötige Personal und die Betriebsmittel fehlen« würden.¹¹¹ In der Tat machte sich der Personalmangel der SS-Wachmannschaften Ende 1941 bemerkbar, weil zahlreiche Angehörige der SS-Wachkompagnien durch die Überwachung der zu Bauarbeiten am neuen Lager in Birkenau eingesetzten Häftlinge und sowjetischen Kriegsgefangenen gebunden waren.

Da die Quellen über den weiteren Fortgang der Verhandlungen zwischen IG-Werksleitung und SS-Lagerkommandantur nur äußerst fragmentarisch überliefert sind, erschwert die Rekonstruktion der Verhandlungen, die schließlich zum Bau des KZ Monowitz führten. Die Datierung des Baubeginns des Lagers ist in der Forschung umstritten. Der israelische Historiker Shmuel Krakowski datiert den Baubeginn auf Ende 1941.¹¹² Demgegenüber geht Bernd C. Wagner davon aus, dass »die Entscheidung zur Errichtung erst im Sommer 1942 fiel«.¹¹³ Wagner bezieht sich dabei auf einen Wochenbericht der IG Auschwitz, der belegt, dass Ende Juni 1942 zwischen SS-Kommandantur und IG-Bauleitung eine Einigung erzielt wurde, das zunächst zur Unterbringung von deutschen Zivilarbeitern oder ausländischen Arbeitskräften vorgesehene »Lager IV« – so die IG-interne Bezeichnung – nach den »Angaben« der SS zum Konzentrationslager umzubauen.¹¹⁴

Trotz der lückenhaften Quellenlage spricht einiges dafür, die Grundsatzentscheidung, ein firmeneigenes Konzentrationslager auf dem Werksgelände

110 Affidavit Walther Dürrfeld, 18.1.1947, NI-4184, Fall VI, ADB 72, fol. 116.

111 [Max Faust], IG Auschwitz, Wochenbericht Nr. 22 für die Zeit vom 20. bis 26.10.1941, 27.10.1941, APMO, D-Au-III Monowitz/4, Tygoniowe sprawozdania IG Farben, t. 2, fol. 104.

112 Shmuel Krakowski, *The Satellite Camps*, in: Yisrael Gutman/Michael Berenbaum (Hg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*. Bloomington, Indianapolis 1994, S. 52.

113 Wagner, IG Auschwitz (wie Anm. 2), S. 247, Fn. 209.

114 »Da nunmehr festgelegt worden ist, dass dieses Lager für Häftlinge als KL ausgebaut werden soll, wurde mit der Einfriedung nach Angabe der KL-Bauleitung begonnen.« Vgl. Wochenbericht Nr. 57 für die Zeit vom 22. bis 28.6.1942 – I. Teil – Vorbericht 22.6.–25.6., gez. Faust, Archiv Stiftung für Sozialgeschichte (Bremen), Prosecution Exhibit 2126 = NI-14524, Bl. 1.

zu errichten, auf die Jahreswende 1941/42 zu datieren. Die frühere Datierung wurde übereinstimmend von wichtigen Entscheidungs- und Funktionsträgern der IG Auschwitz, in eidesstattlichen Erklärungen genannt, die sie nach Kriegsende als Angeklagte im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen IG Farben abgaben.

So erklärte Krauch, dass dem Vorstand der IG Farbenindustrie Ende 1941 durch Ambros und Bütefisch »aus Zweckmäßigkeitsgründen die Errichtung des Konzentrationslagers Monowitz auf dem IG Gelände Auschwitz vorgeschlagen« und ein entsprechender Kostenvoranschlag über den Technischen Ausschuss »dem Vorstand übergeben und von letzterem gebilligt« worden sei.¹¹⁵ Auf dem üblichen konzerninternen Instanzenweg hätten daraufhin zunächst die Technischen Abteilungen der IG Auschwitz entsprechende Bauprogramme der Barackenlager aufgestellt. Im Anschluß habe die Technische Kommission die »Zweckmäßigkeit der Baracken« bescheinigt und daraufhin der Technischen Ausschuss und zuletzt der Vorstand der I.G. Farbenindustrie dem Kreditantrag zugestimmt.¹¹⁶ Die Aussagen decken sich außerdem mit einem zeitgenössischen Dokument. So belegen konzerninterne Unterlagen, dass der Kreditantrag zur Baufinanzierung des »Lagers IV« in Monowitz auf der Sitzung des Technischen Ausschusses am 8. Januar 1942 genehmigt wurde.¹¹⁷ Der dem Haushalt der Sparte II zugeordnete Kreditantrag (Nr. A 56, Pos. 123) war Teil eines Bauprogramms für drei »Läger für 13.000 Ausländer« das ein Gesamtbudget in Höhe von insgesamt 9,6 Mio. RM auswies.¹¹⁸ Die Aussagen der Spitzenmanager der I. G. Farbenindustrie vor dem Nürnberger Militärgerichtshof ergänzen somit den schriftlichen Beleg aus den zeitgenössischen Quellen über die Januar 1942 vom Technischen Ausschuss freigegebenen Kredite zur Baufinanzierung des Lagers Monowitz.

115 Affidavit Carl Krauch, 13.2.1947, NI-4033, Fall VI, ADB 72, fol. 106. Krauchs Darstellung wurde von Ambros bestätigt: Affidavit Otto Ambros, 22.4.1947, NI-9542, Fall VI, ADB 72, fol. 92.

116 Affidavit Heinrich Bütefisch, 19.2.1947, NI-4182, ADB 72, fol. 64.

117 I. G. Auschwitz, Kaufmännische Abteilung an TEA-Büro, 8.2.1943, Anlage: I. G. Auschwitz, Unterkunftsbaracken Stand 31.12.1942, 6.2.1943, NI-2777, BA Berlin, Bestandsergänzungsfilm Nr. 40302 [= National Archives, Washington, NI-Series, Microfilm T 301, Roll 140] und Aufstellung der in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 8. Januar 1942 in Frankfurt a.M. vorliegenden Kreditanforderungen, Bl. 32, Industrie- und Filmmuseum Wolfen, A 1529.

118 Ebd.

Nach Aussage des für den Bau der Barackenlager zuständigen Architekten der IG Auschwitz, Rudolf Dömming, wurde »Anfang des Jahres 1942 auf Vorschlag von Walther Dürrfeld der Ausbau des ursprünglich als Zivil-lager 4 gedachten Barackenlagers, das zu der Zeit aus etwa 6–7 Baracken bestand, als Konzentrationslager für die Unterbringung der Häftlinge auf dem IG-Gelände in Angriff genommen.« Die formale Genehmigung durch die SS-Lagerkommandantur lag offensichtlich noch nicht vor: »Mir wurde zu diesem Zeitpunkt von Max Faust mitgeteilt, dass mit der SS ein entsprechendes Abkommen getroffen werden sollte«, erklärte Dömming.¹¹⁹ In dieselbe Richtung weist die Aussage von Camill Santo, wonach die Errichtung des KZ Lagers in Monowitz »Gegenstand mehrmaliger Erörterungen in den Baubesprechungen« gewesen sei, weil dieser Wunsch der I.G. Auschwitz »auf ziemliche Schwierigkeiten von Seiten der SS« stieß, »die sich damit nicht einverstanden erklären wollte« bis schließlich »auf einer Baubesprechung 1942 von Walther Dürrfeld berichtet« wurde, »daß die SS sich nunmehr einverstanden erklärt habe, dem Wunsch der IG nachzukommen, die Häftlinge auf der IG Baustelle unterzubringen«.¹²⁰ Anfang März 1942 wurde auf der 16. Baubesprechung der IG Auschwitz der Ausbau der werkseigenen Barackenlager für eine Gesamtbelegschaft von 15.000 auf 20.000 einem größeren Kreis von IG-Angestellten bekannt gegeben und beschlossen, zusätzlich zu den drei bereits im Bau befindlichen Barackenlagern, noch ein viertes Lager für 5000 Mann in Monowitz zu errichten.¹²¹ Ende Juni 1942 vermerkte Faust in einem Wochenbericht: »Da nunmehr festgelegt worden ist, dass dieses Lager für Häftlinge als KL ausgebaut werden soll, wurde mit der Einfriedung nach Angabe der KL-Bauleitung begonnen.«¹²²

Damit wurde eine neue Arbeitsteilung in der Kooperation zwischen der IG Auschwitz und der SS etabliert. Die SS blieb Lieferant der KZ-Häftlinge und übernahm weiterhin deren Bewachung. Die IG Auschwitz kam für die Unterbringung der Häftlinge auf, finanzierte also einen Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskräfte, was im März 1941 in den Verhandlungen über die Tagessätze der Mietpauschale noch explizit ausgeschlossen worden

119 Affidavit Rudolf Dömming, 28.8.1947, NI-10930, Bl. 4.

120 Affidavit Camill Santo, 1.8.1947, NI-9820, Bl. 5.

121 IG Werk Auschwitz, 16. Baubesprechung am 6.3.42 in Ludwigshafen, 28.3.1942, NI-11132, Fall VI, ADB 73, fol. 147.

122 IG Auschwitz – Wochenbericht Nr. 57 für die Zeit vom 22. bis 28.6.1942 – I. Teil – Vorbericht 22.6.–25.6., gez. Faust, PE 2126 [= NI-14524], Bl. 1.

war.¹²³ Langfristig gesehen war für die IG Auschwitz damit hinsichtlich der finanziellen Risiken eine größere ökonomische Planungssicherheit gegeben. Die Investition für den Bau des Konzentrationslagers Monowitz betrug rund 5 Mio. RM¹²⁴ und war als fest veranschlagte Summe ein besser kalkulierbarer Kostenfaktor als die schwer einzuschätzenden wechselhaften Forderungen der SS-Bauleitung auf Zuschüsse für den expandierenden Ausbau des Konzentrationslagers. Die dreigliedrige Organisationsstruktur des Gesamtkomplexes Auschwitz als Straf-, Vernichtungs- und Arbeitslager war damit festgelegt. Die enorme Expansionsdynamik des Lagerkomplexes führte dazu, wie Franciszek Piper bemerkte, dass schließlich »im November 1943 das Lager in drei eng miteinander verbundene organisatorische Einheiten aufgeteilt« wurde: »Auschwitz I mit dem ursprünglichen Lager; Auschwitz II mit Birkenau und den Außenlagern für die Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe; und Auschwitz III mit dem Hauptquartier in Monowice einschließlich der Außenlager für die Industrieunternehmen.«¹²⁵

Der Termin der Fertigstellung des KZ Monowitz verzögerte sich jedoch mehrmals, weil der Baufortschritt durch Probleme in der Materialversorgung und beim Häftlingseinsatz gehemmt wurde. Ende Oktober 1942 war das KZ soweit ausgebaut, dass die SS damit begann, die ersten Funktionshäftlinge dorthin zu verlegen.¹²⁶ Bis zum letzten Wochenende im Oktober 1942 waren bereits »2100 Häftlinge im Lager IV eingetroffen«.¹²⁷ Im Januar 1943 erreichte die Lagerstärke 3750 Häftlinge, im Sommer 1944 überschritt sie sogar die Anzahl von 11.000 Häftlingen.¹²⁸ Eine 27 Monate währende Etappe der Ausbeutung der KZ-Häftlinge und ihrer »Vernichtung durch Arbeit« begann.

123 Besuchsbericht. Besprechung mit dem Lagerkommandanten des Konzentrationslagers bei Auschwitz am 27.3.1941, gez. Dürrfeld, 30.3.1941, NI-15148, Bl. 2.

124 Affidavit Otto Ambros, 22.4.1947, NI-9542, Fall VI, ADB 72, fol. 93.

125 Franciszek Piper, Die Rolle des Lagers Auschwitz bei der Verwirklichung der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik. Die doppelte Funktion von Auschwitz als Konzentrationslager und als Zentrum der Judenvernichtung, in: Dieckmann, Herbert, Orth (Hg.), Konzentrationslager (wie Anm. 6), Bd. I, S. 390–414, hier S. 391.

126 Wagner, IG Auschwitz (wie Anm. 2), S. 97, datiert die Eröffnung von Monowitz auf den 28.10.1942. Nach Strzelecka und Setkiewicz trafen die ersten Funktionshäftlinge bereits am 26. und 27. Oktober 1941 im KZ Monowitz ein, vgl. dies., Ausbau (wie Anm. 2), S. 129, Fn. 91.

127 IG Auschwitz Wochenbericht Nr. 74/75 für die Zeit vom 19.10.–1.11.1942, Dürrfeld Dokument Nr. 1402, Fall VI, Dürrfeld VDB XVII, fol. 33.

128 Die Angaben beruhen auf der Darstellung des ehemaligen Leiters der Sozialabteilung der IG Auschwitz, vgl. Affidavit Martin Roßbach, 21.1.1948, NI-14287, Fall VI, ADB 93, fol. 41 und Wagner, IG Auschwitz (wie Anm. 2), S. 333.

Festzuhalten bleibt der überraschende Befund, dass der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz durch die IG Farbenindustrie in einem beträchtlichen Ausmaß gefördert und mitfinanziert wurde. Die historische Rekonstruktion der konkreten Unterstützungsleistungen der IG Auschwitz an das Konzentrationslager Auschwitz im Jahr 1941, bestätigt die eingangs erwähnte These von Peter Hayes, wonach die Standortentscheidung »ganz erheblich zur Ausweitung des Lagers« beitrug.¹²⁹ Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die noch vor der offiziellen Werksgründung zwischen SS und IG Farbenindustrie vereinbarte Ausbeutung von KZ-Häftlingen beim Werksbau der IG Auschwitz. Sie bildete den Ausgangspunkt einer wechselseitigen Interessengemeinschaft, auf deren Basis die Werksleitung der IG Auschwitz erstens den Ausbau des Stammlagers förderte, als unzureichende Barackenkapazitäten die Vergrößerung des Buna-Kommandos einschränkten, zweitens die SS-eigenen Werkstätten mit einem Maschinenpark ausstattete, der für den Baustellenbedarf der IG Auschwitz Waren und Dienstleistungen lieferte, drittens zur Baufinanzierung zwei Millionen Reichsmark beisteuerte als die Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei mit dem Bau des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau begonnen hatte und viertens die Initiative ergriff, auf eigene Kosten das Konzentrationslager Monowitz unmittelbar auf dem Werksgelände zu errichten. Das im Oktober 1942 eröffnete Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz war das erste von einem privaten Unternehmen auf seinem Werksgelände finanzierte und errichtete Konzentrationslager. Bis zur Räumung des Lagers im Januar 1945 war es integraler Bestandteil des arbeitsteilig organisierten Gesamtlagerkomplexes Auschwitz, der es dem Chemiekonzern ermöglichte Häftlinge als billige Arbeitskräfte bis zu ihrem Tod auszubeuten.

129 Hayes, IG Farben und der IG Farben-Prozess (wie Anm. 5), S. 110.

Dirk Hoerder
Transkulturelle Gesellschafts-
studien – Transcultural Societal
Studies*

VORBEMERKUNG: Im Gefolge der Theoretisierung der sozialen Wissenschaften nach 1968 ersetzen jüngere Wissenschaftler/innen die traditionelle faktographische »Landeskunde« durch eine integrierte Sozial- und Kulturgeschichte spezifischer Länder und Kulturregionen. An deutschen Universitäten wird dieser Ansatz zur Zeit wieder zurückgedrängt durch Cultural Studies, die eine wichtige Neuerung der 1980er Jahre darstellen, in der Gegenwart aber oft zu Jargon-belasteten oberflächlichen Studien von Kultur degenerierten ohne sozialwissenschaftliche Basis und Theorie. »[Cultural Studies] have become an extremely strong form of academic production because of their fashionable ability to cross over outside academia into the urban lifestyle markets« kommentierte der britische Sozialwissenschaftler Adrian Favell.¹ Jargon ist attraktiv, da dafür keine zeitraubende empirische Forschung notwendig ist. Hier wird auf der Basis der – im Gegensatz zu den auf Literatur und Geschichte beschränkten American Studies – breit gesellschaftswissenschaftlich interdisziplinär angelegten Canadian Studies ein Konzept vorgelegt, dass gesamte Gesellschaften in transkulturellen Kontexten erfasst, also die politischen Grenzen des jeweiligen Staates nicht als kultu-

* Der folgende Text ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung von Hoerder, Transcultural Societal Studies: An Integrative Approach, in: ders., To Know Our Many Selves Changing Across Time and Space: From the Study of Canada to Canadian Studies, (Beiträge zur Kanadistik Band 13) Augsburg 2005. Eine historische Ableitung des Ansatzes aus »Landeskunde«, area studies, Kolonialstudien und anderen regional bezogenen und meist politisch motivierten Untersuchungen ganzer Gesellschaft findet sich *ibid.* Kap. 1. Ich danke Annegret Kuhlmann für die Übersetzung eines Teils dieses Beitrages aus dem Englischen.

1 Adrian Favell, Integration Policy and Integration Research in Europe: A Review and Critique, in: T. Alexander Aleinikoff/Douglas Klusmeyer (eds), *Citizenship Today. Global Perspectives and Practices*, Washington, D. C. 2001, S. 349–99, hier S. 356.

relle und wissenschaftliche Grenzen akzeptiert. Gedanken, Produkte, Migranten haben Grenzen immer überschritten – dennoch sind wissenschaftliche Denkraumen national geprägt.

Transkulturelle Gesellschaftsstudien gehen von einem nicht-hierarchischen umfassenden Konzept von Kultur aus, das alle expressiven und materiellen Aspekte gesellschaftlichen und individuellen Lebens einbezieht: Menschen, als Individuen und in Gemeinschaften und Gesellschaften zusammenlebend, müssen ihre materiellen, emotionalen, intellektuellen, und transzendentalen Bedürfnisse befriedigen, um zu *überleben*, zu leben und Lebensperspektiven entwickeln zu können. Die Gesamtheit dieser Tätigkeiten, als Kultur bezeichnet, bedeutet ein komplexes materielles und symbolisches System, das Werkzeuge sowie produktive und reproduktive Arbeit einschließt ebenso wie Praxen, Werte und Normen, Künste und Weltdeutungen. Kultur umfasst alltägliche ebenso wie besondere Tätigkeiten und Prozesse der Schaffung von Bedeutungen, Symbolen und Ausdrucksformen gleich ob durch Wort und Schrift, durch Körpersprache oder durch andere Formen der Mitteilung. Kultur umfasst »Erinnerung«, das heißt soziale und historische Kategorien, die in gesellschaftlichem Selbstverständnis, in Erzählungen zusammen kommen. Solche Erzählungen, ständig abgewandelte und instabile Gesamtheiten der Selbstsicht, variieren je nach sozialem Raum und Niveau des materiellen Lebensstandards. Sie werden ununterbrochen weiterentwickelt durch neue materielle Produkte, politische Konflikte, veröffentlichte und private Diskurse und durch das Alltagsleben aller Mitglieder einer Gesellschaft. Die so geschaffene Kultur bildet die Basis und den Rahmen für die Vorstellung von Realität und für Lebenspläne.

Transkulturalität bedeutet die Fähigkeit, in zwei oder mehr unterschiedlichen Kulturen zu leben und dabei einen transkulturellen Raum zu schaffen.² Strategische transkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit, in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen zu handeln und Lebens- ebenso wie gesellschaftliche Projekte zu verwirklichen. In dem Prozess der Transkulturalisation verändern Individuen und Gesellschaften sich selbst durch Integration von Elementen anderer Kulturen und schaffen somit eine neue, dynamische Alltagskultur. Diese ist wie alle Kulturen transitorisch und wird durch weitere Interaktionen erneut verändert.

2 Während Homi Bhabhas »dritter Raum« etwas gemeinsames Neues beschreibt, ist der transkulturelle Raum ein mehrfacher: Migranten können in altem und neuem und ggf. in weiteren – dritten – sozialen Räumen agieren, ohne dass Brüche sichtbar werden.

Die kulturwissenschaftlich ausgerichteten Cultural Studies und die sozialwissenschaftlichen Societal Studies, beide mit historischem Ansatz, können integrativ als Transkulturelle Gesellschaftsstudien konzeptualisiert werden. Sie umfassen sowohl epistemologische Komplexität wie vielkulturelle gesellschaftliche Komplexität gekennzeichnet durch Geschlecht, Klasse oder Status, ethno-kulturelle Zugehörigkeit, Hautfarbe oder andere Körpermerkmale und weitere Charakteristika und Kategorien. Selbstbezogene »Landeswissenschaft«, das heißt ein geistes- und gesellschaftswissenschaftliches Selbststudium, kann definiert werden als »a single comprehensive method for examining and organizing the multifold data and phenomena which describe a group of people living in a given place at a given time«.³ Implizit grenzt dieser Ansatz selbst ein durch Akzeptanz politischer Grenzen als Rahmen für die Analyse, er bleibt insulär. Moderne politische Grenzen sind meist das Ergebnis einer Festschreibung einer spezifischen territorialen Konstellation zu einem speziellen Zeitpunkt. Im Gegensatz dazu sind Transkulturelle Gesellschaftsstudien *transnational*, erstens inhärent durch die vielfältige kulturelle Herkunft der Staatsbürger/innen insgesamt und, zweitens, intentional durch die Grenzüberschreitungen der untersuchenden Wissenschaften. Sie sind *transkulturell* durch Differenzierung der Staaten und Gesellschaften innerstaatlich in regionale und lokale Kulturen (z. B. Ontario und Quebec, Bayern und Hessen) und ihre Integration überstaatlich in Makroregionen (z. B. »Europa« oder die »Atlantische Welt«). Spezifische Aspekte kanadischer, US-amerikanischer oder anderer Gesellschaften beginnen weder innerhalb des jeweiligen Staates noch enden sie an den jeweiligen politischen Grenzen. Der Bezugsrahmen »Nation« oder »Nationalstaat« ist nur eine Konvention, Daten zu erheben und zu strukturieren. Interpretation, Erzählung und Theorie auf der Basis dieser Daten können die Vorgaben bei der Datenerhebung nicht transzendieren oder kritisch bewerten.

Transkulturelle Gesellschaftsstudien integrieren die Analyse von Institutionen und Strukturen (die Sozialwissenschaften), aller Repräsentationen und Selbstrepräsentationen (die Diskurswissenschaften) und die jeweils aktuellen Praxen (Habituswissenschaften).⁴ Sie integrieren darüber hinaus die

3 Robert H. Walker zit. in: Robert Merideth (Hg.), *American Studies. Essays on Theory and Method*. Columbus/Ohio 1968, S. vii.

4 Je nach traditionellem nationalen akademischen Diskurs und Sprachgewohnheit muss sich dieses Konzept mit unterschiedlichen Denk- und Analyserahmen auseinandersetzen. Die deutsche Sprache verwendet weiterhin den Begriff der »Geisteswissenschaften« als separat von »Gesellschaftswissenschaften« obwohl »Geist« immer Ausprägung von Kultur und Ge-

»life sciences«, die Beschäftigung mit somatischen, psychisch-emotionalen, intellektuellen und religiösen Eigenschaften von Individuen und sozialen Gruppen sowie deren physisch-sozialräumliche Umgebung (»earth« und »environmental sciences«). Sie umfassen einen anthropologischen Ansatz, der holistisch Leben in Familien- und Gemeinschaftsnetzwerken im Rahmen von Machthierarchien und komplexen vereinheitlichenden Institutionen in vielkulturellen Gesellschaften untersucht; sie umfassen Interaktionen zwischen Gruppen und in kulturellen Grenz- oder Austauschräumen innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften; sie analysieren Herkunft und zukunftsorientierte Projekte alltäglichen Lebens von Menschen deren Wohn- und Aktionsorte mehrere Gesellschaften/Kulturen/Staaten einbeziehen. Regionen bilden präziser zu fassende geographische und soziale Untersuchungseinheiten als ihre Summe, die so genannte kulturelle Nation oder das geographische Territorium eines Staates, letzteres meist Ergebnis einer historisch zufälligen Konjunktur von Machtverhältnissen. Gemeinschaften, gleich ob Dörfer, Nachbarschaften, Regionen, Metropolen oder Nationen bilden sich durch gemeinsame verbindliche Erzählungen (»narratives«).⁵ Das Handeln in Gemeinschaften (»communities«) wandelt physisch-geographische Orte in soziale Räume und umfasst feststehende Konventionen der Erinnerung und des Denkens (die Vergangenheit), aktuelle Lebensformen (die Gegenwart) und das Potential individuelle und gesellschaftliche Strategien zu entwickeln (die Zukunft). Die Zeitdimension von Transkulturellen Gesellschaftsstudien erweitert also die traditionelle »selbstverständliche« – das heißt theoretisch nicht begründete – Bevorzugung der Vergangenheit einerseits und einer Gegenwart als Welt der erwachsenen

sellschaft ist. Die im Englischen übliche Unterscheidung zwischen »scholarship« and »sciences« bedeutet nicht nur einen postulierten Unterschied zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften, sondern differenziert auch innerhalb der Gesellschaftswissenschaften zwischen »scholars in the humanities« und »social scientists«. Im Französischen hingegen wird das Konzept der »sciences humaines« verwendet. Die Gesamtheit dieser Begrifflichkeiten und ihrer impliziten Rahmensetzungen bedarf der kritischen Hinterfragung und einer komparativen Bewertung der jeweiligen Reichweite.

- 5 Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, third ed., London 1986; Eric Hobsbawm / Terence Ranger (eds), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983; Anthony D. Smith, *National Identity*, Reno 1991; ders., *Myths and Memories of the Nation*, Oxford 1999; Ernest Gellner, *Nations and Nationalism. New Perspectives on the Past*, Ithaca 1983; Miroslav Hroch, *Social Preconditions of National Revival in Europe*, Cambridge 1985. Im Deutschen besonders Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1999.

Menschen in der Altersgruppe aktiven Arbeitslebens andererseits zu einer inter-generationalen Perspektive, die die nachwachsende junge Generation und damit die Zukunft einbezieht. Die oft als »unfertig« bezeichnete Jugend bestimmt über Jugendkulturen aktiv ihre Lebenswege (oder versucht dies) und formt damit die gesellschaftliche Weiterentwicklung.⁶

Die Transkulturellen Gesellschaftsstudien sind sich der vielfältigen Konventionen über Zeit und Raum und deren konventionellen Maßeinheiten bewusst. Zeit, in der chronologischen Variante, wird in den Geschichtswissenschaften und populärer historischer Erinnerung oft segmentiert nach Lebensdauer eines Herrschers (Ludwig XIV) oder einer Regierung (Adenauer-Jahre, Ära Kennedy). Natürliche Zeit, auf der Basis des Sonnenstandes zirkulär, bedeutet immer lokale Zeit, eine Differenziertheit, die erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge weltweiter Industrialisierung und Transportmethoden beseitigt wurde und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahnen durch die standardisierten Weltzeitzonen ersetzt wurde. Familienzeit und lebenszyklische Zeitverläufe ebenso wie industrielle Zeit und Arbeitszeit sind Teil menschlicher Leben und menschlichen Lebens. Solche Maßeinheiten können auch grundsätzlich in Frage gestellt werden: die Sprache der Hopi in Nordamerika kennt keinen Unterschied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, sie drückt stattdessen Entwicklung aus. Das westliche, in Sprache gegossene Konzept vom Lauf der Zeit, »die Zeit läuft uns davon« oder »time runs out«, steht im Gegensatz zu dem Konzept mancher Gesellschaften nordamerikanischer *First Peoples* (Indianer), in denen Zeit so unbeweglich ist wie die Kliffs des Grand Canyon: Menschen gehen durch diese Zeit und bestimmen ihr Schrittempo selbst. Raum ist ähnlich vielfältig und kann mit Lefebvre verstanden werden als (1) *espace perçu*, wahrgenommener oder erlebter Raum, (2) *espace conçu*, geplanter Raum und (3) *espace vécu*, gelebter Raum. Wahrgenommener Raum bezieht sich auf das im physisch-geographischen Raum erkannte Potenzial, diesen für menschliche materielle und soziale Reproduktion in den jeweiligen Machtverhältnissen und Strukturen nutzbar zu machen. Geplanter Raum bezieht sich auf die Art und Weise, wie spezifische Gruppen – Arbeiter oder Industrielle,

6 Die Verehrung von Alter (z. B. im Konfuzianismus) und die Praxis, Staatsoberhäupter aus einer Altersgruppe oft jenseits des gesetzlichen Eintritts in den Ruhestand auszuwählen, privilegiert nicht nur eine von vielen lebenszyklischen Stadien zum Nachteil anderer lebenszyklische definierter Gruppen sondern gibt den mit Macht ausgestatteten »Alten« auch die Möglichkeit die Diskurse über »Reife« und »Unreife« zu prägen.

Bauern oder Transportunternehmer – Raum nutzen wollen, wie Planer, ob Architekten oder Ingenieure, Raum entwickeln wollen, wie Gesellschaften oder Staaten sich Raum symbolisch oder real aneignen wollen. Solch gesellschaftlich produzierter Raum »spricht«, das heißt setzt seinerseits Zeichen, und kann gelesen werden. Gelebter Raum umfasst die gesamte alltägliche Nutzung. Menschen leben Räume für ihre eigenen Interessen und reproduzieren beziehungsweise transformieren sie in dem Prozess des Alltagslebens.⁷ In Kanada wurde Raum zuerst von den *First Peoples* wahrgenommen, gestaltet und verstanden; dann – unter ganz anderen diskursiven und interessengebundenen Referenzrahmen – haben europäische Zuwanderer/innen und die Wissenschaftler des Geological Survey den gleichen Raum neu wahrgenommen, gestaltet und verstanden. Der immer noch gleiche geographische Raum wurde unter veränderten, schnelleren Transportbedingungen und der Urbanisierung des Lebens im 20. Jahrhundert erneut reorganisiert und rekonzeptionalisiert.

Menschliche Identitäten oder, vorsichtiger, Identifikationen entwickeln sich und werden entwickelt in drei, sich überlagernden Sozialräumen, der jeweiligen Familie und Nachbarschaft (gelebter, erfahrener Raum), der Region als Rahmen für wirtschaftlich-soziale Optionen und Grenzen und der politisch-territorialen Einheit insgesamt mit ihren hierarchisch entfernten Strukturen und Gesetzen, die Grenzen setzen oder Möglichkeiten öffnen können. Die Entwicklung von Identitäten – Selbstbildern und askribierten Persönlichkeitsbildern – geschieht lebenszyklisch im Kleinkindalter und der Kindheit, dann in der Jugend, schließlich im Erwachsenenalter. Familie und Schule entwickeln, in einem ersten Schritt, lokal-soziale Identifikationen, für kleine Kinder oft unbewusst. Allgemein gebräuchliche und unhinterfragte – »natürliche« – Diskurse bezüglich Normen und Werten formatieren lebenslange Identitäten (fast im Sinne einer Verurteilung zu »lebenslanglichem« Verhaftetsein) oder sie ermöglichen ein Eingebettetsein (*embeddedness*) und Zugehörigkeit (*belonging*) – um Begriffe zu verwenden, die essentialistische Interpretationen ver- oder behindern. Solche Identifikationen können eingrenzend sein durch die Vorherrschaft, die Last der Vergangen-

7 Aus der breiten Literatur siehe z. B. Tamara K. Hareven, *Family Time and Industrial Time: The Relationship between Family and Work in a New England Industrial Community*, Cambridge 1982; Nora Räthzel, *Youth Groups and the Politics of Time and Space*, in: *Soundings* 24 (Autumn 2003), S. 90–111; Henri Lefebvre, *The Production of Space*, London 1991, S. 33, 38, 245.

heit. Sie können andererseits Möglichkeiten für individuelle und zukunftsgerichtete gesellschaftliche Entwicklung bieten. In einem zweiten Schritt, erarbeiten und entwickeln junge Menschen sich regionale Identitäten, wenn sie unter Gleichaltrigen kulturelle Praktiken ausprobieren und evaluieren, und wenn sie Arbeits- und Ausbildungsplätze in den ihnen zugänglichen Arbeitsmarktsegmenten und weiterführenden Bildungsinstitutionen suchen. Lehrer und andere Bezugspersonen vermitteln oft auch Eigenheit, Eigenart, Artigkeit, als getrennt von benachbarten sozialen Regionen, Anderssein, Andersartigkeit, von dem Anderen. Im Gegensatz zu identitär-nationaler Geschichtserzählung zeigt Migrationsforschung, dass sich die Ebene nationaler Zugehörigkeit oder Identität zuletzt entwickelt. Bis ins 20. Jahrhundert, also noch ein Jahrhundert nach Erfindung der Nation und der Konstruktion der Nationalstaaten, verließen Migranten Regionen, Süditalien oder die vier südlichen Provinzen Chinas, Nord- oder Süddeutschland. Dieser lokal-regionale Herkunfts- oder Geburtsraum, ideologisch als »Heimat« überhöht, bot – nach Selbsteinschätzung – keine Möglichkeiten Lebensprojekte zu verwirklichen, manchmal nicht einmal Überlebensmöglichkeiten. Nach Erreichen des Wanderungsziels in einer anderen Gesellschaft, die »Kanada« oder »USA« oder – in der Gegenwart – »Europa« heißen kann, konnten die neuen Nachbarn die vielfältigen regionalen Ausgangskulturen nicht unterscheiden und bezeichneten Schwaben, Mecklenburger und Hamburger als »die Deutschen« (oder fälschlich aber alliterativ als »Dutch«) und anatolische Bauern, Kurden und Bewohnern Istanbuls als »die Türken«. Nationale, oder besser: gesamtstaatliche Zugehörigkeiten/Identitäten werden im Kontext spezifischer Diskurse zugeschrieben, konstruiert und verwirklicht oder nutzbar gemacht. Lebenspraktiken von Migranten – Frauen, Männern, Kindern – haben monokulturelle, nationalstaatliche Konstrukte und Strukturen immer in Frage gestellt. Ihre Abwanderung verändert die Ausgangs-, ihre Zuwanderung die Empfängerkultur. Ihr transkulturelles Leben – ob mit Zwischenstufe einer ethno-kulturellen Enklave oder unter schneller Akkulturation – hat wissenschaftliche Ansätze und Interpretationen im nationalstaatlichen Rahmen immer in Frage gestellt. Dies ist Wissenschaftlern, die ihren nationalen Diskursrahmen nie verlassen haben und meist vom Nationalstaat ausgewählt, eingestellt und bezahlt werden, lange unerfahrbar, unsichtbar geblieben.

Transkulturelle Gesellschaftsstudien analysieren und beschreiben empirisch nachweisbare differenzierte sozialen Gruppen statt »nationale« Bevölkerungskonstrukte interdisziplinär

- im Rahmen von politischer Ökonomie, von ökonomischen Institutionen und Produktionsprozessen, von Arbeit und Konsum, beim Austausch auf lokalen, nationalen und globalen Märkten;
- im Hinblick auf gesellschaftlich unbeständige Konstruktionen und Kategorien wie Klasse, »Rasse« oder Hautfarbe oder andere physische Merkmale, Geschlecht (*gender*),⁸ Nationalität oder Ethnizität, Ort und Raum, Familienzyklen oder Generationen, sowie schwerer veränderliche gesellschaftlich definierte Kategorien wie biologisches Geschlecht und Alter;
- hinsichtlich kodifizierender gesetzlicher oder juristischer und politischer oder administrativer Institutionen einschließlich der Verteilung von Macht, der Interessen von Gesetzgebern, »Staatsdienern« und »unparteiischen« Richtern; und hinsichtlich der Diskurse, die aus deren Praktiken und aus strukturell vorgegebenen Hierarchisierungen hervorgehen (neben Dialekten und Soziolekten sind institutionell geprägte Ausdrucksformen – »legalese« im Englischen – einzubeziehen);
- in Bezug auf Zeichensysteme und -praxen wie mündliche und Körpersprachen, alltägliche musikalische und theatralische und künstlerische Ausdrucksformen, Alltagspraxen und Normen, Lebensstile, Wertsysteme und religiös-transzendente Zugehörigkeiten, »Hoch-« und Popularkulturen, Massenmedien und die »hohen« Künste.

Die Zeichenpraxen, »der Diskurs« oder »die Diskurse« einer Gesellschaft in einem bestimmten Zeitraum, die intern widersprüchlich oder konnotativ vage sein können, beeinflussen die Art, wie ökonomische, soziale und politische Institutionen, Strukturen und Prozesse betrachtet, in Frage gestellt oder gebilligt, herausgefordert oder gestützt werden. Umgekehrt bestimmen die ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen, Strukturen und Prozesse den Rahmen, die Grenzen und die Richtung des Diskurses.

Transkulturelle Gesellschaftsstudien betonen

- Identifikationsmuster, die nur in regionalen gesellschaftlichen Gruppen oder auf lokaler Ebene zu finden sind, ebenso wie Identifikationen, die globale, makro-regionale grenzüberschreitende Bedeutung haben oder in mehreren Gesellschaften zu finden sind;

8 Die Sprache mancher nordkanadischer Native People kennt keine Differenzierung in weiblich und männlich und ermöglicht damit flexible Denk- und Handlungsmöglichkeiten.

- Konsumptions- und Produktionsmuster, zu denen materielle Güter und lokal-familiäre Ernährungsmuster, Essgewohnheiten und Bekleidungspraktiken ebenso gehören wie Konkurrenzformen zwischen ökonomischen und institutionellen Regimen;
- die politischen Strategien von Familien und Gesellschaften in Bezug auf andere Familien und Gesellschaften, beide in (Familien-)ökonomien und Wertsysteme sowie in Global Governance und weltweiten ökonomischen Austausch⁹ eingebettet;
- die institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Strategien einzelner Gruppen (Eliten, Bürokraten, Planern oder, allgemein: mit institutioneller Macht ausgestatteten Machern) einerseits oder für auf Gemeinwohl und Zusammengehörigkeit gerichtete Projekte andererseits.

Damit schließen Transkulturelle Gesellschaftsstudien die folgenden Wissenschaftsbereiche ein:

- auf der selbstanalytischen Ebene von Gesellschaften: die Sozialwissenschaften einschließlich der analytischen Geschichtswissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft und Ökonomie sowie der Rechtswissenschaft;
- auf der selbstreflexiven und selbstdarstellenden Ebene von Gesellschaften: die *humanities* (nicht »Geisteswissenschaften«) einschließlich der narrativen Geschichtsschreibung, der Künste sowie – die Lebensspanne von Individuen und Gemeinden transzendierend – die religiösen Ausdrucksformen;
- auf der Ebene des Gemeinwesens (*community*): die Umwelt-, die Bio- und Erdwissenschaften;
- auf der Ebene der individuellen Identität: soziales Umfeld und persönlich erfahrbare Beziehungen, die psychologischen and physischen Gesundheitswissenschaften unter Einbeziehung von ganzheitlichen, psychosomatischen Ansätzen, sowie die Semiotik von Körpersprache, die Familienökonomie und Lebenszyklus sowie Gender-Forschung.

Transkulturelle Gesellschaftsstudien verknüpfen die Selbstbilder, Selbstdarstellungen und internen Diskurse von Gesellschaften mit Analysen von außerhalb, durch kulturell »Andere«. Auf diese Weise verorten sie die Analyse

9 Die gegenwärtig in Mode gekommene Debatte über »Globalisierung« übersieht, das Handel und Produktion in gewisser Weise schon seit Jahrhunderten weltweit Menschen verbinden. Im 17. Jahrhundert hat der Pelzbedarf in europäischen Metropolen die Nahrung und materielle Ausrüstung von Einheimischen von Nordamerika bis Ostsibirien bestimmt. Die East India Company und andere Handelsgesellschaften der Kolonialmächte haben die terms of trade der damaligen »dritten Welt« bestimmt.

institutioneller Praxen und kultureller Ausdrucksformen in einer komparativen Perspektive. Je nach historischer Epoche ändern sich vergleichende Perspektiven. Nordamerika, zum Beispiel, war im 17. und 18. Jahrhundert Teil des die gesamte Nordhalbkugel umspannenden komplexen Pelzhandelssystems; für das späte 20. Jahrhundert ist die Nord-Süd-Perspektive der Ökonomien der NAFTA-Mitgliedsstaaten zu wählen. Sie können auf der lokalen Ebene benachbarte Gemeinschaften ebenso miteinander vergleichen wie auf der globalen Ebene die Erscheinungsformen in einem ökonomischen Sektor, zum Beispiel die Textilproduktion Kanadas und Chinas. Wissenschaftler, die eine Gesellschaft von außen untersuchen, müssen sich ihrer jeweiligen Diskurse ebenso bewusst sein wie jene, die sie von innen her beobachten. Beide sind befangen durch in der Kindheit als »natürlich« aufgenommene ins Unbewusste verlagerte Diskurse, sprechen jeweils eine »Mutter«sprache, die historische Verschlüsselungen, Codes, enthält, die nicht mehr entschlüsselt werden können. Ein »Blick« auf eine andere Gesellschaft oder, innerhalb einer Gesellschaft, auf »die Anderen« bedeutet eine analytische Herausforderung. Um umfassende und doch mehrschichtige Perspektiven dieser Art zu erzielen, müssen die fragmentierenden Grenzen zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen – von denen einige nur deshalb überleben, weil sie institutionalisiert sind – ersetzt werden durch die kontinuierliche transdisziplinäre Verbindung von Theorien und Methodologien die an Reichweite und Ergebnissen gemessen wird.

Zu Forschungsstrategien gehören:

1. synchrone und diachrone Ansätze zur Untersuchung von Alltagsleben;
2. mehrschichtige Analysen der Makroebene ganzer Gesellschaften (bzw. Staaten oder Nationen), der Mikroebene der Verhaltensweisen von Individuen und Familien sowie der Identitätsbildung in sozialen Netzwerken und der verbindenden Mesoebene ausgewählter oder gegebener Einheiten, etwa sozio- oder ethnokultureller Gruppen, segmentierter Arbeitsmärkte und *communities* oder Regionen;
3. komparative beziehungsweise kontrastive Analysen, um auf spezifische Aspekte bestimmter Gesellschaften und sozialer Einheiten hinzuweisen (ohne dabei zur Hierarchisierung einer über eine andere beizutragen),¹⁰

¹⁰ So wurde zum Beispiel ein »Exzeptionalismus« oder Sonderweg im Hinblick auf die Geschichte der USA wie auch auf die deutsche Geschichte behauptet; ein Modellcharakter für den Prozess der Nationsbildung Frankreich und Großbritannien zugeschrieben.

um zum Verständnis der wechselseitigen kulturellen und sozialen Durchdringung und Interaktion im interregionalen, transnationalen oder weltweiten Raum beizutragen, um trennende Erzählungen von Klasse, Ethnizität, Gender oder Generation zu überwinden und um die hegemoniale Ausbreitung von Metaphorik und Diskursen zu untersuchen und zu fragen, weshalb einige Definitionen und Diskursstrategien bevorzugt werden und auf dem Markt der Gedanken »verkäuflich« sind, warum und wie andere marginalisiert und unterdrückt werden.

So können die Konzeptionen von Nation und nationaler Identität, von Staat und Gesetzgebung zerlegt werden in ihre vielen konstitutiven Teile und damit der Analyse zugänglich gemacht werden; Individuen und Familien werden mit der politischen Ordnung, der Gesellschaft, der Wirtschaft sowie mit – durch Schulen und gesellschaftliche Narrative vermittelten – Glaubenssystemen und übergreifenden Identitäten verbunden. Diese umfassende neue Lesart ersetzt die vorherrschende aber partikuläre und damit unvollständige Meistererzählung. Diese, in der bekanntesten und schlechtesten Form die Geschichte großer, weißer Männer ist eine 5-Prozent-Version von Gesellschaftsgeschichte: Frauen, Arbeiter, Kinder, Anderskulturelle fehlen. Transkulturelle Gesellschaftsstudien analysieren darüber hinaus, welche gesellschaftlichen Handlungen und Zugehörigkeiten an politischen Grenzen weder beginnen noch enden, sondern sich zusammenfügen, vermischen und viele Aspekte unterschiedlicher Kulturen zu einem Ganzen verflechten. Dies Ganze kann der Sozialraum eines kleinen Ortes oder einer Kulturregion wie »der östliche Mittelmeerraum« sein. Die Kanadastudien, als Beispiel, zeigen wie zwei selbst-deklarierte Nationen, englischsprachig und französischsprachig, mit drei auswärtigen auf London, Paris und Rom gerichteten auswärtigen Bezugssystemen und in ihrem Anspruch hinterfragt durch die Gesellschaften der atlantischen, Prärie- und pazifischen Provinzen sowie durch die kulturellen Gruppen der *First Peoples* – Inuit, Indianer, Métis – und der vielfältigen späteren Zuwanderergruppen aus Europa, Asien und Afrika sich der Auseinandersetzung und Debatte stellen müssen. Traditionelle Mentalitäten der hegemonialen Doppel-«nation» waren europäisch geprägt, das Wirtschaftsleben war und ist durch die Macht der USA beeinflusst, die gegenwärtige politische Position als »middle power« ist durch eine Strategie der Förderung von Menschenrechten und der Vermittlung in politischen Konflikten weltweit bestimmt. Kulturelle Selbstbestimmung der eigenen Position kann im Alltagsleben wie in der Wissenschaft nur transkulturell erfolgen.

Götz Aly

Antworten auf meine Kritiker

DER in meinem Buch »Hitlers Volksstaat« vollzogene Perspektivwechsel von der Elitenverantwortung zum Nutznießertum des Volkes fand, das war zu erwarten, nicht nur Beifall. Er stellt gewohnte Sichtweisen auf den Nationalsozialismus in Frage, entsprechend heftig fallen die Reaktionen aus. Die Zeitschrift Sozial.Geschichte verschaffte der Debatte im Oktober 2005 ein Forum; ferner organisierten die Internetforen sehepunkte und hsozkult¹ die Kritik. Auch sollen in meiner Antwort weitere wissenschaftliche Rezensionen berücksichtigt werden, soweit sie mir zugeschickt oder bis zum Abschluss dieses Textes im Dezember 2005 bekannt wurden. Die fraglichen Texte und meine schon gegebenen Antworten auf einzelne Kritiken finden sich, alphabetisch gereiht, in der Fußnote.² Da sie nicht übertrieben

¹ <http://www.sehepunkte.historicum.net>; <http://www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>

² *Götz Aly*, Nicht falsch, sondern anders gerechnet. Eine Antwort auf J. Adam Tooze, in: die tageszeitung vom 15.3.2005; *Götz Aly*, Wie die Nazis ihr Volk kauften, in: Die Zeit vom 6.4.2005; *Götz Aly*, Wohin floss das Geld. Ein Fall offensiver Unkenntnis. Wolfgang Seibels Kritik an »Hitlers Volksstaat«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.8.2005. *Johannes Bähr*, Die Legende von der »Wohlfühlidiktatur«. Zu Götz Alys Deutung von Wirtschaft und Lebensstandard im »Dritten Reich«, in: sehepunkte 5(2005); *Frank Bajohr*, Die Beraubung der Juden, in: sehepunkte 5(2005); *Ralf Banken*, Hitlers Volksstaat? Zur kontroversen Diskussion um Götz Alys Thesen, in: Forschung Frankfurt, H. 3, 23(2005), S. 52–55; *Yehuda Bauer*, Volk und Vorteilsnahme. Erst raubten die Deutschen alle Juden aus, dann haben sie sie ermordet. Warum Götz Alys Forschung die Wissenschaft weiterbringt, in: Die Zeit vom 4.8.2005; *Christoph Buchheim*, Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 67–76; *Jane Caplan*, Cui bono? In: Sozial.Geschichte H. 3/2005, S. 86–90; *Angelika Ebbinghaus*, Fakten oder Fiktionen: Wie ist Götz Aly zu seinen weitreichenden Schlussfolgerungen gekommen? in: Sozial. Geschichte, H. 3/2005, S. 29–45; *Rüdiger Hachtmann*, Eine klassenbewusste »Gefälligkeitsdiktatur«? In: sehepunkte 5(2005). *Rüdiger Hachtmann*, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys »Volksstaat«, in: Sozial. Geschichte, H. 3/2005, S. 46–66; *Thomas Kuczynski*, Die Legende vom nationalen Sozialismus, in: Sozial. Geschichte H. 3/2005, S. 77–85; *Per Leo*, Der Narr von eigenen Gnaden. Götz Aly und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Ästhetik &

lang sind, erfolgt der Quellenverweis im laufenden Text in Gestalt des Autorennamens. Notwendigerweise wiederholen sich einige Gegenargumente, folglich reicht es aus, exemplarisch zu antworten und nicht jeden Rezensenten einzeln zu nennen.

Mich interessiert die Kritik der Faktenlage, wie sie zum Beispiel Wolfgang Seibel geleistet hat. Sofern mir dessen, insgesamt gesehen geringfügige, faktische Einwände berechtigt erscheinen, sind sie neben anderen schon selbst entdeckten Versehen in den aktuellen Ausgaben des »Volksstaats« berücksichtigt und in meiner Antwort auf Seibel im Einzelnen genannt. Für die künftigen Ausgaben muss eine Zahl im Bulgarien-Abschnitt geändert werden, der drei Nullen fehlten, wie Thomas Kuczynski entdeckte. Ihm gebührt ferner Dank für den Hinweis auf eine während der redaktionellen Arbeiten untergegangene Quellenangabe, die in der nachstehenden Fußnote ergänzt sei.³ Auch kann man die in Frankreich getätigten privaten Einkäufe deutscher Soldaten, die ich für den August 1943 angebe, in der von Christoph Buchheim vorgeschlagenen, vorsichtigeren Weise in heutige Euros umrechnen. Aufgrund der Intervention desselben Kritikers werde ich

Kommunikation, H. 129/130, 36(2005), S. 185–193; *Armin Nolzen*, »Stimmungspolitik in Aktion« – Zum Verhältnis von Regime und Bevölkerung, in: *sehepunkte* 5(2005). *Armin Nolzen*, Hitler und die Deutschen: Eine neue Interpretation zum Verhältnis zwischen NS-Regime und Bevölkerung? In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 28(2005), H. 50, S. 19 ff.; *Kurt Pätzold*, Eine hochwillkommene Offerte zur »Lösung der Faschismusfrage«. Zu Götz Alys Buch »Hitlers Volksstaat«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53(2005), S. 637–640; *Wolfgang Seibel*, Rechnung ohne Belege. Götz Alys scheinengauer Bestseller, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.7.2005; *Gustav Seibt*, Wohlstand für alle, in: *Internationale Politik* 5/2005, S. 90–93; *Winfried Süß*, Ein nationalsozialistischer Sozialstaat? In: *sehepunkte* 5(2005); *J. Adam Tooze*, Einfach verkalkuliert, in: *die tageszeitung* vom 12./13.3.2005; *J. Adam Tooze*, Doch falsch gerechnet – weil falsch gedacht, in: *die tageszeitung* vom 16.3.2005; *J. Adam Tooze*, Stramme junge Männer in braunen Uniformen, in: *Die Zeit* vom 28.4.2005; *Hans-Ulrich Wehler*, Engstirniger Materialismus, in: *Der Spiegel* vom 4.4.2005; *Michael Wildt*, Vertrautes Ressentiment. Der moderne Sozialstaat hat mit dem »Volksgemeinschafts«-Konzept des Nationalsozialismus nichts zu tun. Eine Antwort auf Götz Aly, in: *Die Zeit* vom 4.5.2005; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: *Mittelweg* 36, H. Juni/Juli, 14(2005), S. 69–80; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplizität einer Wissenschaft, in: *Sozial.Geschichte*, H. 3/2005, S. 91–97.

- 3 Auf S. 190 des »Volksstaats« ist als Quelle für die Zuschüsse des Reiches zu den Sozialversicherungskassen und für das Ansteigen der Lohnsteuereinnahmen im Krieg die Fußnote 129a einzufügen: Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943 (geheime Reichssache), Anlagen 1 und 2, erstellt vom Statistischen Büro des Reichsfinanzministeriums, Nov. 1944, BA R 2/24250.

einen missverständlichen Satz in dem Kapitel über die Reichskreditkassenscheine streichen.⁴ Sonstige Korrekturen ergeben sich aus der bisherigen Kritik nicht. Inhaltlich ist an dem Buch nichts zurückzunehmen.

Rein gedankenpolizeiliche Einwände, die einen »Subtext« erfinden oder, namentlich bei Rüdiger Hachtmann, dem »Volksstaat« Begriffe zuschreiben, die dort nicht vorkommen, entziehen sich der systematischen Diskussion. Dasselbe gilt für die missgelaunten Vorhaltungen, die dem Buch die Originalität und den einigermaßen flüssigen Schreibstil als »flapsig« oder »griffig« verübeln. Wenn Wildt das Buch als »Produkt einer grassierenden Medialisierung« ansieht, das »eher auf geschäftlichen Erfolg als wissenschaftliche Argumente« baue, dann nehme ich das als Ausdruck der Meinungsfreiheit zur Kenntnis. Die Vorwürfe sagen viel über den Kritiker, nichts jedoch über das kritisierte Werk.

Auch lässt sich mit dem Vorwurf desselben Kritikers leben, ich hätte auf das fußnotenstarke Bewandern ausgetrampelter Pfade im »forschenden Verbund« der »Netzwerke« verzichtet und würde das Auseinandernehmen herrschender »Lesarten« vernachlässigen, gesteigert zum Gouvernanten-Tadel: »... entzieht er sich dem wissenschaftlichen Disput.« Die hier bemühten »Netzwerke« umschließen aus meiner Sicht eine selbstgenügsame Ingroup von ZeitgeschichtlerInnen, die mit Stipendien oder Zeitstellen einigermaßen versorgt, auf die wenigen frei werdenden Lebenszeitstellen lauern. Dafür langweilen sie sich lieber im Mainstream als einen weiterführenden Gedanken zu präsentieren. Diesem Unglück muss sich niemand aussetzen, doch erklärt es in einigen Fällen den indignierten Widerspruch gegen das Bilden diskussionsfähiger klarer Begriffe und Thesen. Solche Netzwerker-Vorwürfe begleiten meine Arbeiten schon lange: seien es die ersten acht Bände der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« (1985 ff.), das gemeinsam mit Susanne Heim verfasste Buch »Vordenker der Vernichtung« (1991), das Buch »Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden« (1995) oder der Aufsatz über die NS-Vergangenheit der Historiker Werner Conze und Theodor Schieder. Doch setzten sich die Ergebnisse nach einiger Zeit stets durch, von den fleißigen Netzwer kern mal mehr, mal weniger oder gar nicht zitiert. So wird es auch diesmal kommen.

Der Widerstand gegen meine These hängt damit zusammen, dass ich in der Struktur der nationalsozialistischen Steuer- und Sozialpolitik ein Grund-

4 Auf S. 105 den letzten Satz des ersten Absatzes.

muster sichtbar werden lasse, das auch sozialdemokratische Politik prägt. Das gehört sich offenbar nicht. Im Unterschied zur Programmatik der Sozialdemokratie, nicht jedoch zu jeder sozialistisch-revolutionären Praxis, bezog der NS-Staat seine Ressourcen für die interne Umverteilungspolitik aus der systematischen Enteignung, der Versklavung und aus dem Mord an Millionen von Menschen. Inzwischen spricht selbst Thomas Kuczynski, den man als linken Flügelmann in der Phalanx der »Volksstaat«-Kritiker ansehen darf, »von ›großen Massen gefügigen Personals«, eingekauft auf der Basis fremder Tribute«. Er hat trotz all seiner reflexhaften Abwehr begriffen, worum es geht. Ich verstehe den »Volksstaat« als Anreiz für weitere wissenschaftliche Mühen; das Buch lädt dazu ein, auf den dort zum Teil nur skizzierten Wegen weiterzuforschen.

Ebbinghaus moniert den nicht affirmativen Gebrauch des Begriffs »sozialrevolutionär« und meint, die NS-Führer hätten ihre sozialen Wohltaten nicht aus freien Stücken, sondern infolge des November-Traumas von 1918 aus »Furcht« vor der eigenen Bevölkerung gewährt. Na und? Die tief sitzende Skepsis der Regierung Hitler gegenüber der politischen Loyalität der deutschen Mehrheitsbevölkerung bildet das Fundament meiner Thesen. Man besticht und korrumpiert Menschen dann, wenn das notwendig erscheint und wenn ein solches Vorgehen Erfolg verspricht. Ob das aus Furcht, aus gestalterischem Anspruch oder aus einer Mixtur beider Motive geschieht, kann zunächst dahingestellt bleiben.

Die Novemberrevolution von 1918 fand ihren Ausgangspunkt im Unvermögen der kaiserlichen Bürokraten, sich den sozialen Erfordernissen des modernen Massenkriegs zu stellen. Allerdings muss zu deren Entlastung gesagt werden, dass es ihnen trotz der massiven Hungersnot in Deutschland fern lag, die immerhin 1,4 Millionen russischen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs zugunsten des Volkswohls verhungern zu lassen. Im Zweiten Weltkrieg begründete sich der vorsätzliche Hungermord an mehr als zwei Millionen sowjetischen Gefangenen und vielen Millionen europäischen Zivilisten aus dem bewusst gefassten Entschluss, die eigenen Soldaten wie die deutsche Stadtbevölkerung in dem Ausmaß zu versorgen, das sie hinlänglich zufrieden hielt.

Fraglos lag der Lebensstandard der Deutschen infolge des Ersten Weltkriegs, des Friedensvertrags von Versailles, der Weltwirtschaftskrise und der Rüstungspolitik Hitlers 1939 signifikant unter dem der westeuropäischen Nachbarn und Großbritanniens. Dafür sprechen sämtliche Indikatoren. Das erleichterte die soziale Massenbestechung im Zweiten Weltkrieg. Ein Argument gegen den »Volksstaat« lässt sich daraus nicht gewinnen, wie es

Christoph Buchheim unter Hinweis auf die Arbeiten von Richard J. Overy wenig überzeugend versucht.

Wie der Nationalsozialismus den Normalegoismus der Deutschen und deren gewöhnliches Streben nach dem kleinen Glück bediente, fand selbst noch im Denken und Handeln von Ausnahmegestalten wie Sophie Scholl und deren Freund, dem Offizier Fritz Hartnagel, seinen Niederschlag. »Wieder reicht es nur zu einem nur kurzen, aber herzlichen Dank«, schrieb sie ihm im Dezember 1940 nach Belgien, »für die vielen guten Sachen, mit denen du mich u. die anderen immer bedenkst. Die Pralinenpackungen sind, rein äußerlich, ganz wunderbar! Und wie gut wir Seife u. Strümpfe u. den Kakao brauchen können, weißt Du ja. Wir kommen uns vor wie Krösusse.« Einen Tag später sandte Hartnagel, der erklärtermaßen kein großer Päckchenpacker war, die Nachricht: »Vergangene Woche hatte ich Gelegenheit, in Gent Schuhe für Deine Mutter und für Dich zu kaufen.« Sophie zeigte sich »goldfroh«. Geld spielte keine Rolle, denn Hartnagel verdiente »gerade jetzt im Kriege [...] mehr als genug«.⁵ Die Kritiker betrachten solche Quellen mal als »farbig«, »impressionistisch« oder »bedrückend«. Der von Sophie Scholl gebrauchten Selbstbeschreibung »Krösus« setzt Buchheim statistische »Gedankenspiele« entgegen, die jeder Grundlage entbehren. Davon abgesehen, ist Wohlstand immer relativ.

Unter den vielen zustimmenden Reaktionen, vor allem älterer Leserinnen, die ich im ersten Jahr nach dem Erscheinen des »Volksstaats« erhielt, können die folgenden allgemeine Bedeutung beanspruchen: »Ich bin Jahrgang 1930«, berichtete eine Berlinerin, »von den Eltern gegen die Nazis erzogen, und habe dank der Lektüre von »Hitlers Volksstaat« gelernt, darüber nachzudenken, dass ich als Teenager einen »Beutepullover« bekam und dass es 1942 südliches Obst wie Khakifrüchte gab, das man noch nie gesehen hatte.« Nach einem Vortrag in Frankfurt (Oder) sprach mich ein Rentner an: »Wir waren sieben Kinder und bettelarm. Das erste Spielzeug überhaupt bekamen wir, als unser Vater zu Weihnachten 1940 aus Frankreich zurückkehrte.«⁶

5 Sophie Scholl, Fritz Hartnagel, *Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943*, Frankfurt a. M. 2005, S. 240 ff.

6 Brief von Cornelia S., Berlin vom 8.4.2005 an G. Aly; Vortrag am 4.5.2005 in Frankfurt (Oder). Von all diesen Dingen steht in dem überaus voluminösen zweiteiligen Band 9 »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« (Stuttgart 2005) nichts, der angeblich »Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945« darstellen soll. Obwohl das Militärgeschichtliche Forschungsamt für die Reihe einen Millionenertrag herausgabte, fehlen dem Band genau die historisch wichtigen Dimensionen, die sich im Volksstaat finden.

In den Jahren 1933 bis 1935 hatte die NS-Führung ihre innere Machtbasis dank des äußerlich effizienten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit gefestigt – gespeist aus einer verantwortungslosen Staatsverschuldung. Später brauchte sie den nicht besonders populären Krieg jedenfalls auch, um den eigentlich fälligen Staatsbankrott zu kaschieren. In einem dritten Schritt konnte Hitler die öffentliche Moral stabilisieren, und zwar weil er diesen Krieg in eine beispiellose Serie unterschiedlicher, einander ergänzender Raub- und Vernichtungsfeldzüge verwandelte. Auf Kosten der Volkswirtschaften sämtlicher besetzten und abhängigen Länder, der Arbeitskraft von Millionen Zwangsarbeitern, des arisierten Eigentums der ermordeten Juden und des Hungertodes von Millionen Menschen namentlich in der Sowjetunion schuf die NS-Führung die Grundlage dafür, die Masse der Deutschen an den materiellen Früchten des Sieges teilhaben zu lassen. Das machte sie jenseits aller ideologischen Propaganda interessiert und gefügig.

Dafür bedurften die Machthaber nicht vieler Zehnmillionen begeisterter Heil-Schreier. Ihnen reichte ein Volk, das in seiner Mehrheit einigermassen zufrieden, mit sich selbst beschäftigt blieb und folglich Ruhe gab. Im Ergebnis führt die Studie über »Hitlers Volksstaat« zu einem Missing link, das den von innen heraus kaum gebremsten Furor der Nazizeit erklärt: Eben weil so viele Deutsche – die vielen Millionen Nicht- und Antinazis eingeschlossen – von den Raubzügen profitierten, zu Nutznießern beispielloser Verbrechen wurden, entwickelte sich nur marginaler Widerstand.

Obwohl präzedenzlos, rechtfertigen die NS-Verbrechen nicht die Annahme, dass die wesentlichen Bedingungen dafür besonders ungewöhnlich hätten sein müssen. Wohl aber entspricht es dem verständlichen Distanzstreben der Nachgeborenen und ihrer Historiker, ein derartiges Regime ins Abnorme zu verbannen. Demgegenüber entziehen meine Befunde dem in der NS-Historiographie populären, auch von meinen Kritikern in den unterschiedlichsten Spielarten praktizierten Schuldreduktionismus den Boden. Folglich geht die geschichtsoptimistische Fiktion verloren, die meisten Menschen befänden sich auf der besseren, gewissermaßen sicheren Seite der Geschichte. Gustav Seibt bemerkte in seiner Rezension das Verstörende des »Volksstaats«: »Die Aly-Deutschen kennen wir nämlich: Sie gleichen uns selbst fast aufs Haar. Sie suchen Wohlstand, materielle Sicherheit für die Kinder und fürs Alter, sie wollen das Haus im Grünen, das eigene Auto, den Urlaub. Die Kosten für Nachbarn und Nachfahren kümmern sie wenig.«

Der Befund bedeutet kein Verschieben der Verantwortung von einer sozialen Klasse auf die andere. Schon gar nicht geht es um die These von der

Kollektivschuld, wie einige Rezensenten befürchten,⁷ oder um das Vernebeln der graduell sehr verschiedenen Verantwortung Einzelner. Dem unmittelbaren Organisator und Exekutor eines Verbrechens kommt ein höherer Tatanteil zu als demjenigen, der in wenig durchschaubarer Weise – vermittelt über den Staatshaushalt und Geldkreisläufe – davon profitierte und dem nahe gelegt wurde, sich über das Woher seiner kleinen Vorteile keine Rechenschaft abzulegen. Doch muss, um die Genesis der deutschen Massenverbrechen zu verstehen, auch die millionenfache, weithin passive Mittäterschaft in den Blick genommen werden.

Hitler verbot die Veröffentlichung des Staatsetats bereits 1933 für das Jahr 1934. Dabei blieb es bis 1945. Soweit die totalitäre Politik mit dem Mittel »geheime Reichssache« operierte, ging es nur selten darum, jede Nachricht zu unterdrücken. Die List der diktatorischen Geheimnistuerei bestand in der schlichten, aber wirksamen Offerte an die deutsche Mehrheit: Was ihr, liebe Volksgenossinnen und Volksgenossen, nicht wissen dürft, das müsst ihr nicht wissen! So konnten sich die vielen kleinen Nutznießer des nationalsozialistischen »Volksstaats« aus der persönlichen Verantwortung stehlen und eine uneingestandene, passive Komplizenschaft mit den Mördern eingehen. Die breit gestreuten Vorteile aus den NS-Verbrechen trugen wesentlich dazu bei, das Gewissen, das Wissenwollen und später das Erinnern so vieler Deutscher nachhaltig zu narkotisieren.

Nicht selten wird von Historikern erwartet, das geschichtlich Gute vom geschichtlich Bösen eindeutig zu trennen. Im Sinne heutiger Wertscheiden erscheint es wünschenswert, klare Entwicklungslinien herauszupräparieren. Die Konzentrations- und Vernichtungslager, der Antisemitismus und die deutschen Aggressionskriege waren böse. Doch lässt sich am Beispiel des Nationalsozialismus (und auch des Kommunismus) ebenso klar erkennen, in welchem Ausmaß staatliche und gesellschaftliche Ziele, die mit Recht als geschichtlicher Fortschritt angesehen werden, in bestimmten historischen Konstellationen Verbrecherisches bewirken. Besonders deutlich wird das am Prinzip der sozial ausgleichenden Gerechtigkeit.

Nachgetragen sei eine Passage aus jener Rede, die Göring am Mittag des 4. Oktober 1942, dem Erntedanksonntag, im Berliner Sportpalast für viele Zehnmillionen deutsche Rundfunkhörer in ganz Europa hielt. Es scheint mir als Quelle auch deshalb geeignet, weil meine 1923 geborene Mutter die

7 Dazu anregend das Kapitel »Von deutscher Erfindungskraft. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit«, in: Norbert Frei, 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 145–155.

Rede seinerzeit gehört hat und auf Befragen, worum es denn gegangen sei, im Jahr 2004 ohne Zögern antwortete: »Dass wir mehr zu essen bekommen und die Rationen zu Weihnachten erhöht werden; und die wurden dann auch erhöht.« Nach der im Deutschen Rundfunkarchiv verwahrten Tonaufnahme breitete Göring fast eine Stunde lang vor allem dieses vor seinen Volksgenossinnen und Volksgenossen aus: »Zuerst und vor allem in der Stillung des Hungers und der Ernährung kommt das deutsche Volk. [Beifall] Ich bin sehr dafür, dass die von uns in Obhut genommenen Gebiete und eroberten Gebiete, dass die Bevölkerung dort nicht Hunger leidet. Wenn aber durch Maßnahmen des Gegners Schwierigkeiten in der Ernährung auftreten, dann sollen es alle wissen: Wenn gehungert wird, in Deutschland auf keinen Fall. [Beifall] Von jetzt ab muss es unerschütterlich feststehen und festgehalten werden, dass der deutsche Arbeiter und der, der in Deutschland arbeitet, am besten ernährungsmäßig versorgt wird von allen.«⁸

Das systematische Auswerten solcher Quellen kritisiert Hans-Ulrich Wehler als »engstirnigen Materialismus« und erhebt den Vorwurf, der »Volksstaat« vernachlässige den »radikalisierten Antisemitismus«. Nun ist der Antisemitismus nicht Thema des Buches, vielmehr handelt es von dem Beziehungsdreieck Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Es beschäftigt sich mit dem Problem, warum sich die Deutschen immer wieder neu für die Nazipolitik mobilisieren ließen, obwohl sie in ihrer übergroßen Mehrheit keine aktiven Antisemiten gewesen sind, wie neben Ian Kershaw in seinem Hitler-Mythos auch Wehler in seiner Deutschen Gesellschaftsgeschichte zutreffend feststellt und was sich in den Feldpostbriefsammlungen der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte und im Brief- und Tagebucharchiv von Walter Kempowski leicht verifizieren lässt.⁹

Anders sieht die Sache aus, wenn man den aktiv-kämpferischen Antisemitismus weniger stark betont als den passiven. Als passiven Antisemitismus bezeichne ich eine schleichende Imprägnierung im Sinne einer besonderen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden. Das setzte die jahrhundertalte Distanz zwischen Juden und Christen voraus, jedoch nicht den massenhaften individuellen Judenhass, der angeblich so speziell deutsch gewesen sein soll.

8 Völkischer Beobachter vom 6.10.1942.

9 Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999, S. 278 ff.; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914–1949*, München 2003, S. 652f.

Wenn also die Integrationskraft des Nationalsozialismus nicht überwiegend auf der radikalisierten antisemitischen Ideologie beruhte, worauf gründete sie sich dann, und sei es nur im Sinne einer zweiten Säule? Wer sich für eine Antwort interessiert, sollte sich in der Analyse der nationalsozialistischen Judenpolitik den politischen Faktoren zuwenden, die Wehler auf jenen immerhin 300 Seiten seiner Gesellschaftsgeschichte, die von der NS-Zeit handeln, auslässt, weil er – gegen alle von ihm sonst mit Erfolg genutzten und im Fall des Nationalsozialismus verratenen sozialhistorischen Erkenntnismöglichkeiten – die »charismatische Herrschaft« Hitlers zum wichtigsten Integrationsfaktor erklärt.

Wie bislang fast alle Holocaust-Historiker will er nichts davon wissen, dass die staatlichen Zusatzeinnahmen aus der Arierisierung im Haushaltsjahr 1938/39 knapp zehn Prozent der laufenden Reichseinnahmen betrug. Da er sich, einer Mode entsprechend, lieber auf den gewiss kritikwürdigen Arierisierungsvorteil der Deutschen Bank kapriziert, entgeht ihm, wie wenig sich der deutsche Geldmarkt 1938 bereit fand, die ständig wachsende Flut der staatlichen Rüstungsanleihen aufzunehmen. Eben deshalb wurde ein erheblicher Teil des Vermögens, das die deutschen Juden im Sommer 1938 bei den Finanzämtern anmelden mussten, von 1939 an zwangsweise in Rüstungs- und Kriegsanleihen umgewandelt.

All das steht, auch wenn es mehrere Kritiker behaupten, weder bei Avram Barkai noch bei Frank Bajohr. Deshalb müssen deren Arbeiten ebenso wenig zitiert werden wie die knappen, für die im »Volksstaat« gestellten Fragen unergiebig und aus meiner Sicht ungenügenden Abschnitten zur Hauszinssteuer bei Karl-Christian Führer, bei Mark Spoerer zur Körperschaftsteuer oder die kriegswirtschaftlichen Bilanzen von Richard J. Overy.¹⁰ Ich halte die mit der negativen Zitierweise verbundenen rechthaberischen Fußnoten für vertane Zeit. Nur in seltenen Ausnahmen sind Anmerkungen wirklich notwendig, die mit Formeln beginnen wie »XY verkennt..., irrt..., bleibt grob unterkomplex...« Stattdessen nenne ich, das mag auch eine Frage des Alters sein, zunehmend nur solche Autoren, auf die ich mich positiv beziehen kann. Dazu gehört beispielsweise der niederländische Gelehrte

10 Karl-Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmarkt und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995; Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996; Richard J. Overy, »Blitzkriegswirtschaft«? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36(1988), S. 396–435.

A.J. van der Leeuw, der früh in die von mir weiterentwickelte Richtung dachte.

Ihn hätte Bajohr ruhig lesen sollen, statt in seiner Kritik zu behaupten, der Begriff Arisierung bezeichne »historisch wie im gegenwärtigen Sprachgebrauch der Historiker einen Besitztransfer zwischen ›Juden‹ und ›Ariern‹«. Das ist Unsinn, weil Göring den Enteignungsakt 1938 mehrfach so definierte: »Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab.« Wenn heutige Historiker den Begriff – nicht zuletzt unter dem Einfluss Bajohrs und Wehlers – ahistorisch gebrauchen und auf die unmittelbaren Vorteile von Privaten reduzieren, dann sollten sie das angesichts der Ergebnisse des »Volksstaats« rasch ändern.

Die Arisierung von Vermögen und Habseligkeiten der europäischen Juden gehört in die säkulare Kette der Eigentumsrevolutionen. Wer genau hinsieht, kommt nicht umhin, die innere Verwandtschaft von Bereicherungsbegriffen wie Arisierung, Polonisierung, Magyarisierung, Nationalisierung oder eben Sozialisierung zu erkennen: Ein Teil der Gesellschaft nimmt für sich das Recht in Anspruch, fremdes Eigentum zu verstaatlichen, begründet mit der Ideologie, ein zugleich homogener, großer und unterprivilegierter Teil des Volkes zu sein. Darin manifestiert sich das wesentliche Element der Gewaltgeschichte des vergangenen Jahrhunderts. Es wäre geschichtsblind, wenn Ebbinghaus wirklich meinen sollte, die sozialrevolutionäre Umwälzung der Eigentumsverhältnisse sei in der Vergangenheit nicht regelmäßig mit »allen erdenklichen Spielarten der Korruption« einhergegangen.

Was Bajohr betrifft, hätte er bereits aus dem von Christian Gerlach und mir verfassten Buch »Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945« (2002) lernen können, wie sehr der Begriff Arisierung mit der Vergesellschaftung von Raubgut verbunden war. Sofern er zu bedenken gibt, im »Volksstaat« bleibe die »zigtausendfache Liquidierung jüdischer Unternehmen« und die damit bewirkte Minderung des »Konkurrenzdrucks für den ›arischen‹ gewerblichen Mittelstand« unerwähnt, hat er Recht. Thematisch gehört sie dort nicht hin. Allerdings sind die grundlegenden Einsichten dazu in dem von Susanne Heim und mir verfassten Buch »Vordenker der Vernichtung« ausgiebig formuliert worden, lange bevor Bajohr dazu auch nur einen Satz geschrieben hat.

Seit dem Erscheinen des »Volksstaats« ist erwiesen, in welchem Ausmaß das Eigentum der europäischen Juden zu Gunsten der deutschen Mehrheitsbevölkerung verstaatlicht wurde. Wenn Wehler den offensichtlichen Massenraubmord als »sekundäre Folge«, als »schauerliche Geschichte« abtut

und empirisch ertragreiche Forschungen als »Hyperrealismus« und »anachronistischen Vulgärmaterialismus« zurückweist, dann ist ihm nicht zu helfen. Wildt entzieht sich dem Erkenntnisfortschritt abwechselnd mit den Verdikten »positivistisch« und »materialistisch«.

Zwischendrin erklärt Wehler, ich hätte Dinge herausgefunden, die »bisher noch kein Historiker gewagt und geschafft« habe; was die Quellen angehe, verfügte ich über »ein Midas-Händchen«. Aber warum haben sich so wenige an die systematische Ausplünderung Europas und an die materiellen Seiten der Judenverfolgung »gewagt«? Eben weil einflussreiche Leute wie Wehler solche Arbeitsvorhaben für irrelevant erklärten, Bajohr die Begriffe reduzierte, Wildt in der Nachfolge von Eberhard Jäckel die Weltanschauung als wichtigsten Schlüssel zur Erkenntnis präsentierte und andere mit extrem verengten Fragestellungen an Unternehmens- und Institutionsgeschichten arbeiten, die für das Verständnis der politischen Dynamik des nationalsozialistischen Deutschlands nachrangig sind. Wieder andere verharren in mal hart, mal weich präsentierten Stamokap-Erklärungen. Derart in den eigenen »Netzwerken« beschränkter Interpretation eingesponnen, kam niemand auf die einfache Idee, auch im Fall des Nationalsozialismus das Kernstück jedes modernen Staates, nämlich das Budget, zu untersuchen.

Erst so ließ sich erkennen, dass nicht nur die deutschen, sondern auch die europäischen Juden für den unmittelbaren Nutzen der Reichskasse enteignet wurden. So gesehen, wird der Holocaust zum Massenraubmord. Dafür bedurfte es selbstverständlich einer Propaganda, die die Juden als Parasiten, Verräter und Untermenschen brandmarkte. Umgekehrt basierte jedes alteuropäische Judenpogrom auf einem Gemisch religiösen Ressentiments und räuberischer Barbarei. In der im Vorherigen bereits erwähnten Erntedankkundgebung im Oktober 1942 redete auch Göring, nachdem er ausführlich zu »Herz und Magen« gesprochen hatte, kurz über die Juden, und das auf sehr aufschlussreiche Weise. Er wendete den bereits begonnenen, mit Stillschweigen übergangenen, zumindest schemenhaft bekannten Massenmord in eine Gefahr für den Fall der Niederlage: »Unsere Frauen würden dann eine Beute des wollüstigen, hasserfüllten Juden werden. Deutsches Volk, Du musst wissen, wird der Krieg verloren, bist Du vernichtet. Der Jude steht mit seinem unendlichen Hass hinter diesem Vernichtungsgedanken.«¹¹ Implizit enthielten diese Sätze den später von Himmler unter Ausschluss der Öffentlichkeit deutlicher formulierten Gedanken: Nachdem der deut-

¹¹ Wie Anm. 6.

sche Staat, nicht zuletzt zum Vorteil der Deutschen, mit dem Mord an den Juden begonnen hat, gibt es kein Zurück; das Vernichtungswerk muss beendet werden, schon um die Möglichkeit der Rache auszuschließen.

Der Antisemitismus gehört neben anderen Faktoren zum Bild der Nazi-Epoche. Doch kann die Historiographie einer Zeit, in der sich unvergleichlich starke Energien entluden und die von extrem überhöhter geschichtlicher Geschwindigkeit bestimmt war, nicht so betrieben werden, als gelte es ein Wachsfigurenkabinett zu beschreiben. Alle Beteiligten handelten fortgesetzt und reagierten aus unterschiedlichen, komplexen und wechselhaften Motiven ununterbrochen aufeinander. Deshalb ist es für die innere Stabilität des Jahres 1942 wenig interessant, wie die Deutschen zehn Jahre zuvor wählten. Die von Wehler behauptete konstante, allein ideologisch fundierte »freiwillige Loyalität« findet sich in den Quellen nicht, aber das Gegenstück bildet nicht das terroristisch erzwungene Sich-Fügen. Vielmehr musste die NS-Führung unter ständigem Schielen auf das innenpolitische Politbarometer sich immer wieder neu um eine gesellschaftliche Mehrheit bemühen.

Deshalb sind auch die Einwände unerheblich, die der britische Wirtschaftshistoriker J. Adam Tooze erhob und die andere Kritiker mit besonderer Vorliebe zitierten. In seiner Attacke spricht Tooze einzig und allein vom »blutigen Opfergang« der Deutschen. Über Geschmacksfragen muss hier nicht gestritten werden; seine auf die Fakten bezogenen Einwände richten sich auf die deutschen Kriegsschulden. Ich sage, die laufenden Einnahmen – wohlgemerkt: Einnahmen – für den außerordentlichen Kriegshaushalt des Reiches seien zu zwei Dritteln aus den Kontributionen der eroberten Länder, den konfiszierten Löhnen der Zwangsarbeiter und dem Eigentum der europäischen Juden bezahlt worden. Demgegenüber insistiert Tooze auf den (nach der Niederlage) faktisch fälligen Kriegsausgaben – wohlgemerkt: Ausgaben –, die zu rund 50 Prozent auf Kreditbasis finanziert wurden. So gerechnet, steigt der deutsche Anteil deutlich.

Was die Zahlen betrifft, besteht zwischen uns keine wesentliche Differenz. Allerdings kassiert Tooze stillschweigend die alte, auf deutsche Nachkriegsinteressen zurückgehende Behauptung von Richard J. Overy, der ausländische Anteil am deutschen Kriegskostenetat habe lediglich zwölf Prozent betragen. Doch sofern man die Erfolge des Stimmungspolitikers Hitler erklären und nicht historische Buchhalterei betreiben will, ist es falsch, die Reichsschuld einzubeziehen. Es ist für diese Frage gleichgültig, wie drastisch die Sparguthaben der Deutschen 1948 abgewertet wurden. Tooze gehört wie Buchheim zu den Historikern, die sich für ein Sammelsurium von Fak-

ten interessieren, aber sich schwer damit tun, politische Prozesse angemessen zu erfassen. Sie blicken vom Endergebnis her auf die deutsche Kriegswirtschaft und zählen. Die Zahlenreihen sind rechnerisch richtig und historiographisch redundant.

Ich frage dagegen, wie und mit welchen Mitteln es Hitler, seinen Ministern, Gauleitern und Beratern in den Jahren 1940, 41, 42, 43 gelang, die von allen Ecken her bedrohte innere Stabilität zu wahren. Damals wie heute interessieren sich die normalen Leute für die Staatsschulden nur am Rande, aber sie protestieren, sobald ihnen der Fiskus die Steuern um zehn oder gar 50 Prozent erhöht, ihnen wohl vertraute Sozialleistungen und Privilegien kürzt. Darauf kommt es in meiner Analyse an. Sie handelt vom spekulativen Zusammenspiel zwischen Volk und Führung und nicht von den nach der Niederlage fälligen Kriegskosten.¹²

Gegen Tooze lässt sich im Übrigen gut mit Wehler argumentieren. In seiner Gesellschaftsgeschichte steht: Die deutsche Politik sei seit 1939 »ohne jede verantwortungsbewusste Kalkulation auf die fixe Idee fixiert« gewesen, »später die Lasten auf die besiegten Staaten abwälzen zu können«.¹³ Genau deshalb spreche ich von den Reichsschulden unter der Kapitelüberschrift »Virtuelle Kriegsschulden«, schließlich erklärte die Staatsführung ihrem Volk immer wieder: Die Kriegskredite seien durch das »gewaltige Sachvermögen« gedeckt, das in Osteuropa erobert worden sei.

Nach meiner Erwiderung auf seine Kritik argumentierte Tooze im Gegenzug, gestützt auf Hitlers Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, man könne mit Staatskrediten die Belastung der Schuldenmacher im Krieg nicht »verzögern«. Prima vista erscheint das plausibel. Anders als ein privater Schuldenmacher, der etwa ein Auto auf Kredit kauft, muss der Krieg führende Staat für seinen auf Schuldenbasis finanzierten Militärkonsum den Zivilkonsum einschränken. Doch wenn Tooze den »Volksstaat« wirklich gelesen hätte, dann hätte er insoweit einiges lernen können. In dem Maße nämlich wie deutsche Soldaten den Kaufkraftüberhang aus dem Inland im besetzten Ausland verkonsumierten und tonnenweise Güter aus Europa nach Deutschland transferierten, ließen sich die Härten des Krieges deutlich mildern. Dasselbe gilt für die Hinterlassenschaften der enteigneten und ermordeten Juden, der deportierten Polen und Franzosen.

12 Auch Buchheim ist nicht in der Lage zwischen laufenden Kriegseinnahmen, auf die ich mich beziehe, und Kriegskosten zu unterscheiden.

13 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 927.

Die typische Soldatenpost aus Paris endet eben so: »Ich will nun schließen mit dem Wunsch, dass es Euch allen gut geht und dass in dem nächsten Brief wieder Geld liegt!« Was der Empfänger mit dem Geld anstellte, erschließt sich aus fast jedem Brief: »Heute bin ich dazu gekommen, das Paket abzuschicken. Was drin ist, habe ich Euch ja schon geschrieben. Dann habe ich heute noch ein Paket fertig gemacht, in dem sind 3,50 m Stoff, der Meter für 8,20, das sind 28,70 RM. Dann habe ich hier für Karl einen Füllhalter mit Goldfeder für 14,40 RM, eine Krawatte für 1,25 RM, Gummiband für 75 [Pf], Kamm und Zahnpaste zusammen 80 Pf. Das sind zusammen 45,90 RM. Dann habe ich mir ein paar Handschuhe gekauft für 14,00 RM. Sie sind aus Leder und mit Wolle gefüttert.«¹⁴

Der junge Soldat berichtet, er habe an einem Tag 59,90 Reichsmark ausgegeben. Der Monatslohn eines deutschen Arbeiters betrug damals im Durchschnitt knapp 200 Reichsmark brutto. Der Soldat hatte also an einem Tag den in Deutschland entstandenen kriegsbedingten monatlichen Kaufkraftüberhang seiner Eltern im Ausland in Waren umgesetzt und nach Hause gesandt. Weil die von den Familien nachgeschickten Reichsmarkbeträge, nachdem sie bei den Feldkassen umgetauscht worden waren, in den Reichshaushalt gelangten, entstanden erhebliche Zusatzeinnahmen für das Reich, während die Soldaten in der eingetauschten jeweiligen Landeswährung ihre Einkäufe machten.

Darin bestand das Ziel von Görings Schlep- und Feldpostpäckchen-erlass im Oktober 1940, das der allein auf die deutsche Binnenwirtschaft fixierte Toozee genauso wenig erkennt wie Overy. Beide behandeln die volkswirtschaftlichen Daten im Deutschland des Zweiten Weltkriegs so, als ginge es um eine mehr oder weniger normale, nicht jedoch um eine auf kollektiven Raub gegründete Volkswirtschaft.

Um die Realitäten der deutschen Kriegsgesellschaft zu beschreiben, ist es sinnlos, wenn Overy allein auf die nominelle Zuteilung der Kleidermarken rekurriert und Buchheim sich darauf beruft. Die Kleiderkarte bestand aus 100 Punkten pro Jahr und dafür waren ein Paar Schuhe und ein Kleid zu haben. Doch schickten die im »Volksstaat« zitierten Soldaten oft ein Vielfaches der Jahreszuteilung an ihre Lieben. Anhand der Einzelhandelsstatistik

¹⁴ Brief des Panzersoldaten Hermann P. vom 24.1.1942; Feldpostbriefe von Hermann Pflüger, Panzersoldat aus Dransfeld, vermisst in Stalingrad, im Familiendruck ediert von Albert Pflüger, Frankfurt a.M. 2000. In dem schon genannten zweibändigen Werk »Die deutsche Gesellschaft 1939 bis 1945« vermeidet Katrin A. Kilian, die Autorin des den Feldpostbriefen gewidmeten Kapitels, jeden Hinweis auf derartige, massenhaft vorhandene Briefe. (Wie Anm. 6)

rechnet Overy aus, der Index des realen Pro-Kopf-Konsums sei in Deutschland von 1938 bis 1944 um 30 Punkte, in Großbritannien jedoch nur um 12 Punkte gefallen. Mag sein, doch ein einziger Heimatbesuch eines schwer gepackten Wehrmachtssoldaten, eine Serie von Feldpostpäckchen von der Front in die Heimat, das staatliche Verschern eines arisierten Hausstandes glich diese Differenz für mehrere Wochen aus oder stellte deutsche Soldaten und deren Familien sogar besser als im Frieden. Solche Faktoren sind in der offiziellen Statistik nicht erfasst worden.

Es kommt darauf an, den extrem räuberischen Mechanismus, den kleptokratischen Charakter der nationalsozialistischen Volkswirtschaft offen zu legen. Erst damit gewinnt man den historischen Schlüssel, wie sich – auf der Basis von Massenmord, staatlich organisiertem Raub und Terror – gleichzeitig die Staatseinnahmen, der binnendeutsche Konsum und die öffentliche Meinung stabilisieren ließen.

Kein einziges der bei Overy genannten Konsumdaten stimmt mit der Lebenswirklichkeit der NS-Raubgesellschaft überein.¹⁵ Daher sind alle Einwände gegenstandslos, die sich auf diese Arbeit stützen. Dasselbe gilt für Christoph Buchheim, der den möglichen Ertrag des in der gesamten kritischen Literatur bislang übersehenen Schlepperlasses mit einem spekulativen Gedankenexperiment klein rechnen will. Weil Overy, Tooze, Buchheim und auch Mark Spoerer sich für ihre Zahlen, nicht jedoch für den realen Lebensstandard der deutschen Raubgemeinschaft interessieren, verdunkeln ihre Statistiken die deutschen Lebensverhältnisse im Krieg, anstatt sie zu erhellen.

Wie wenig manche Historiker mit der stimmungspolitischen Praxis des NS-Staates anzufangen wissen, zeigt sich an einem typischen Einwand von Buchheim. Er schreibt, es überrasche ihn sehr, wenn in der im »Volksstaat« abgedruckten »Tabelle über die Einnahmen aus dem besetzten und abhängigen Ausland auch die Schweiz auftaucht«. Dagegen hält er das Argument, die Schweiz habe 1952 als einziges Land überhaupt »erhebliche Rückzahlungen durchsetzen können«. Gewiss, aber doch nur deshalb, weil Deutschland den Krieg verloren hat. Aus der Perspektive der Jahre 1939 bis 1944 waren die Clearingkredite der Schweiz definitive Einnahmen. Sie entlasteten die deutsche Bevölkerung während des Krieges real und halfen deshalb, die Stimmung zu stabilisieren. Gelegentlich des Transfers von Gold in schweizerische Tresore bemerkte ein enger Mitarbeiter Görings 1942 entspannt: »Im Notfall kann auf die schweizerischen Bestände für Zwecke des Reiches

¹⁵ Overy, »Blitzkriegswirtschaft« (wie Anm. 10).

verhältnismäßig leicht zurückgegriffen werden.«¹⁶ Warum sollten die deutschen Finanzfachleute im Hinblick auf die Kriegskredite, die die Schweiz in ihrer misslichen geografischen Lage dem Reich einräumen musste, anders gedacht haben? Jedenfalls verbuchten sie die Schweizer Kredite als »Leistung des Auslands« an das Reich.

Mehrere Kritiker schreiben, viele meiner Erkenntnisse seien »unter Historikern seit langem bekannt«. Nicht diese, so fährt zum Beispiel Ralf Banken fort, sondern die »öffentlich-medialen Debatten« hätten den Blick immer wieder einseitig auf die Konzerne gelenkt und damit die allgemeine Wahrnehmung der NS-Geschichte verzerrt. An solchen Sätzen stimmt nichts. Historiker schrieben und schreiben in erheblicher Zahl über die Beteiligung von Unternehmen an den schmutzigen Geschäften des NS-Staats, sofern es das Label noch gibt. So lässt sich das Böse isolieren, mit Namen, Anschrift und Kontonummer versehen und vielleicht das eigene Weltbild im Lot halten. Geschichte erklärt sich so nicht.

Beispielsweise verfasste der Kritiker Johannes Bähr eine Studie über den Goldhandel der Dresdner Bank. Dabei ging es um einige Tonnen deutschen Beutegoldes, das die Bank in die neutrale Türkei transferierte, damit dort – im Auftrag des Reiches und nachdem der Gegenwert des Goldes zuvor an den Reichshaushalt abgeführt worden war – kriegswichtige Güter eingekauft werden konnten. Von den rund 60 Tonnen Beutegold und den vielen Millionen – ebenfalls geraubten – Schweizer Franken, die das Deutsche Reich während des Krieges dem verbündeten Rumänien zugestehen musste, will Bähr nichts wissen. Dasselbe gilt für den wissenschaftlichen Fachberater des Projekts, Christoph Buchheim. Desgleichen ignorieren beide jene zwölf Tonnen Gold, die den wohlhabenden Juden von Saloniki geraubt und die später um acht Tonnen – anderswo erbeuteten – Goldes aus dem Depot der Reichsbank aufgestockt wurden, um damit die für die Wehrmacht wichtigen Papierdrachmen zu kaufen und die Notenpresse zu schonen. Insgesamt handelt es sich also um mindestens 80 Tonnen, die im besetzten Griechenland und im verbündeten Rumänien zum Vorteil der deutschen Volksgemeinschaft eingesetzt wurden – sei es für den Kauf von Lebensmitteln, Rohstoffen, für den Betrieb von Lazaretten, für den Sold deutscher Soldaten oder für andere Kriegszwecke.

Solche Forschungen folgen einer Frage, nicht dem warmen Strom der Drittmittel aus den Etats derjenigen Unternehmen, die infolge ihrer NS-

16 Vierjahresplan-Behörde (Gramsch) an den Dt. Devisenkommissar in Frankreich (Michel), 15.9.1942, Archiv National (Paris) AJ 40/1012/1, Bl. 311.

Vergangenheit Imageeinbußen befürchten. »Hitlers Volksstaat« steht gut da, vergleicht man die wissenschaftlichen Erträge mit den Ergebnissen, die die Forschungen zu den Goldgeschäften erbrachten, die von der Deutschen und der Dresdner Bank im staatlichen Auftrag während des Zweiten Weltkriegs mit der Türkei getätigt wurden. Jedes der beiden Geldinstitute transferierte etwa fünf Tonnen Gold nach Istanbul. Bähr und andere widmen sich mit Fleiß der Banalität, dass eine Bank für ihre Dienste Geld nimmt und, falls das Geschäft gelingt, auch Profit macht.

Die Ergebnisse der Studien sind für sich genommen nicht falsch, aber ihre Relevanz im Hinblick auf den Goldraub des NS-Staat steht zu meinen Ergebnissen im Verhältnis von 10 zu 80, wählt man die Goldquantitäten als Maßstab. Nimmt man die Gewinne in den Blick, folgt man also der im »Volksstaat« zentralen Frage, wer eigentlich der Hauptnutznießler solcher Goldgeschäfte war, dann ergibt sich ein Relevanzfaktor von 1 zu 100: Während die beiden Banken zusammen an den Türkei-Transaktionen rund 2,5 Millionen Reichsmark verdienten, kamen den deutschen Steuerzahlern allein aus den Raubgoldlieferungen an Rumänien, Griechenland und der Türkei mehr als eine viertel Milliarde Reichsmark zugute.¹⁷

Im »Volksstaat« werden die Dimensionen zurechtgerückt. Deshalb finden sich auf gut 40 Seiten erstmals Angaben zu jenen Goldtransaktionen, die nach dem Willen des Diktators zum materiellen Nutzen der Mehrheitsdeutschen eingesetzt wurden, hinsichtlich der laufenden Steuerlasten und auch, um »Getreidelieferungen durch Goldhergabe [zu] bezahlen«.

Wo es um die eigene Arbeit geht, weichen Bähr und Buchheim aus. Stattdessen verlegen sie sich auf das Allgemeine, und Bähr behauptet: »Alys Modell steht und fällt mit der Frage, ob sich der Lebensstandard der deutschen ›Normalverbraucher‹ durch die nationalsozialistische Herrschaft signifikant verbessert hat.« Als Maßstab gilt das ökonomisch beste Jahr der Weimarer Republik, das Jahr 1928/29. Hachtmann erfindet, im »Volksstaat« werde gesagt, man könne das Wohlergehen der deutschen Arbeiter daran ablesen, dass »die Gesamtheit der Arbeitseinkommen« 1938 das Niveau von 1929 überstiegen habe. Stattdessen heißt es bei mir: »Löhne und Renten stagnierten auf dem tiefen Niveau der Weltwirtschaftskrise. 1928, im besten Jahr der Weimarer Republik, hatte sich die Gesamtheit aller Arbeitseinkommen auf 42,6 Milliarden Reichsmark addiert, 1935 betrug sie 31,8 Milliarden.

17 Dazu gehören natürlich auch die Erträge aus den Goldtransaktionen in Istanbul, geschmälert um den Gewinn, den die beteiligten Geschäftsbanken dabei erzielten.

Erst drei Jahre später stieg die Lohnsumme auf jene Höhe, die sie zehn Jahre zuvor erreicht hatte. Die Stundenlöhne, Gehälter, Renten und Pensionen lagen noch immer deutlich darunter. Gemessen an der verkauften Menge blieben die Erlöse der Landwirtschaft bis 1945 erheblich unter dem Ergebnis von 1928/29.« Dann folgt die These: »Doch genügte das Gefühl von ökonomischer Erholung und autoritärer Entschlossenheit, um die Loyalität der großen Mehrheit für den nationalsozialistischen Staat zu wahren.« (S. 49)

Für eine Politik, die eine stets prekäre Massenlaune im positiven Bereich halten will, ist es bis heute gleichgültig, ob etwa ein Anstieg der Sozialleistungen oder Löhne im langfristigen Trend ein absolutes Plus bedeutet oder nur ein relatives. Wenn sich zum Beispiel in Deutschland vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2009 die Renten um nur fünf Prozent steigern ließen und dafür – wie das unter Hitler dank des Millionenheers der sozialversicherungspflichtigen und de facto nicht leistungsberechtigten Zwangsarbeiter der Fall war – die Abgabenlast der deutschen Arbeitnehmer nicht erhöht werden müsste, würde ein solches Kunststück die Wahlchancen der Regierungsparteien deutlich steigern. Der faktisch richtige Einwand, ein solcher Rentenbonus gleiche den realen Kaufkraftverlust deutscher Seniorenhaushalte zwischen 1995 und 2008 nicht annähernd aus, würde den politischen Effekt – und darum ging es der nazistischen Gefälligkeitsdiktatur – nicht im Geringsten schmälern.

Deshalb ist es wirklichkeitsfremd, wenn Winfried Süß den Abschnitt des »Volksstaats«, der von der demonstrativen Rentenerhöhung im November 1941 handelt, mit dem Hinweis auf die unstrittige Tatsache widerlegen will, sie hätte »nur einen Teil dieser Kürzungen« korrigiert und sei im Übrigen auch wegen des »kriegsbedingten Anstiegs der Lebenshaltungskosten« für das Regime ratsam gewesen. Geschichtslere Statistik ersetzt auch hier die Analyse politischer Prozesse. Wobei auch Süß zu den – in den eigenen Interpretationsmustern gefangenen – Kritikern gehört, die nicht lesen wollen. So als hätte er dort abgeschrieben, heißt es im »Volksstaat« zur Rentenerhöhung von 15 Prozent im November 1941: »Das glich zum einen den geringfügigen Anstieg der Lebenshaltungskosten im Krieg aus und korrigierte zum anderen die Kürzungen aus der Notverordnungszeit 1930/32, ohne sie vollständig auszugleichen.« (S. 71)

Interessant ist, womit sich der Kritiker mit keinem Wort befasst: die großzügigere Bemessung der Anwartschaften für die Renten und die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Rentner im Jahr 1941. Der Grund dafür ist schnell gefunden, denn Süß verbreitete in einem jüngst erschienen Lexikonartikel zum Stichwort Sozialpolitik, »nur wenige ausgewählte Be-

völkerungsgruppen ... profitierten von der Sozialpolitik des Dritten Reiches.« Begriffe wie Kindergeld, Ehegattensplitting, Steuerklassen und Steuern überhaupt sind insoweit nicht nur ihm, sondern dem gesamten Lexikon fremd, an dem sich mehrere meiner Kritiker beteiligten.¹⁸

Nimmt man Rüdiger Hachtmanns Studie »Industriearbeit im »Dritten Reich«¹⁹ zur Hand, dann fällt zunächst auf, wie ausführlich er von jenen steuerlichen Lasten spricht, die deutsche Arbeiter angeblich tragen mussten. Mit keinem Wort erwähnt er, dass seit Dezember 1940 jegliches Einkommen, das aus den Zuschlägen für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit herrührte, von Steuern und Sozialabgaben freigestellt war. Damit stiegen die Löhne deutlich, zumal anderenfalls auch die Steuer- und Sozialabgabenanteile des Grundlohns einer stärkeren Progression unterworfen worden wären.

Nicht einmal in seiner Kritik bemerkt Hachtmann den für ein Standardwerk zur Lohnpolitik des Nationalsozialismus bemerkenswerten blinden Fleck seiner früheren Quellenstudien. Es fehlt ihm die Souveränität, den Erkenntnisgewinn dort anzumerken, wo er von »den interessanten Ergebnissen der Arbeit Alys« spricht. Mehr noch: Hachtmanns Statistiken für die Lohnentwicklung während des Krieges sind, wie sich aus einer kleinen Fußnote erschließt, wenig aussagekräftig. Seine Angaben zur durchschnittlichen Lohnhöhe schließen nämlich seit 1940 »ausländische Zivilarbeiter« ein. Wenn auch offenbar die späteren Ostarbeiter nicht dazu gezählt wurden, so doch die zwangsdeportierten und die zum Teil auch auf freiwilliger Basis angeworbenen Industriearbeiter aus Polen, Westeuropa und dem Protektorat Böhmen und Mähren. Da diese deutlich schlechter bezahlt wurden als ihre deutschen Kollegen, verzerrt das Einbeziehen ihrer Löhne die allgemeine Lohnstatistik massiv. Ferner integrierte das Statistische Reichsamt vom Dezember 1940 an die so bezeichneten eingegliederten Ostgebiete und damit etwa zwei Millionen dort sesshafte polnische Arbeitskräfte in die amtliche, von Hachtmann insoweit unkritisch übernommene Lohnstatistik. Da diese Arbeitskräfte ebenfalls deutlich geringere Löhne erhielten, entsteht ein grob verfälschtes Bild vom tatsächlichen Verdienst eines reichsdeutschen Arbeiters. Mit zu kalkulieren wäre auch, in welchem beachtlichen Ausmaß das in den annektierten Landesteilen Österreich,²⁰ Sudetenland, Oberschlesien und Westpolen deutlich niedrige-

18 Axel Schildt (Hg.), *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon*, München 2005.

19 Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im »Dritten Reich«*. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989.

20 Emmerich Tálos, *Sozialpolitik 1938 bis 1945*, in: Derselbe u. a. (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, Wien 1988, S. 115–140.

re Lohnniveau den Durchschnittslohn jener reichsdeutschen Arbeiter in der Reichsstatistik nach unten drückte, die in den Grenzen von 1937 wohnten.²¹

Wie sehr Hachtmann Opfer seiner eigenen, im »Volksstaat« in Zweifel gezogenen Prämissen wird, zeigt sich daran, mit welchem akribischen Aufwand er die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten in der Zeit des Nationalsozialismus quellenkritisch auseinander nimmt. Sie belief sich nach einer von ihm benutzten Statistik offiziell auf stolze 18 Prozent. Er korrigiert sie – sicherlich zu Recht – auf neun Prozent. Das bleibt, gemessen an den Lohnverhältnissen der Zeit, noch immer eine erhebliche indirekte Lohnerhöhung. Was er auf der einen Seite im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten an Quellenkritik leistet, spart er auf der Seite der Lohnentwicklung ein. Vermutlich weil ihm die infolge von Zwangsarbeit, mehr oder weniger freiwilliger Ausländerarbeit und riesiger Gebietsannexionen abgeflachte Bruttolohnkurve ins Konzept passt.

Dennoch weist seine Statistik der Bruttostundenverdienste in einigen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie zwischen 1936 und 1941 massiv nach oben. Auch hier bringt der Rekurs auf das Lohnniveau von 1928 für die Frage nach der relativen Zufriedenheit der Arbeiter nichts. Immerhin stieg selbst nach Hachtmanns Angaben, die im Hinblick auf den reichsdeutschen Durchschnittsarbeiter jedenfalls nach oben korrigiert werden müssten, der wöchentliche Arbeitsverdienst eines Arbeiters zwischen 1934 und 1944 um 30 Prozent. Nimmt man die Senkung der Lebenshaltungskosten dazu, dann sind es an die 40 Prozent.²²

Ferner verzichtet Hachtmann darauf, die Auswirkungen der familienfreundlichen Steuerreform von 1934 zu untersuchen. Neben den zweifellos vorhandenen Motiven der deutschen Führung, die Zahl der Geburten zu stimulieren und einem Teil der weiblichen Arbeitskräfte das Dasein als Mütter und

21 Hachtmann, *Industriearbeit* (wie Anm. 19), S. 108, Anm. zu Tabelle 6. Dort heißt es ohne jede Spezifizierung und Konsequenz für die weiteren Berechnungen: »Seit März 1939 einschließlich Österreich, seit Dez. 1941 einschließlich Sudetenland und der eingegliederten Ostgebiete. Bis 1939 nur Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit, seit 1940 einschließlich ausländischer Zivilarbeiter ohne ›Ostarbeiter‹.«

22 Ebd., S. 127, 159. Möglicherweise gestaltete sich das tatsächliche Verhältnis von Wochenlohn und Lebenshaltungskosten zwischen 1933 und 1944 sogar ungünstiger als bei Hachtmann angegeben. Doch ändert das nichts am relativen, gleichsam gefühlten Aufschwung. Nach den von Hachtmann nicht zitierten Angaben in der Geheim-Broschüre »Finanz- und wirtschaftsstatistische Zahlen. Stand vom 31. Mai 1944« (S. 15) entwickelte sich der Lebenshaltungskostenindex, das Jahr 1913/14 = 100 gesetzt, wie folgt: 151,7 (1928), 118,0 (1933), 126,2 (1939), 138 (1943). (BA R 2/24250.)

Hausfrauen schmackhaft zu machen, wäre zunächst einmal festzustellen, wie viel mehr ein Familienvater infolge dieser Steuerreform in der Lohntüte hatte. Das ist keine Marginalie – schließlich bildete die Ehe mit Kindern die vorherrschende Lebensform. Hachtmann hätte Aussagen zum Nettolohn zu treffen, den ein von Statistikern so bezeichneter Eckarbeiter in den Reichsgrenzen von 1937 mit zwei bis drei Kindern in den Jahren 1934 bis 1945 bezog. Immerhin war der Lohnsteuerabzug für einen ledigen, kinderlosen Metallarbeiter mit einem Monatsverdienst von 230 Reichsmark seit der Finanzreform von 1934 doppelt so hoch wie der eines verheirateten Arbeiters mit einem Kind.

Dazu wären die Sozialleistungen zu rechnen, die eine solche Familie im Krieg bezog. Ausweislich des Reichshaushalts stiegen diese Transferzahlungen zwischen 1939 und 1942 von 250 Millionen auf eine Milliarde Reichsmark. Folglich musste zum Beispiel eine fränkische Pfarrersfamilie mit acht Kindern die jüngeren im Sommer 1945 vom Gymnasium nehmen, da sie wegen des Stopps der Kindergeldzahlungen das Schulgeld nicht länger aufbringen konnte.²³ Gemessen an solchen Erfordernissen sind die Ergebnisse, die Hachtmann präsentiert, methodisch mangelhaft und für die Fragestellung des »Volksstaats« unbrauchbar.

Das Ausrauben besetzter Länder, so meint Thomas Kuczynski, sei seit dem Dreißigjährigen Krieg üblich und der Unterschied der nazistischen Kriegsführung zu sonstigen Kriegsbräuchen »nicht so groß«. Wildt argumentiert in seiner, wie er es nennt, »epistemologischen Neugier« ähnlich, wenn er einwendet, Soldaten hätten schon immer »gestohlen, geraubt, Beute gemacht und requiriert«. Es mag sich zwar dem ideologisch gusseisernen Abrakadabra dieser Kritiker entziehen, doch hätten sich die alliierten Besatzungsarmeen 1945 nur annähernd so verhalten wie die Deutschen zuvor, wäre von den Besiegten nicht viel übrig geblieben. Als ehemaliger DDR-Bürger dürfte Kuczynski wissen, dass es in diesem Teil Deutschlands mit erheblichem Missfallen gesehen wurde, wenn sowjetische Offiziere und deren Gattinnen sich dort mit Konsumartikeln aller Art eindeckten, von dem massenhaften polnischen Besuch in den Ostberliner Kaufhäusern und -hallen während der DDR-Endphase nicht zu reden. Allerdings blieb es den Mannschaftsgraden der sowjetischen Besatzungsarmee strikt untersagt solche Einkaufstouren zu unternehmen, und das war für die DDR-Mangelwirtschaft entscheidend.

Kuczynskis zweite kritische Anmerkung richtet sich gegen die von mir genannte Faustregel zur Umrechnung damaliger Reichsmarkbeträge in heutige

23 Mitteilung von Martin Schmidt, Hamburg, vom 4.5.2005.

Euro nach einem Kurs 1:10. Stattdessen schlägt er 1:5 vor. Allerdings verrät er in seiner Kritik nicht, was er selbst in einer früheren Studie zu den Entschädigungsansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter schrieb. Dort kalkulierte er die deutschen Löhne des Jahres 1999 im Vergleich zu denen der Jahre 1940–44 (in Euro ausgedrückt) auf das Elffache.²⁴ Ähnliches gilt für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Das bedeutet jedoch keinen um das Elffache höheren Lebensstandard. Dieser Binsenweisheit lässt sich leicht zustimmen, und deshalb wählte Kuczynski in der genannten Arbeit einen niedrigeren Multiplikator.

Im »Volksstaat« geht es jedoch nicht um Restitution, sondern um das Veranschaulichen geschichtlicher Differenzen und Größenordnungen: Ein durchschnittlicher deutscher Arbeiter verdiente damals eben nicht mehr als 200 Reichsmark brutto im Monat; die Reichseinnahmen betragen im Haushaltsjahr 1938/39 17 Milliarden Reichsmark, dem entsprechend machte das 1938 erfasste und später verstaatlichte Vermögen der Juden von knapp acht Milliarden Reichsmark fast die Hälfte der Jahreseinnahmen des letzten deutschen Friedenshaushaltes aus – heute betragen die jährlichen Bundeseinnahmen gut 200 Milliarden Euro. Um solche Unterschiede ungefähr in heutige Geldgrößen zu transponieren, ist die Faustregel richtig, nach der eine Reichsmark etwa zehn Euro in der Gegenwart entspricht.

Die Annahme Kuczynskis, nach der »Zwangsarbeitskräfte faktisch die gleichen Lohnsteuern wie deutsche Arbeitskräfte« gezahlt hätten, ist aus der Luft gegriffen. Wie im »Volksstaat« am Beispiel des Zwangsarbeiters Ernst Samuel bei Daimler-Benz gezeigt wurde, verdiente er stattliche 234 Reichsmark im Monat. Aber davon hatte er 108 Reichsmark an Steuern und Sozialversicherung abzuführen – mehr als das Dreifache dessen, was ein arischer verheirateter Kollege mit einem Kind zu entrichten hatte. Der Lohnsteuertarif für sich genommen lag mehr als doppelt so hoch. Die mit den Steuer- und Sozialabgaben abgeführte zusätzliche 15-prozentige »Sozialausgleichs-abgabe«, die Zwangsarbeiter wie zivile polnische Arbeitskräfte im annektierten Teil Polens entrichten mussten, floss offensichtlich in die deutschen Sozialkassen. Nur so lässt sich erklären, warum der Reichszuschuss für die sozialen Sicherungssysteme im Jahr 1941 um 42 Prozent stieg und im Jahr 1942 um 31 Prozent fiel. Das wurde erreicht, obwohl Ende 1941 die Renten um 15 Prozent erhöht, die Rentner in die Krankenkassen aufgenommen, nicht jedoch die Sozialabgaben erhöht worden waren, und der Krieg

²⁴ Thomas Kuczynski, *Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte*, Berlin 2004, S. 131 ff.

die Kassen zusätzlich belastete. Es ist kein Widerspruch, wenn das erst im Haushalt 1942 ausgewiesen ist, offensichtlich wurden die staatlichen Zusatzeinkünfte bis dahin anders verbucht.

Auch im Falle Kuczynskis gibt es einen Grund, warum er sich so massiv gegen den von mir vorgenommenen Perspektivwechsel von der Elite zum Volk wehrt. Er findet sich in seinem Buch »Brosamen vom Herrentisch«, das aus einem Gutachten entstand, das er 1999 zur Zwangsarbeiterentschädigung schrieb, und zwar im Auftrag der Bremer Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Darin geht Kuczynski, wie schon erörtert, von der zu niedrig gegriffenen Annahme aus, den Zwangsarbeitern seien lediglich »im Schnitt 25 % an überhöhten Steuern und Abgaben abgezogen« worden. Das waren, wie er am Beispiel eines Daimler-Benz-Arbeiters vorrechnet, 474,96 Reichsmark, die an die deutschen Staats- und Sozialversicherungskassen flossen. Der verbleibende Jahresnettolohn betrug durchschnittlich 1424,88 Reichsmark. Gemessen an einem arischen Arbeiter zahlte der Betrieb nach Kuczynskis plausibler Rechnung einem Zwangsarbeiter 942,36 Reichsmark weniger Bruttolohn. Demnach flossen nach Kuczynski angeblich zwei Drittel des Ertrags aus der Zwangsarbeiterausbeutung ins Portefeuille der Kapitalisten und ein Drittel (474,96 Reichsmark) wurde zugunsten der Staatskasse und damit zugunsten der deutschen Steuerzahler sozialisiert.²⁵

Obwohl die Rechnung in sich stimmt, ist sie falsch, weil Kuczynski die Fiktion bedient, sein Musterzwangsarbeiter habe über seinen Nettolohn (abzüglich einem Betrag für Essen und Unterkunft) einigermaßen frei verfügen können. Tatsächlich hatten sowohl die freiwillig wie die zwangsweise eingesetzten ausländischen Arbeiter einen möglichst großen Teil ihrer Löhne an ihre Familien im Ausland zu überweisen. Bei dieser Gelegenheit vereinnahmte eine Deutsche Verrechnungskasse genannte Abteilung der Reichsbank die überwiesenen Beträge und verwandelte die Milliardensummen in Kriegsanleihen des Deutschen Reiches oder überwies sie – was faktisch keinen Unterschied bedeutete – direkt an die Reichskasse. Den Familien der ausländischen Arbeiter wurden sie entweder überhaupt nicht oder aus den Besat-

²⁵ Kuczynski, *Brosamen* (wie Anm. 24), S. 131 ff. Rätselhaft bleibt, warum Kuczynski nicht die frühe Dokumentation von Karl Heinz Roth, einem der Auftraggeber seines Gutachtens, beizog. Dort ist der Staatsraub auf dem Weg des angeblichen Lohntransfers immerhin genannt, wenn auch falsch gewichtet. Karl Heinz Roth, *Dreifache Ausbeutung der Fremdarbeiter: Eine Dokumentation über Ökonomie und Politik des Lohntransfers in der »europäischen Großraumwirtschaft« 1940–1944*, in: *Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik* 1(1985), H. 7/8, S. 69–100.

zungskostenhaushalten der jeweiligen Länder ausbezahlt.²⁶ Mit diesem Trick sicherte sich das Reich den Löwenanteil an den Einnahmen aus der Zwangsarbeit. Rechnet man im Licht dieser Tatsache noch einmal nach, wer die Nutznießer der Zwangsarbeit waren, vereinnahmte der deutsche Staat – selbst dann, wenn man die in mancher Hinsicht schönfärberischen Prämissen Kuczynskis akzeptiert – deutlich mehr als das private Kapital. Damit sind die Gesamtzahlen, die Kuczynski für die Exploitation der Fremdarbeiter angibt, definitiv falsch. Sie sind deutlich zu niedrig. Ebenso falsch ist seine Aufschlüsselung der Gewinne, die einerseits der Staat und andererseits das Kapital daraus zogen. Die im »Volkstaat« gewonnenen Einsichten zum gemeinnützigen Staatsraub an den Zwangsarbeitern entziehen dem Gutachten Kuczynskis die Grundlage. Seine wüste Polemik (»Schmarren«) fällt auf ihn zurück.

Eine offene Forschungsfrage berührt Buchheim mit der Bemerkung, meine »Addition eines großen Teils der Allgemeinen Verwaltungseinnahmen« führe »zu erheblichen Doppelzählungen«. Zu den Allgemeinen Verwaltungseinnahmen zählte auch das Unterschlagen der Lohnüberweisungen ins Ausland, da sie, sofern dann doch aus den Besatzungskostenhaushalten bezahlt wurde, zweimal gebucht wurden. Ich habe das Problem aber nicht unerwähnt gelassen, wie Buchheim suggeriert, sondern es diskutiert und ausdrücklich geschrieben: »Für einige Milliarden Reichsmark enthält die Bilanz des Raubes Doppelbuchungen, die auf die zeitgenössischen Haushaltsrechnungen zurückgehen.« (S. 323 f.)

Diesen mit Gewissheit zu viel kalkulierten Milliarden stehen jedoch Beträge gegenüber, die ich »mangels statistischer Grundlage« nicht in die Kalkulation der externen Einnahmen einbeziehe. Dazu gehören der Teil des Steueraufkommens, den deutsche Unternehmen und Unternehmer zu entrichten hatten, die aus dem Produktionsfaktor Zwangsarbeit herrührten, auf geraubten Fabriken, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Ich unterstelle, kann es jedoch nicht beweisen, dass sich die insgesamt gesehen geringfügigen Doppelbuchungen damit ausgleichen und sage dann: »Darüber und über Einwände gegen einzelne der vorstehenden Zahlen und Annahmen lässt sich diskutieren.« Die detaillierte Rekonstruktion des Kriegshaushaltes des Deutschen Reiches steht noch aus, aber vermutlich wird eine solche Untersuchung das von mir gewonnene Bild eher schärfer konturieren als abschwächen.

Gefreut hat mich der Vorwurf, den Wehler gegen mein Gesamtwerk erhob. Alys »Interpretation des Massenmords schwankt freilich«, meint er im

²⁶ Aly, Volksstaat, S. 181–190. Im Fall der verbündeten Länder wurde genauso verfahren. Dort waren die im Reich vorenthaltenen Löhne aus dem Kriegskostenbeitrag zu ersetzen.

Hinblick auf andere von mir (mit)verfasste Bücher. Wir arbeiten eben nach verschiedenen Prinzipien. In der Tat geht es mir, wie die Kritiker richtig bemerken, »um eine neue Deutung des NS-Regimes« – allerdings nicht um eine ausschließliche. Ich will das bislang ungenügend analysierte, überaus hohe Maß an innenpolitischer Integration während der NS-Zeit erklären und sage dazu in der Einleitung: »Um zu einer überzeugenden Antwort beizutragen, betrachte ich die NS-Herrschaft aus einem Blickwinkel, der sie als Gefälligkeitsdiktatur zeigt.« Ich halte es für methodisch richtig, einen historischen Gegenstand genauso wie ein Objekt, das sich ein bildender Künstler vornimmt, aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Entfernungen zu betrachten. Selbstverständlich dürfen und sollen auch die Techniken der Darstellung geändert und sollten nicht immer dieselben Veduten gemalt werden. Im Fall der Historiographie müssen dafür die Fakten zum einen neu erschlossen und zum anderen muss schon Bekanntes neu eingeordnet werden.

Während Wehler behauptet, über *eine* »erklärungskräftige Interpretation« zu verfügen, lasse ich mich, auch das ein erheblicher Unterschied, gerne im Archiv von Quellen überraschen. Mal konzentriere ich mich auf die Vordenker der Vernichtung, dann auf das Schicksal eines ermordeten jüdischen Mädchens, dann wieder auf die Politik der ethnischen Säuberung, die Deportation der ungarischen Juden oder eben auf die Gefälligkeitsdiktatur. Das so schon entstandene Gesamtbild ist vielschichtig. Weitere Perspektivwechsel werden folgen, weil man sich nur so der realen Vielfalt des Geschehenen annähern kann.

Selbstverständlich gehören in ein derart geöffnetes vieldimensionales Bild der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und -wirklichkeit auch die analytischen Ergebnisse anderer. Dem charismatischen Führer ist darin eine Ecke gewiss, der gesellschaftliche und der staatliche Antisemitismus im Deutschland der NS-Zeit wird einen wichtigen Platz einnehmen, die Rolle der deutschen Industrie und der in den Nachfolgesellschaften des Dritten Reiches aus exkulpatorischen Gründen stets überbetonte diktatorische Terror gegen die eigene Bevölkerung gehören hinein, jedoch nicht in den Vordergrund des Bildes. Diese schon häufig formulierten Faktoren sind analytisch zu bedenken, doch verlieren sie dank der in »Hitlers Volksstaat« gewonnenen Einsichten an Gewicht.

Rezensionen

Jürgen Martschukat/Olaf Stieglitz, »Es ist ein Junge!« Einführung in die Geschichte der Männlichkeit in der Neuzeit, edition diskord: Tübingen 2005. 285 Seiten (Historische Einführungen, Bd. 11). 22 €

ICH war neugierig auf dieses Buch, I hatte ich doch schon vielerorts, vor allem im Kontext der Auseinandersetzungen um die Geschlechtergeschichte die interessanten Arbeiten zur Männlichkeit als prozessuale analytische Kategorie wahrgenommen. Den Studierenden möchte ich zu Beginn jeder Lehrveranstaltung vermitteln, dass Männer ein »Geschlecht« haben und »white is race«. Das Buch nun hat meine Erwartungen voll befriedigt und kann mit Fug und Recht in Anspruch nehmen, umfassend (mit Schwerpunkt auf der englischen und deutschen Literatur), gründlich und vor allem sorgfältig, das heißt sensibel für Forschungskontroversen, Definitionen und Begrifflichkeiten, einzuführen. Weil sich die Autoren eine Geschichte der Männlichkeit außerhalb der feministischen Frauen- und Geschlechtergeschichte (zu Recht) nicht vorstellen können, sie diese Geschichte als »mehrfach relationale Geschlechtergeschichte« (in Relation zu spezifischen Männlichkeitsentwürfen ebenso wie zu Weiblichkeiten) konzipieren, liefern sie zunächst einen kurzen, aber sehr präzisen Abriss über die theo-

retischen und methodischen Entwicklungen der Frauenforschung. Es folgt eine Zusammenfassung des Forschungsfeldes »Men's Studies«. Kernstück des Buches sind theoretische Leitlinien für eine Geschichte der Männlichkeit, das heißt Überlegungen, die den Autoren besonders am Herzen liegen, eröffnen sie doch weitere Forschungsfelder. Ein weiteres Kapitel setzt sich mit den bahnbrechenden Arbeiten zur Historiographie der Männlichkeitsgeschichte auseinander. In den folgenden drei Kapiteln werden dann konkrete Forschungen zu Kernthemen wie dem »Vater« in Relation zum Erwerb und zur Familie und dem »Bürger« in Relation zum Staat und (männlich dominierter) Gesellschaft sowie der männlichen Sexualität vorgestellt. Abschließend gibt es noch eine Quellensammlung mit zentralen Texten, die die Bandbreite und Vielfalt des Forschungsgebietes einfangen und eine unendlich umfangreiche und sorgfältig zusammengestellte, thematisch gegliederte Bibliographie. Das Buch ist mit großem Gewinn zu lesen, erleichtert die Vorbereitung auf Lehrveranstaltungen in der Sozial- und Kulturgeschichte und eröffnet viele neue Fragen auch an die (deutsche) Geschichte.

Christiane Harzig

Jochen Oltmer (Hg.), Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs, Ferdinand Schöningh: Paderborn [u.a.] 2005. 309 Seiten, (Krieg in der Geschichte, Bd. 24). 29,90 €

WÄHREND die historische Literatur zur Situation der Kriegsge-

fangenen des Zweiten Weltkriegs geradezu überbietet, ist es um das Thema Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg bis heute erstaunlich still geblieben. Dies verwundert um so mehr, als die Aktenlage in den europäischen und nordamerikanischen Archiven hierzu durchaus gut und die zeitnahe Memoiren-Literatur zur Thematik kaum überschaubar ist. Annähernd neun Millionen Soldaten gerieten in diesem ersten hochtechnisierten Krieg der Moderne in die Gewalt ihrer Gegner. Erst in den frühen 1920er Jahren sollten die letzten russischen, deutschen und österreichischen Soldaten in ihre Heimatländer zurückkehren. In Deutschland wurden die Kriegsgefangenenlager aufgelöst und in Heimkehrer- und Flüchtlingslager umfunktioniert. Es ist daher zu begrüßen, dass Jochen Oltmer zu dieser Thematik nunmehr einen Sammelband vorlegt, der in Originalbeiträgen internationaler Autoren zum einen große Länderstudien zur Thematik zusammenbringt, andererseits aber auch zentrale Aspekte des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit den Kriegsgefangenen thematisiert. Internierung und Gefangenschaft werden unter dem Aspekt der kriegswirtschaftlichen Zwangsausbeutung, der strafenden Disziplinierung und der bewusst in Szene gesetzten transnationalen Erniedrigung beleuchtet. Als »verwaltete Massen« und »unentbehrliche Arbeitskräfte« wurden die Entente-Kriegsgefangenen der Mittelmächte aufgefasst; daneben gab es zahllose Übergriffe bis hin zu Folter, brutaler Gewaltdemütigung und permanenter Hungerdisziplinierung. »Erfahrungen der Extreme« hatten aber auch österreichische und deutsche Kriegsgefangene im zaristischen Russland zu erdulden. Hunderttausende erlagen

dem Fleckfieber oder verhungerten in Sibirien, und besonders die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen waren vor der Revolution der russischen Nationalitätenpolitik ausgesetzt. Im revolutionären Bürgerkrieg wurden sie zu Spielbällen schnell wechselnder Machteinflüsse. Der vorliegende Band führt ausgezeichnet in das Problemfeld der europäischen Kriegsgefangenschaft ein; gleichwohl sind Desiderata anzumerken. So fehlt die außereuropäische/koloniale Perspektive vollständig. Eine medizinhistorische Thematisierung (Seuchen, Hunger) wäre – über den ausgezeichneten Beitrag zum Internationalen Roten Kreuz hinausweisend – wünschenswert gewesen. Schmerzlich fehlen Beiträge zur Thematik Rassenideologie und Kriegsgefangenschaft. Hier wird gänzlich auf die Aufarbeitung eines beeindruckenden anthropologisch-rassistischen Gefangenen-Diskurses in der frühen Weimarer Republik verzichtet. Auch steht eine literaturhistorische Aufarbeitung der reichen Memoiren-Literatur zur Kriegsgefangenschaft nach wie vor aus. Sie könnte eine ertragreiche Ergänzung zur literarischen Verarbeitung des Kriegsgeschehens selbst in den späten 1920er und 1930er Jahren liefern.

Wolfgang U. Eckart

Wigbert Benz, Paul Carell – Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Wissenschaftlicher Verlag: Berlin 2005. 112 Seiten. 16,80 €

NEIN, hier ist nicht von dem schlagfertigen und viel gerühmten Ge-

KRITIK

sandten Paul Otto Schmidt, dem Dolmetscher des Auswärtigen Amtes der zwanziger und dreißiger Jahre die Rede, der schon 1949 seine Memoiren »Statist auf diplomatischer Bühne« schrieb, sondern von dem Gesandten Paul Karl Schmidt, dem Pressechef des Ribbentrop-Amtes von 1940 bis 1945, der ein abstoßender Nazi war, als politische Figur aber sehr viel interessanter als sein Namensvetter.

Dieser Paul Karl Schmidt also, Ende 1911 geboren, trat schon 1931 als 19jähriger Oberprimaner in die Nazipartei ein, wurde Kreisredner und NS-Studentenführer, 1933 Leiter des »Kampfausschusses wider den undeutschen Geist«. 1934 beendete er sein Studium und wurde wissenschaftlicher Assistent am Psychologischen Institut der Kieler Universität und NS-Gauredner. 1936 wurde er mit »sehr gut« promoviert. 1937 ging er in die Dienststelle Ribbentrop nach Berlin und wurde nach dessen Ernennung 1938 Legationsrat 2. Klasse im »persönlichen Stabe des Reichsaußenministers«; im selben Jahr trat er in die SS ein. Und mit noch nicht einmal 29 Jahren stieg er 1940 als Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in den Rang eines Gesandten I. Klasse auf, eines Ministerialdirigenten, und wurde SS-Obersturmbannführer, bei der Wehrmacht Oberstleutnant. 1939 hatte die Abteilung sieben Beamte, 1945 waren es zweihundert!

Während der Kriegsjahre hielt Schmidt die täglichen Pressekonferenzen ab – und wurde von ausländischen Korrespondenten als sehr intelligent und witzig, in seinen Antworten oft bissig, aber ganz skrupellos geschildert, als einer, der sich auch in den schwierigsten Situationen elegant

und nonchalant bewegte – also nicht der erstbeste hergelaufene Nazi: die Elite stand fast immer bereit, wenn es um die Karriere ging. Er gründete die Zeitschrift »Berlin – Rom – Tokio« und schrieb ihr zusammen mit Hans-Georg von Studnitz, einem seiner engsten Mitarbeiter, ihre politischen Leitartikel. Studnitz konnte nach dem Krieg problemlos Nürnberger Prozessberichtserstatter der ZEIT, Chefredakteur der »Hamburger Allgemeinen Zeitung«, Pressechef der Lufthansa und leitender Redakteur von »Christ und Welt« werden und höchst amüsant über die Nazizeit erzählen. Schmidt möbelte – zusammen mit Studnitz – »Signal« mit zweieinhalb Millionen Auflage in zwanzig Sprachen zum führenden Organ der Auslandspropaganda auf. 1943 spielte Giselher Wirsing bei »Signal« die führende Rolle, die ihn dazu qualifizierte, nach dem Krieg lange Jahre Chefredakteur von »Christ und Welt« zu sein. Stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des AA war Kurt Georg Kiesinger, der, man weiß es, CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Kanzler der Großen Koalition von 1966 bis 1969 werden konnte und nur von Beate Klarsfeld für seine Nazivergangenheit gohrfeigt wurde.

Schmidt forderte unter der Überschrift »Europa den Europäern« die Beseitigung des Bolschewismus und des Judentums und Ausschaltung Englands und Roosevelts, der beiden »Zuhälter des Bolschewismus«. Als 1944 die Deportation der ungarischen Juden in die Vernichtungslager geplant war, schrieb Schmidt am 27. Mai, diese Aktion werde im Ausland gewiss große Beachtung finden und heftige Reaktionen auslösen: »Die Gegner

werden schreiben und von Menschenjagd usw. sprechen und unter Verwendung von Greuelberichten die eigene Stimmung und auch die Stimmung der Neutralen aufzuputschen versuchen. Ich möchte deshalb anregen, ob man diesen Dingen nicht vorbeugen sollte dadurch, dass man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z. B. Sprengstofffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschiebungen großen Stils mit dem Ziel der Untergrabung des ungarischen Währungsgefüges. Der Schlussstein unter eine solche Aktion müsste ein besonders krasser Fall sein, an dem man dann die Großrazzia aufhängt.« Dazu kam es nicht, weil der Reichsbevollmächtigte für Ungarn, der Gesandte Veeseinmayer, den Vorschlag Schmidts für kontraproduktiv hielt. Aber die Juden wurden dennoch deportiert und umgebracht – Schmidt indes kam nie vor ein Gericht.

Als sich Deutschland 1990 vereinigte, meinte das Bonner Auswärtige Amt ohne einen einzigen Diplomaten der DDR auskommen zu können, während dagegen 1951, als das Auswärtige Amt neu geschaffen wurde, viele Nazi-Diplomaten geholt wurden, da man auf »Fachleute« nicht verzichten wollte. Schmidt hätte da sicher gute Chancen gehabt – aber er war bereits vergeben und dabei, eine lukrativ strahlende Nachkriegskarriere zu machen. Zwar war er ab Mai 1945 zweieinhalb Jahre interniert gewesen, aber schon 1949 wurde er Autor von Propagandaschriften für den Marshallplan und die europäische Einigung. Studnitz hatte ihn dafür vorgeschlagen. 1950 schrieb er unter dem Pseudonym »Dr. P.C. Holm« eine Broschüre »Die Gren-

zen nieder – Europa ist unsere Rettung« – ganz in der antikommunistischen NS-Tradition. 1951 zahlten die Bundesregierung und US-Dienststellen für die Broschüre »Was bringt der Schumannplan?«. 1953 gestaltete er die FDP-Wahlillustrierte, und dann ging's zu Springer, wo Schmidt als Paul Carell jahrelang die Illustrierte »Kristall« mit seinen Kriegsserien voll schrieb, die bald auch als Bücher erschienen und ihm viel Geld einbrachten. 1954 war er dann gut genug, für die ZEIT zu schreiben. Und 1958 schlug Fritz Tobias dem SPIEGEL erfolgreich vor, Schmidt sein Manuskript über den Reichstagsbrand bearbeiten zu lassen. Als Schmidt 1959 bei »Kristall« Ressortchef »Politik und Aktuelles« wurde, kündigten vier Redakteure – und bald darauf wechselte der ehemalige SS-Mann Horst Mahnke vom SPIEGEL in die Chefredaktion von »Kristall« und ließ Schmidt die unendliche Serie »Unternehmen Barbarossa« schreiben. Da war auch der Weg als Freund und Berater zu Verleger Axel Springer und als Gründungsmitglied zu Kurt Ziesels »Deutschland-Stiftung« nicht weit. 1977 war er schließlich Berater des Hamburger Verlegers John Jahr, des Gesellschafters von Gruner + Jahr, Mitverlegers des »stern«.

Wigbert Benz ist ein unsystematischer und dadurch oft redundanter Autor, ein Rechthaber und Schulmeister, der manchen von ihm zitierten Autor wegen kleiner Versäumnisse tadelt, ohne dadurch zum eigentlichen Thema etwas beizutragen. Andererseits wird die Figur Schmidts dadurch viel deutlicher, dass Benz sich nur mit ihm – und nicht in einer Gesamtdarstellung unter anderen mit ihm beschäftigt: Schmidt-Carell passt so gut in die deutsche Nachkriegsgeschichte, in den

Nachkriegsjournalismus, dass man ver-
zweifeln möchte, vor allem, da seine Bü-
cher noch heute – 2003 und 2004 – mit
großem Erfolg nachgedruckt werden: bei
Herbig und Ullstein. Der Ungeist ist wach.

Heinrich Senfft

***Rainer Karlsch, Hitlers Bombe. Die
geheime Geschichte der deutschen
Kernwaffenversuche, DVA: Stuttgart
2005. 415 Seiten. 24,90 €***

ENDE 2002 hörte ich das erste Mal
von Rainer Karlsch und seiner Ab-
sicht, ein Buch über »Hitlers Bombe« zu
schreiben – und dachte, da will jemand
eine Räuberpistole erzählen. Als Karlsch
dann vor einem hochkarätig besetzten
Colloquium an der FU seine Thesen
vorstellte und außerdem recht erfolgreich
durch das Fegefeuer der anschließenden
Kritik ging, war ich eines Anderen be-
lehrt: Karlsch hatte damals schon zahl-
reiche Indizien (und bis dahin unbekann-
te archivalische Quellen) gesammelt, die
seine These von der Existenz einer deut-
schen Uranbombe plausibel machten. Für
sein nun veröffentlichtes Buch hat er
weitere Mosaiksteinchen zusammengetra-
gen und sie mit schlüssigen Argumenten
zu einem – jedenfalls für einen Nicht-
Atomphysiker – plausiblen Gesamtbild
zusammengefügt. Recht wohltuend und
ein Zeugnis seiner Seriosität ist, dass
Karlsch durchaus zugibt, dass er »nicht
alle Fragen der deutschen Kernwaffenfor-
schung bis 1945 abschließend klären«
konnte und einiges an den politischen,
militärischen und technischen Hinter-
gründen im Dunklen geblieben ist.

Zwar spricht Karlsch mehrfach von ei-
ner »deutschen Atombombe«. Das ist je-
doch irreführend. Zugleich nämlich stellt
er klar, dass es sich nicht um Atombom-
ben des Typs handelt, wie sie über Hiro-
shima und Nagasaki abgeworfen wurden,
oder um Wasserstoffbomben, wie sie in
den Folgejahren entwickelt wurden. Es
seien vielmehr kleine »taktische Kernwaf-
fen nach dem Hohlladungsprinzip« ge-
wesen, die im thüringischen Ohrdruf zur
Explosion kamen, da »hochangereiches
Uran oder Plutonium den deutschen
Wissenschaftlern nicht in ausreichender
Menge zur Verfügung stand«. Diese so-
zusagen kleinkalibrigen Atomwaffen,
deren Funktionsprinzip Karlsch ausführ-
lich erläutert, wurden am 3. und 12. März
1945 in Thüringen, möglicherweise au-
ßerdem bereits Mitte Oktober 1944 auf
Rügen erfolgreich getestet, ohne – wie
Hitler, Speer, Kammler u.a. gehofft
hatten – die Kriegswende noch herbei-
führen zu können. Dabei kamen nach
Schätzungen Karlschs allein Anfang März
1945 450 bis 700 für den Bau der Test-
anlage eingesetzte Häftlinge aus dem na-
hen KZ offenbar höchst qualvoll ums
Leben.

Zu seinen Ergebnissen kommt Karlsch,
weil er sich im Unterschied zur älteren
Forschung nicht ausschließlich auf die
Arbeiten des Kaiser-Wilhelm-Instituts
(KWI) für Physik um Werner Heisenberg
sowie des KWI für Chemie um Otto Hahn
fokussiert hat. Neben den Forschergrup-
pen um die beiden Nobelpreisträger be-
fassten sich ungefähr 100 Wissenschaftler
in weiteren 17 Forschungseinrichtungen
mit den militärischen Anwendungsmög-
lichkeiten der Atomphysik. Die wich-
tigsten Forschungsgruppen, denen dann
auch der Bau der »taktischen Atom-

waffen« gelang, wurden von Manfred v. Ardenne, der Atomforschungen im Auftrag des Reichspostministers Ohnesorge betrieb, und von Kurt Diebner, dem maßgeblichen Atomphysiker innerhalb des Heereswaffenamtes, geleitet. Darüber hinaus zeichnet Karlsch die Rolle von Walther Gerlach, Paul Harteck, Abraham Esau und anderen, auch politisch einflussreichen Atomphysikern sowie die Interessen und Aktivitäten großer deutscher Konzerne (Siemens, IG Farben, Henschel Flugzeugwerke, Degussa, Auerwerke) detailliert und kenntnisreich nach. Die meisten von ihnen, das schildert Karlsch im letzten Kapitel, konnten nach dem Krieg relativ ungebrochen an ihre Vorkriegskarrieren anknüpfen, ein Exempel für die reichsdeutsch-bundesdeutsche Elitenkontinuität. Abgesehen von den NS-Größen, die den Atombombenbau sponserten und politisch forcierten (Speer, Ohnesorge, Himmler, Vögler, Bormann usw.), gelang lediglich Diebner keine Nachkriegskarriere: Dabei war es seine Gruppe (so ein zentrales Ergebnis der Recherchen Karlschs), der die Entwicklung der taktischen Atombombe NS-Deutschlands maßgeblich zu verdanken war. Gleichsam nebenbei gelingt es Karlsch außerdem, den von Fest zum unpolitischen Technokraten stilisierten Speer über die Arbeiten von M. Schmidt, S. Willems, H. Schwendemann und anderer hinaus weiter zu entmystifizieren. Noch im Januar 1945 habe der Rüstungsminister unter Anspielung auf die im Bau befindliche Atombombe erklärt: »wir müssen nur noch ein Jahr durchstehen, dann habe wir den Krieg gewonnen«, und von einem »Atomexplosionsstoff« geschwärmt, der »imstande ist, ganz New York zu zerstören«.

Karlsch hat gründlich recherchiert. Das Buch lässt sich leicht lesen. Die Darstellung ist sachlich gehalten. Trotzdem bleiben zwiespältige Gefühle. Sie rühren zunächst aus der reißerischen Verlagsankündigung, Karlsch habe »eines der größten Rätsel des Dritten Reiches« entschlüsselt und aus dem Klappentext (»Sensation«, »Rekonstruktion der Wahrheit«, »geheime Berichte«), den sich Karlsch zwecks Erzielung hoher Verkaufszahlen offenbar hat aufschwätzen lassen. Und auch der Titel »Hitlers Bombe« ist nicht dazu angetan, die dann tatsächlich sachliche Darstellung dahinter zu vermuten – ganz abgesehen davon, dass weniger das Buch, als vielmehr eine verkürzte Rezeption Gefahren auch politischer Natur birgt, indem es rechtskonservativen und neo-faschistischen Nostalgikern eine Projektionsfläche für nationalistische Mythen bieten könnte. Insofern steht Karlschs Buch tatsächlich »im Schatten des Titels, im Schatten der Bombe« (Süddeutsche Zeitung vom 15. März 2005).

Eine aus diesem Problem rührende überkritische Reaktion auf das Buch Karlschs (»aufgemotzter Unsinn«) wäre allerdings fehl am Platze. Damit würde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die genaue Lektüre seiner Arbeit zeigt nämlich, dass Karlschs zentrale Thesen indiziengestützte, plausible Schlussfolgerungen sind, die freilich der weiteren Verifizierung bedürfen. Darüber hinaus ist die Arbeit Karlschs ein weiteres Beispiel dafür, dass die Wissenschaftsgeschichte dringend eines Paradigmenwechsels bedarf, wie er sich in neueren Arbeiten, namentlich dem von Helmut Maier 2002 herausgegebenen Aufsatzband zur »Rüstungsforschung im Nationalsozialismus« (vgl. meine Rezension

dazu in: Sozial.Geschichte 1/2004) und einigen älteren Aufsätzen von Herbert Mehrrens ankündigt: Die Forschung im »Dritten Reich« war auf vielen Feldern hocheffizient – und nicht, wie die ältere Historiographie unter Anknüpfung an die apologetischen Selbstdarstellungen von beteiligten Zeitgenossen glauben machen will, chaotisch-ineffektiv oder gar lediglich »Pseudo-Wissenschaft«. Es war gerade die Effizienz des fachlichen Engagements von nur scheinbar »unpolitischen« wissenschaftlichen Experten sowie der sich »patriotisch« gerierende Enthusiasmus anderer technokratischer Fachleute, die es der Hitler-Diktatur erlaubten, fünf Jahre lang fast ganz Europa einem barbarischen Regime zu unterwerfen und einen Weltkrieg gegen ökonomisch weit überlegene Kriegsgegner durchzuhalten. Karlschs Arbeit macht diese fatale Seite des Hitlerfaschismus, der sich der internationalen Spitzenstellung der deutschen Wissenschaften und ihrer zentralen Rolle für einen modernen Krieg wohl bewusst war und diese zu nutzen wusste, nachdrücklich deutlich.

Rüdiger Hachtmann

*Lil-Christine Schlegel-Voß, **Alter in der »Volksgemeinschaft«.** Zur Lebenslage der älteren Generation im Nationalsozialismus, Duncker & Humblot: Berlin 2005. (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 80) 327 Seiten. 78 €*

SPÄTESTENS seitdem Götz Aly überaus publikumswirksam und mit eher breitem Pinselstrich das umstrit-

tene Bild eines nationalsozialistischen »Volksstaats«, einer »Gefälligkeitsdiktatur«, zeichnete, wartet der interessierte Leser mit Spannung auf empirisch gesättigte, kritische Detailstudien zu dieser Fragestellung. Lil-Christine Schlegel-Voß hat mit ihrer Marburger Dissertation eine solide Detailstudie nun vorgelegt. Sie beschäftigt sich mit der Lage der älteren Generation im Nationalsozialismus. Hatte die NSDAP in ihrem Parteiprogramm von 1920 noch einen »großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung« gefordert, so wurde nach 1933 eine restriktive Rentenpolitik betrieben. Aus der zur »Volksgemeinschaft« verklärten NS-Gesellschaft schloss das Regime jene aus, die »erb- und rassenbiologisch« nicht brauchbar waren sowie jene, die keine »produktive Arbeit« leisten konnten. Die Nationalsozialisten strebten die Verpflichtung zur Arbeit bis ins hohe Alter an.

Die öffentliche Rentenversicherung bildete auch im Nationalsozialismus die wichtigste Säule der Altersversorgung. Das NS-Regime behielt die Sparpolitik der Weimarer Präsidialkabinette bei; im zuständigen Reichsarbeitsministerium (RAM) dominierten personellen Kontinuitäten. Mit mehreren Gesetzen gelang es dem RAM, die finanzielle Konsolidierung der Rentenversicherung einzuleiten. Das Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung vom Dezember 1937 schloss dann die Sanierung der öffentlichen Rentenversicherung ab und schuf die Voraussetzungen für Leistungserhöhungen, die allerdings in der Folgezeit nur in sehr moderater Form gewährt wurden. So lag die durchschnittliche Rentenhöhe in der Invalidenversicherung im Jahr 1939 mit 31,42 RM immer noch 5,45 RM unter der des Jahres 1931. An

der Bewilligungspraxis änderte sich laut Schlegel-Voß nach 1933 nur wenig. Erhebliche Bedeutung erlangte allerdings der seit 1937 praktizierte Rentenentzug bei »staatsfeindlicher Betätigung«: die Versicherungsträger waren äußerst aktiv in dem Bemühen, das Ruhen von Renten zu erreichen.

Mit Kriegsbeginn spitzte sich die Diskussion um die künftige Ausgestaltung der Rentenpolitik, d. h. in erster Linie um die Beseitigung der Notverordnungs Kürzungen, zu. Dass diese Kürzungen nach sechs Jahren immer noch in Kraft waren, hatte für herbe Enttäuschung unter den Rentenempfängern und harsche Kritik gesorgt. Anfang 1941 legte das RAM einen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen die Beseitigung der Rentenkürzungen vom Juni 1932 vorsah (die laufenden Renten waren damals um sechs RM, die neu festzusetzenden um sieben RM, die laufenden Witwen- und Witwerrenten um fünf RM und die laufenden Waisenrenten um vier RM gekürzt worden). Im Mai 1941 erklärte sich Hitler schließlich mit der Einbringung des Gesetzes einverstanden. Wichtig war die Anhebung der Grundbeträge für die Kleinstrentner und die Einführung der Krankenversicherung für Rentner. Laut Autorin fand das Gesetz in der Öffentlichkeit »nur wenig Beifall, da die Notverordnungs kürzungen schon seit langem als unzumutbare Härte galten, deren Rücknahme als längst überfällig empfunden wurde«. (S. 92) Insgesamt blieben die Renten aber spürbar hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurück und wurden durch die steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich belastet. Die Rentenpolitik hatte sich in jeder Beziehung den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen unterzuordnen. Die

unzureichende Höhe der Renten sollte zudem den Druck auf die ältere Generation verstärken, bis ins hohe Alter erwerbstätig zu bleiben.

Ein anhaltend niedriges Leistungsniveau sorgte auch in der knappschaftlichen Pensionsversicherung für Missstimmung. Die Arbeit an einer notwendigen Reform wurde an den Präsidenten der Reichsknappschaft, Reinhard Jakob, delegiert. Er hielt eine Erhöhung der Renten für dringend geboten und forderte weitreichende Reformen, so eine einheitliche knappschaftliche Versicherung und eine stärkere Anbindung des Rentenniveaus an das frühere Einkommen. Die am 4. Oktober 1942 in Kraft getretene entsprechende Verordnung nahm diese Vorschläge in vielen Punkten auf, betonte jedoch durch Leistungszuschläge und Treueprämien auch das Ziel der Leistungssteigerung. Angestrebt wurde die Erweiterung des Versichertenkreises der öffentlichen Rentenversicherung auf die selbständigen Handwerker – der »Ausbau zur Volksversicherung«, wie die Autorin es nennt. Ende Dezember 1938 wurde das Gesetz über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk verabschiedet. Es unterwarf alle selbständigen Handwerker der Versicherungspflicht.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) hatte hingegen eigene Pläne zu einem »Altersversorgungswerk«, einer allgemeinen Staatsbürgerversorgung, die an die Stelle der öffentlichen Rentenversicherung treten sollte. Hinter der schönen Fassade lauerten Exklusion (»Reichsangehörige deutschen und artverwandten Blutes«) und die Pflicht zur Arbeit (»Arbeit geht vor Versorgung«). »An die Stelle des Rechtsanspruchs trat die Bindung an ein allgemeines politisches und soziales

KRITIK

Wohlverhalten und verwandelte das System der sozialen Sicherung in ein Disziplinierungsinstrument zur Ausplünderung der Arbeitskraft.« (S. 175) Die Vorschläge der DAF stießen bei den beteiligten Fachressorts und innerhalb der Parteiführung auf massiven Widerstand.

Zu den zusätzlichen Altersversicherungssystemen, die große Relevanz für die Zusammensetzung der Haushaltseinkünfte hatten, zählten neben der Lebensversicherung, die betriebliche Altersversorgung und die öffentliche Fürsorge. Die Bedeutung der Lebensversicherung stieg während der NS-Zeit – bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung sowie den erheblichen Kaufkraftüberhang – stetig an. Die betriebliche Altersversorgung besaß eine lange Tradition in Deutschland und war vor allem in den Großbetrieben weit verbreitet. Die traditionelle Wohlfahrtspflege der Weimarer Republik war unter dem Massenansturm der Hilfsbedürftigen zusammengebrochen. Eine grundlegende Verbesserung der Einkommenssituation der unterstützten Rentenempfänger trat erst spät durch das Leistungsverbesserungsgesetz vom Juli 1941 ein.

Abschließend behandelt die Autorin die Ausgrenzung und Vernichtung derjenigen, die nicht mehr produktiv zu den Leistungen der »Volksgemeinschaft« beitragen konnten. Alte Menschen gerieten zunehmend in den Sog der »Euthanasie«. Die »Ausmerze« der »unproduktiven Ballastexistenzen« stand am Ende des nationalsozialistischen »Volksstaats«.

Insgesamt relativieren die Ergebnisse dieser Arbeit die Thesen von Götz Aly beträchtlich. Schlegel-Voß ist ein für die Geschichtsschreibung der NS-Sozialpolitik wichtiges Buch gelungen. Sie formu-

liert klare Standpunkte, die sie gut aus dem Material herausarbeitet. Zu bemängeln ist aber die Quellenbasis der Arbeit: Sie beschränkt sich allein auf Akten des Bundesarchivs. In diesem Zusammenhang erstaunt, dass die Autorin nicht ein Firmenarchiv zur Frage der betrieblichen Altersversorgung konsultierte. Bemerkenswert ist außerdem – da der Begriff »Lebenslage« sogar im Untertitel auftaucht – der komplett fehlende Verweis auf das maßgeblich von Gerhard Weisser entwickelte »Lebenslagenkonzept«. Vielleicht ist so auch der Umstand zu erklären, warum in dem Buch auf subjektive Beschreibungen zur »Lebenslage« der älteren Generation, wie etwa Tagebücher oder die Berichte des Sicherheitsdienstes, völlig verzichtet wird.

Karsten Linne

Annotationen

Isabel V. Hull, Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany, Cornell University Press: Ithaca/London 2005. 384 Seiten. 44,70 €

Die US-amerikanische Historikerin Isabel V. Hull untersucht in ihrer jüngsten Arbeit die deutsche Kriegführung von 1870 bis 1918. Vor allem am Beispiel des deutschen Kolonialkriegs gegen die Herero und Nama in »Deutsch-Südwestafrika« von 1904–1908 sowie des Ersten Weltkriegs versucht die Autorin nachzuweisen, dass die Auffassungen führender deutscher Militärs über die richtige Art der Kriegführung genozidale und selbstzerstörerische Elemente aufwiesen. Diese spezifisch deutsche Militärkultur, welche sich in einer extremen und irrational anmutenden Verselbständigung von Gewalt manifestierte, die wiederum auf die »absolute Vernichtung« des Gegners abzielte, führt Hull auf die deutschen Einigungskriege zurück. Diese Kontinuitätsthese ist nicht unproblematisch. Indem die Autorin den Völkermord an der indigenen Bevölkerung Namibias einseitig auf in Europa entstandene militärische Praktiken zurückführt, blendet sie die Charakteristika von Kolonialkriegen aus: Diese wurden zumeist in sozialdarwinistischer Manier als »Rassenkriege« gedeutet, was die radikale Kriegführung, die sich in der Regel auch gegen Nichtkombattan-

ten richtete, förderte. Isabel V. Hulls Thesen stellen einen Versuch dar, die überwunden geglaubte Sonderwegsdiskussion zu beleben und dürften nicht unwidersprochen bleiben.

D.S.

Jörg Strübing/Bernt Schnettler (Hg.), Methodologie interpretativer Sozialforschung. Klassische Grundlagentexte, UVK: Konstanz 2004. (Reihe UTB) 482 Seiten. 19,90 €

Endlich ist ein Überblickband klassischer Grundlagentexte der qualitativen Sozialforschung erschienen. Die in ihm zusammengestellten Beiträge waren bislang nur schwer zugänglich und die noch nicht übersetzten Originalschriften der Innovatoren der qualitativen Sozialforschung sind jetzt für Studierende als auch für interessierte Wissenschaftler verfügbar gemacht. Die damit intendierte soziologiegeschichtliche Rückbesinnung auf Ursprungskontexte, denen man für gewöhnlich nur in Zitaten oder Verweisen begegnet, reicht von Beiträgen der Hermeneutik, Idealtypenlehre und Mundanphänomenologie (Dilthey, Weber, Mannheim, Schütz) über den Pragmatismus und symbolischen Interaktionismus (Peirce, Dewey, Thomas, Znaniecki, Blumer) bis hin zu Grundlagentexten der Ethnomethodologie (Garfinkel, Sachs) und Grounded Theory (Strauss). Jeder Beitrag wird in einer kurzen Einleitung kommentiert und sein Entstehungskontext sowie Bedeutung und Rezeption erläutert. Darüber hinaus vermitteln viele Texte einen kleinen Einblick in die wechselseitigen

KRITIK

Einflüsse zwischen deutschen und amerikanischen Methodologien und Methodendebatten.

S.M.

Patrick Manning, Migration in World History, Routledge: New York 2005. ix + 193 Seiten. 50 £

In der Diskussion um die Bedeutung von Wanderungsprozessen über die Jahrhunderte verschiebt sich die Grenze unseres Wissens immer weiter zurück. Patrick Manning legt eine faszinierende Synopse menschlicher Wanderungen vor. Der Überblick beginnt mit einer Beschreibung z. Zt. gängiger Modelle von Wanderungsmustern, fasst dann die frühen Völkerwanderungen zusammen, geht über zur Besiedlung beider Amerikas und der nördlichen Regionen Eurasiens, 15.000–5.000 vor christlicher Zählung. Es folgen dann Kapitel zu den frühen Stadtkulturen und Handel treibenden Gesellschaften, Migrationsentwicklungen 500–1400, die transozeanische Ausbreitung und Migration 1400–1700, die Arbeitwanderungen 1700–1900 und schließlich die moderne Urbanisierung 1900–2000. Der Band, basierend auf Untersuchungen zur Ausbreitung von Sprachen und Kulturpflanzen, stellt eine hervorragende Zusammenfassung dar.

D.H.

Alessandra Venturini, Postwar Migration in Southern Europe, 1950–2000. An Economic Analysis, Cambridge Univ. Press: Cambridge 2004. xiii + 286 Seiten. 60 £

Diese Untersuchung fasst die Forschung zur Wanderung aus und nach Italien, Spanien, Portugal und Griechenland zusammen. Das Schwergewicht liegt auf ökonomischen Ansätzen, obwohl die Verfasserin bemüht ist, andere sozialwissenschaftliche Arbeiten einzubeziehen. Das Buch ist klar gegliedert, quantitative Angaben sind einerseits tabellarisch umfassend dargestellt und andererseits auch im Text einleuchtend interpretiert. Wie in der wirtschaftswissenschaftlich orientierten Migrationsforschung üblich, konzentriert sich diese Studie auf den Beitrag der Migranten sowohl in den Empfänger- wie in den Ausgangskulturen zu Produktion und zum Einkommen. Ihre wirtschaftliche Bedeutung als Konsumenten wird nicht untersucht. Dieses ist nicht der Verfasserin anzulasten, sondern dem Forschungsrahmen der Wirtschaftswissenschaften. Das Buch ist für die Kenntniss der südeuropäischen Aus- und Einwanderungen seit 1950 unerlässlich.

D.H.

Felicitas Becker/Jigal Beez (Hg.), Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905–1907, Ch. Links: Berlin 2005. 235 Seiten. 22,90 €

Während der genozidale Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama im damaligen »Deutsch-Südwestafrika« langsam

aber sicher Eingang ins kollektive Gedächtnis der Deutschen findet, ist der »Maji-Maji-Krieg«, der von 1905–1907 im Süden Tansanias tobte, nahezu vergessen. Mit der Herausgabe eines gut lesbaren und für eine breitere Öffentlichkeit verfassten Sammelbandes wollen Felicitas Becker und Jigal Beez an dieses blutige Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte erinnern. Die Beiträge, die von unterschiedlicher Qualität sind, stellen die bewegte Präkolonialzeit Tansanias, die Errichtung der deutschen Kolonialherrschaft wie auch Ursachen und Verlauf des »Maji-Maji-Krieges« dar. Thematisiert werden ferner die mittel- und langfristigen Folgen des Kolonialkrieges für die indigene Bevölkerung und das Gedenken an diese Auseinandersetzung im heutigen Tansania. Insgesamt bietet der Band eine profunde und facettenreiche Einführung in die Thematik, zumal die afrikanische Perspektive angemessen gewürdigt wird.

D. S.

sozial.geschichte. extra

Seit dem 19. Jahrgang (2004) existiert parallel zur Druckversion eine Online-Ausgabe der Zeitschrift Sozial.Geschichte: sozial.geschichte.extra. Sie kann auf der Homepage der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (www.stiftung-sozialgeschichte.de) aufgerufen und unentgeltlich herunter geladen werden. sozial.geschichte.extra wird genauso wie die Druckfassung von den Herausgebern in Zusammenarbeit mit den Themenredaktionen betreut. Im Gegensatz zur Druckfassung besteht sie nur aus den Rubriken »Beiträge« und »Buchbesprechungen«.

In sozial.geschichte.extra werden Aufsätze aufgenommen, die wegen ihres aktuellen Bezugs und/oder ihres besonders diskussionsorientierten Charakters eine rasche Veröffentlichungsmöglichkeit benötigen. Hinzu kommen Beiträge, die durch ihren Umfang den Rahmen der Zeitschrift sprengen würden, bei denen jedoch eine entsprechende Kürzung nicht sinnvoll erschien. Darüber hinaus möchten wir in der Online-Ausgabe auch Beiträgen zu solchen Themen eine Plattform geben, die wegen des hohen Spezialisierungsgrads ihrer Fragestellung nur einen sehr begrenzten Kreis von Fachleuten interessieren.

Alle zur Veröffentlichung in sozial.geschichte.extra angenommenen Beiträge werden auf der Homepage der Zeit-

KRITIK

schrift Sozial.Geschichte ein Jahr lang verfügbar gehalten und gehen danach ins Archiv von sozial.geschichte.extra. Im Gegensatz zur ausschließlich deutschsprachigen Druckfassung ist sozial.geschichte.extra mehrsprachig.

Inhalt

Neue Beiträge

Ruchama Marton: Tactics of oppression in the peace negotiations between Israel and the Palestians: A feminist perspective
Heinrich Senfft: »Einer, dem man glaubt«. Richard von Weizsäckers Erinnerung an Familie und Zeitgeschichte

Frank Oliver Sobich: Wissenschaft vom Völkermord? Ein kritischer Bericht von der Konferenz »Genocides: Forms, Causes and Consequences. The Namibian War (1904–08) in historical perspective«. Haus der Kulturen der Welt, Berlin, 13.–15.1. 2005

Weitere Beiträge

Immanuel Geiss: Die Neue Heilige Allianz: Krieg gegen Terror und Asymmetrischer Krieg

Arin Namal: Vier emigrierte Österreicher am radiologischen Institut der Universität Istanbul 1938–1948

Mathias Deichmann: Hans Deichmann – per giustizia, libertà, intesa tra popoli e razze

Aus Zeitschrift und Stiftung

Ingo Haar und Michael Fahlbusch sind für den von ihnen herausgegebenen Sammelband *German Scholars and Ethnic Cleansing (1919–1945)* mit einem Vorwort von Georg Iggers mit dem *Choice Outstanding Book of the Year Award for 2005* ausgezeichnet worden.

Ein Paradigmenwechsel hat das Interesse der historischen Forschung erneut auf die Beteiligung von Sozialwissenschaftlern und ihrer Institutionen an den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs gelenkt. Bereits seit den zwanziger Jahre waren rechtsradikale Sozialwissenschaftler Teil der politischen Bewegung, die sich für eine Revision des Versailler Vertrages und die Konstruktion einer neuen nationalen Identität einsetzte. Neben den exponierten Geopolitikern beteiligten sich auch Historiker, Ethnographen, Kunsthistoriker, Archäologen und Ökonomen an diesem Politikfeld. Sie etablierten ein umfangreiches Netzwerk personeller und institutioneller Kontakte. Dieser Sammelband handelt von diesen Sozialwissenschaftlern und ihrem Politikfeld.

Die Aufsätze in diesem Sammelband, geschrieben von ausgewiesenen Experten in diesem Forschungsfeld, setzen sich mit den Schlüsselfiguren und ihren Forschungsprogrammen auseinander. Insbesondere werden die historischen, geographischen, ethnographischen und

ethnopolitischen Ideen analysiert, die hinter den ethnischen Säuberungen und der Plünderung der Kulturgüter Europas durch die Nationalsozialisten standen.

Wir gratulieren den Herausgebern Ingo Haar, Mitarbeiter im Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und Redaktionsmitglied unserer Zeitschrift, und Michael Fahlbusch, Wissenschaftshistoriker und Stadtplaner in Basel, für den Choice Outstanding Book of the Year Award 2005, mit dem die American Library Association die 500 besten englischsprachigen akademischen Bücher aus ihrem Rezensionsdienst Choice Review auszeichnet.

Wir hoffen, dass dieser ausgezeichnete Band (www.berghahnbooks.com), der für 25.00\$ erhältlich ist, bald auch einen deutschen Verlag findet.

Bucheingänge

(Rezension vorbehalten)

Patrick Bernhard, *Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel 1961–1982*, Oldenbourg Verlag: München 2005. 462 Seiten (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 64)

Sören Brinkmann, *Der Stolz der Provinzen. Regionalbewusstsein und Nationalstaatsbau im Spanien des 19. Jahrhunderts*, Peter Lang: Frankfurt/Main 2005. 235 Seiten (Hispano-Americana. Geschichte, Sprache, Literatur, Bd. 37)

Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, 15 (2005), Heft 2: »Arbeit am nationalen Raum«. Deutsche und polnische Rand- und Grenzregionen im Nationalisierungsprozess, hg. von Peter Haslinger/Daniel Mollenhauer, Leipziger Universitätsverlag: Leipzig 2005. 157 Seiten

Andre Gunder Frank, *Orientierung im Weltssystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte*, Promedia: Wien 2005. 160 Seiten

Bernd Gausemeier, *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*, Wallstein: Göttingen 2005. 352 Seiten (Ge-

KRITIK

schichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 12)

Karin Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Wallstein: Göttingen 2005. 598 Seiten (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11)

Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hg.), Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, AG SPAK Bücher: Neu-Ulm 2005. 176 Seiten

Hans-Peter Klausch, Tätergeschichte. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland, Edition Temmen: Bremen 2005. 319 Seiten (DIZ-Schriften, Bd. 13)

Titus Kockel, Deutsche Ölpolitik 1928–1938, Akademie-Verlag: Berlin 2005. 393 Seiten (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 7)

Peter Kuckuck (Hg.), Die A. G. »Weser« in der Nachkriegszeit (1945–1953), Edition Temmen: Bremen 2005. 239 Seiten (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 24)

KZ Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), Die Ausstellungen, dreisprachige Ausgabe, Edition Temmen: Bremen 2005. 239 Seiten

Ruth Lewin Sime, From Exceptional Prominence to Prominent Exception. Lise

Meitner at the Kaiser Wilhelm Institute for Chemistry, Berlin 2005. 35 Seiten (Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, Ergebnisse 24)

Wolfgang Matthäus (Hg.), Der Traum von der Hauptstadt. Wie Kassel 1949 verlor. Eine Dokumentation, Kassel 2004. 109 Seiten (Schriften der WERKSTATT GESCHICHTE an der Albert-Schweitzer-Schule Kassel, Heft 4)

Sabine Mecking/Andreas Wirsching (Hg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Schöningh: Paderborn 2005. 418 Seiten (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 53)

Ahlich Meyer, Täter im Verhör. Die »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich 1940–1944, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 2005. 470 Seiten

Arnold Paucker, Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, bearb. von Barbara Suchy, mit einer Einführung von Reinhard Rürup, 2. verbesserte Aufl., Hentrich & Hentrich: Teetz 2004. 404 Seiten (Veröffentlichungen des Leo Baeck Instituts)

Jürgen Peiffer, Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder-»Euthanasie« und T4-Aktion, Berlin 2005. 63 Seiten (Forschungsprogramm »Geschichte

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, Ergebnisse 23)

Hartmut Rübner, *Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt. Maritime Wirtschaft und Politik im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Verlag H. M. Hauschild: Bremen 2005. 524 Seiten (Deutsche Maritime Studien. Schriftenreihe des Deutschen Schifffahrtsmuseum Bremerhaven, Bd. 1)

Florian Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Wallstein-Verlag: Göttingen 2005. 676 Seiten (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 11)

Stephanie Schütze, *Die andere Seite der Demokratisierung. Die Veränderungen politischer Kultur aus der Perspektive der sozialen Bewegung der Siedlerinnen von Santo Domingo, Mexiko-Stadt*, edition tranvia – Verlag Walter Frey: Berlin 2005. 296 Seiten (Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, Bd. 1)

Axel Ulrich, *Politischer Widerstand gegen das »Dritte Reich« im Rhein-Main-Gebiet*, Thrun-Verlag: Wiesbaden 2005. 352 Seiten

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), *Bericht 2002–2004. Die Forschung*, Berlin 2005. 178 Seiten

Summaries

Lothar Peter

Neue soziale Bewegungen, soziale Frage und Krise der Arbeit: Sozialkritik in der französischen Soziologie heute (Teil I und II)

Nachdem die kritische Soziologie in Frankreich seit den siebziger Jahren erheblich an Einfluss verloren hatte, finden jetzt Fragen der sozialen Spaltung, Ungleichheit und Exklusion wieder stärker Beachtung. Diese Entwicklung erhielt vor allem durch die breite Protestbewegung gegen den Abbau des Sozialstaats Mitte der neunziger Jahre Auftrieb. Charakteristisch für die gegenwärtigen kritischen Ansätze in der Soziologie ist ihre theoretische Vielfalt. Das ist insofern nicht überraschend als sich sowohl die sozialen Probleme als auch die Kategorien soziologischen Denkens inzwischen erheblich verändert haben. Man sieht das sehr deutlich, wenn man Begriffe wie Industriearbeit, soziale Klasse und Kapitalismus betrachtet. Die sozialkritischen Ansätze der französischen Gegenwartssoziologie versuchen, diesen Wandel zu berücksichtigen, ohne die Notwendigkeit von Alternativen zum neoliberalen Status quo zu negieren. Angesichts der massiven gesellschaftlichen Probleme sind die Verteidigung und Gestaltung des Sozialstaats zum Fokus der kritischen Soziologie geworden. Dabei bezieht sich die kritische Soziologie nicht nur auf die marxistische Denktradition, sondern auch auf die Soziologie von Emile Durkheim

KRITIK

und der Durkheim-Schule, die ihre Ausstrahlungskraft bis heute bewahrt haben.

After critical sociology lost its influence in French sociology in the late 1970s, questions of social disparity, inequality and exclusion are once again of interest. The present revival of critical sociology can be associated with the broad social movement opposing the cutbacks to the social welfare state in 1995. Typical for present social critical approaches is the variety of their theoretical foundations. This is not surprising since social problems as well as the categories of sociological thinking have changed significantly. This is obvious if one looks at concepts like industrial work, social class and capitalism. The social critical approaches in present French sociology try to take into account these changes without neglecting the necessity of developing alternatives to the neoliberal status quo. In this respect, the support and structuring of the social welfare state has become the central focus of critical sociology. The new critical sociology does not refer to traditional Marxist thinking alone but also to the thinking of Emile Durkheim and the Durkheim-School, which has preserved its intellectual vigour until today.

Florian Schmaltz **Die IG Farbenindustrie und der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz 1941–1942**

Die Standortentscheidung der IG Farbenindustrie, in Auschwitz das größte europäische Chemiewerk zur Produktion von synthetischen Treibstoffen und Kautschuk (Buna) zu errichten, war in den vergangenen Jahren Gegenstand historischer Kon-

troversen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Frage, seit wann die Konzernführung den Werksbau in Auschwitz erwog und welche Rolle der mögliche Einsatz von KZ-Häftlingen im Entscheidungsprozess spielte. Ausgehend von der seit Anfang 1941 rasch enger werdenden Kooperation zwischen der Konzernleitung der IG Farbenindustrie und der SS untersucht der Autor, welche Zusammenhänge zwischen dem Werksbau der IG Auschwitz und der im selben Jahr einsetzenden dynamischen Entwicklung des Lagerausbaus in Auschwitz zum größten Vernichtungslager existierten. Anhand der Bauprogramme der Zentralbauleitung der Polizei und Waffen-SS Auschwitz zeigt der Autor auf, in welchem Ausmaß die expandierende Ausbauplanung des Konzentrationslagers mit der Einrichtung neuer Barackenunterkünfte für die in wachsendem Umfang von der IG Auschwitz angeforderten Häftlinge zusammenhing. Auch die Initiative, die Häftlinge dauerhaft auf dem Werksgelände der IG Auschwitz unterzubringen, ging Ende 1941 von der Werksleitung des Unternehmens aus. Trotz anfänglicher Widerstände der SS-Lagerleitung wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz im Oktober 1942 eingerichtet und ermöglichte der IG Farbenindustrie im arbeitsteilig organisierten Gesamtlagerkomplex bis zur Räumung des Lagers im Januar 1945 die Ausbeutung Tausender von KZ-Häftlingen.

The decision by IG Farbenindustrie to build the largest chemical plant in Europe for the production of synthetic fuels and composition rubber (Buna) was subject to historical controversy in recent years. Mainly, the issue revolved around the question of the point in time company

corporate officers had considered Auschwitz for the expansion of its plants and what role the possible use of concentration camp inmates played in the decision making process. Based on the quickly growing cooperation between the officers of the IG Farbenindustrie and the SS since early 1941, the author examines the relationship between the construction of IG Auschwitz and the rapid development of the camp in Auschwitz into the largest extermination camp. Using the construction programs of the Zentralbauleitung of the police and the Waffen-SS Auschwitz, the author shows to what extent expansion plans for the concentration camp were related to its installation of new barracks for the increasing number of inmates demanded by IG Auschwitz. The initiative to permanently house the inmates on IG Auschwitz's property also came from the plant's officers in late 1941. Despite initial resistance by the SS-Lagerleitung (camp administration), the concentration camp Auschwitz-Monowitz was set up and enabled the IG Farbenindustrie's exploitation of thousands of concentration camp inmates based on a complex-wide division of labor until the evacuation of the camp in January 1945.

Dirk Hoerder
Transkulturelle Gesellschaftsstudien—Transcultural Societal Studies

Die Transkulturellen Gesellschaftsstudien gehen von einem umfassenden, nicht-hierarchischen Konzept der Kultur aus, das die alltägliche Praxis ebenso einschließt wie historische Strukturen, Institutionen und Kunst. Transkulturalismus beinhaltet die Möglichkeit in zwei oder mehr kultu-

rellen Räumen zu leben und zu agieren, und in diesem Prozess gemeinsame oder sich überschneidende Räume und Lebensstile hervorzubringen. Um die Dichotomie der manchmal jargon-behafteten Cultural Studies und der manchmal Statistik-zentrierten Societal Studies zu überwinden, integrieren die Transcultural Societal Studies (TSS) die Analyse von Institutionen und Strukturen, von Repräsentationen und Selbstbildern und von Praktiken. Die TSS sind sich vielfacher und möglicherweise nicht übereinstimmender Konventionen über die Bedeutung von Zeit, Ort und Raum bewusst. Sie verstehen menschliche Identifikationen (mehr als Identitäten) als Entwicklung in drei mit einander verbundenen Räumen: Des gelebten und erfahrenen Mikrorums der Familie und Nachbarschaft/Community; des mittleren Bereichs der Region als Rahmen für soziale und wirtschaftliche Optionen und Begrenzungen; und des Makrobereichs der staatlichen, politisch-territorial begrenzten Strukturen. Die TSS beinhalten Empirie, differenzierte Beschreibung und Analyse von sozialen Gruppen eher als von »Nationen« und »Bevölkerungen«. Sie betonen, dass agency, kulturelles Schaffen, materielle Produktion und Mentalitäten nicht notwendig an politischen Grenzen oder anderen Begrenzungen beginnen oder enden, aber sie überschreiten teilende Grenzziehungen, um neue, komplexe Ganzheiten aus verschiedensten internen, externen oder anderen kulturellen Expressionen zu formen.

Transcultural Societal Studies begin from a comprehensive non-hierarchical concept of culture that includes everyday practices as much as particular artifacts, historical structures, institutions, and expres-

KRITIK

sions in the arts. Transculturalism denotes the capability to live and act in two or more different cultural spaces and, in the process, to create mixed or overlapping spaces and lifeways (»métissage«). To overcome the dichotomy of Cultural Studies, sometimes jargon-laden, and Societal Studies, sometimes statistics-centered, Transcultural Societal Studies (TSS) integrate the analysis of institutions and structures (data-based social sciences), of representations and self-images (discourse-based sciences or humanities), and of practices (habitus sciences). TSS are aware of multiple and possibly conflicting conventions of denoting time and place/space. They understand human beings' identifications (rather than identities) as developing in three layered spaces, the lived and experienced micro-space of family and neighborhood/community, the meso-level of region as frame for social and economic options or constraints, and the macro-level of political-territorial bordered state-wide structures. TSS empirically denote, describe, and analyze differentiated social groups rather than »nations« or »populations.« They emphasize that agency, cultural creation, material production, and mentalities do not necessarily begin or end at political borders or other boundaries but transcend dividing lines to form new, complex wholes out of multiple internal, external, or other cultural expressions.

Götz Aly **Antworten auf meine Kritiker**

Im letzten Heft dieser Zeitschrift (Heft 3, 2005) haben sich in einem Diskussionsforum zur Historischen Faschismusanalyse mehrere Autorinnen und Autoren mit

»Hitlers Volksstaat« auseinandergesetzt. Wir haben Götz Aly deshalb die Möglichkeit gegeben, seinen Kritikern zu antworten. In seiner Replik geht er zum Teil auf diese Einwände ein, aber auch auf Kritiken, die an anderen Orten erschienen sind, und setzt sich mit den seiner Meinung nach wichtigsten Einwänden auseinander. Dazu gehören die Frage nach der Legitimität und Notwendigkeit wechselnder historischer Perspektiven, die Kritik an seinen wirtschaftsstatistischen Ausführungen, die seiner Meinung nach nicht zur Analyse der politisch-militärischen Dynamik der nationalsozialistischen Herrschaft taugt, und weiteren Fehlurteilen, denen seiner Meinung nach einige der Kritiker aufgesessen seien. Insgesamt kommt Götz Aly in seiner Replik zum Schluss, dass die Kritiken insgesamt gesehen nur winzige redaktionelle Korrekturen an dem Buch erforderlich machten.

In the last issue of this journal (3, 2005), in the discussion forum on the historical analysis of fascism, several authors disputed »Hitlers Volksstaat«. We have therefore offered Götz Aly the opportunity to respond to his critics. In his reply, he addresses the objections but also those criticisms, which have surfaced in other places and tackles the, in his opinion, most important objections. Included are the issue of legitimacy and necessity of changing historical perspectives, the criticism of his economic statistical models, which in his opinion are useless in the analysis of the political-military dynamic of the national socialist rule, and other misjudgments, which in his opinion some of his critics have fallen for. Götz Aly concludes that overall the criticisms demand merely minor editorial corrections of his book.

Autorinnen und Autoren

Götz Aly Prof. Dr., z. Zt. Gastprofessor an der Universität Frankfurt am Main, Mitherausgeber der Quellenedition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland«.

Wolfgang U. Eckart Prof. Dr., Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Rüdiger Hachtmann Prof. Dr. phil., apl. Prof. an der TU Berlin, Historiker.

Christiane Harzig Prof. Dr., lehrt Migrationsgeschichte an der Arizona State University.

Dirk Hoerder Prof. Dr., lehrt nordamerikanische Sozialgeschichte und Migrationsgeschichte an der Universität Paris 8 – Saint Denis. (D.H.)

Karsten Linne Dr., Historiker und Mitarbeiter der Projektgruppe Prora der Stiftung NEUE KULTUR.

Stephan Moebius PD Dr. phil., Privatdozent an der Universität Bremen und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Albert-Ludwig-Universität Freiburg i. Br. (S.M.)

Lothar Peter Prof. Dr., Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Bremen.

Dominik Schaller Historiker, Arbeitsgruppe für Genozidforschung der Universität Zürich. (D.S.)

Florian Schmaltz Dr. phil., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Wissenschaftsgeschichte des Historischen Instituts der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Heinrich Senfft Dr., Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, lebt in London.

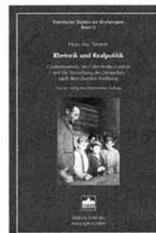
**Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und
Sozialgeschichte Ostmitteleuropas**

Band 3 Hans-Åke Persson

Rhetorik und Realpolitik

Großbritannien, die Oder-Neiße-Grenze
und die Vertreibung der Deutschen
nach dem Zweiten Weltkrieg

2. Aufl. 2001, 263 S., kart., 28,- €, ISBN 3-8305-0233-8



Band 4 Helga Schultz (Hrsg.)

Bevölkerungstransfer und Systemwandel

Ostmitteleuropäische Grenzen
nach dem Zweiten Weltkrieg

1999, 371 S., 20 Abb., kart., 43,- €, ISBN 3-87061-807-8



Band 7 Helga Schultz (Hrsg.)

Preußens Osten – Polens Westen

Das Zerbrecen einer Nachbarschaft

2001, 267 S., kart., 37,- €, ISBN 3-8305-0261-3



Band 9 Katarzyna Stokłosa

Grenzstädte in Ostmitteleuropa

Guben und Gubin 1945 bis 1995

2003, 301 S., kart., 7 s/w Abb., 40,- €, ISBN 3-8305-0521-3



Band 10 Torsten Lorenz

Von Birnbaum nach Międzychód

2005, 441 S., 17 s/w Abb., kart., 55,- €, ISBN 3-8305-0552-3

Band 12 Helga Schultz (Hrsg.)

Stadt – Grenze – Fluss

Europäische Doppelstädte

2005, 250 S., kart., 30 s/w Abb., 32,- €, ISBN 3-8305-0554-X



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Axel-Springer-Str. 54 b • 10117 Berlin • Tel. 030/841770-0 • Fax 030/841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • Internet: <http://www.bwv-verlag.de>



Zeitschrift für Weltgeschichte

Interdisziplinäre Perspektiven

Herausgegeben von Hans-Heinrich Nolte
für den Verein für Geschichte des Weltsystems

Redaktion: Dariusz Adamczyk, Ellen Baumann, Christian Lekon,
Udo Obal, Gerhard Schmidt

Die **Zeitschrift für Weltgeschichte** (ZWG) bietet ein deutschsprachiges Forum für die internationale Debatte und Forschung über Global- bzw. Universalgeschichte. Sie sucht die Kooperation mit Regionalstudien, lädt zur Mitarbeit aus anderen Disziplinen ein und wendet sich an eine breite Öffentlichkeit.

Jahrgang 6, Heft 2 (Herbst 2005)

Hinnerk Bruhns: Universalgeschichte und die schwierige Einheit der Sozialwissenschaft. Bemerkungen zu Max Weber und Fernand Braudel

Eugen Boris Rashkovskij: Die Dritte Welt als Problem für das Denken, die Wissenschaft und die Kultur

Martin Aust: Staaten, Nation und Imperium als drei räumliche Analyseebenen der preußischen und deutschen Eisenbahngeschichte. Vorüberlegungen für eine vergleichende Verkehrsgeschichte der Imperien im 19. Jahrhundert

Vasilis Vourkoutiotis: Institutionalisierte Schizophrenie. Vergleich der Behandlung von anglo-amerikanischen und sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand im Zweiten Weltkrieg

Yale Richmond: Kultureller Austausch und Kalter Krieg –
Wie der Westen siegte

Eva-Maria Stolberg: „Pferdedieb und Zigeunerbaron“: Roma in Osteuropa zwischen Romantisierung und Rassismus

Dariusz Adamczyk: EU-Osterweiterung versus Rekolonisierung.
Replik auf Hofbauer und Tausch

Die Zeitschrift erscheint zweimal jährlich. ISSN 1615-2581

Abonnement: € 45.00* / sFr. 67.00 / £ 30.00 / US-\$ 52.00

Einzelheft: € 27.60* / sFr. 40.00 / £ 19.00 / US-\$ 30.95

*Der €-Preis versteht sich inkl. der in Deutschland geltigen Mehrwertsteuer sowie zzgl. Versandkosten. Preisänderungen bleiben vorbehalten.

Peter Lang GmbH · Postfach 94 02 25 · D-60460 Frankfurt am Main
Am schnellsten bestellen Sie über unseren Internetbookshop: www.peterlang.de

Lex Heerma van Voss / Patrick Pasture / Jan De Maeyer (eds.)

Between Cross and Class

Comparative Histories of Christian Labour in Europe 1840-2000

Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien, 2005. 399 pp.

International and Comparative Social History. Vol. 8

Issued by the International Institute of Social History Amsterdam

General Editor: Marcel van der Linden

ISBN 3-03910-044-0 / US-ISBN 0-8204-6274-8 hardback

sFr. 96.- / € 66.20 / €** 61.90 / £ 43.30 / US-\$ 73.95*

* includes VAT – only valid for Germany and Austria ** does not include VAT

In the late nineteenth century in a number of continental European countries Christian associations of workers arose: Christian trade unions, workers' co-operatives, political leagues, workers' youth movements and cultural associations, sometimes separately for men and women. In some countries they formed a unified Christian labour movement, which sometimes also belonged to a broader Christian subculture or pillar, encompassing all social classes.

In traditional labour history Christian workers' organizations were solely represented as dividing the working class and weakening the class struggle. However, from the 1980s onwards a considerable amount of studies have been devoted to Christian workers' organizations that adopted a more nuanced approach. This book takes stock of this new historiography. To broaden the analysis, each contribution compares the development in at least two countries, thus generating new comparative insights.

This volume assesses the development of Christian workers' organizations in Europe from a broad historical and comparative perspective. The contributions focus on the collective identity of the Christian workers' organization, their denominational and working-class allegiances and how these are expressed in ideology, organization and practice. Among the themes discussed are relations with churches and Christian Democracy, secularization, the development of the Welfare State, industrial relations and the contribution to working-class culture.

This volume is the result of a joint intellectual enterprise of the International Institute of Social History (IISG) in Amsterdam (Netherlands) and a group of scholars linked to the KADOC – Documentation and Research Centre for Religion, Culture and Society of the KU Leuven (Catholic University Leuven-Belgium).

With contributions by: Lex Heerma van Voss – Patrick Pasture – Jan De Maeyer – Wilhelm Damberg – Claudia Hiepel – Alfredo Canavero – Paul Misner – Pieter van Duin – Zuzana Poláčková – William Patch – Andrea Ciampani – Massimiliano Valente – Frank Georgi – Hugh McLeod – Iriana Novichenko – Carl Strikwerda.



PETER LANG

Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford · Wien

Jan Lucassen / Leo Lucassen (eds)

Migration, Migration History, History

Old Paradigms and New Perspectives
Third Revised Edition

*Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien,
1997, 1999, 2005. 454 pp., 2 ill.*

International and Comparative Social History. Vol. 4

Issued by the International Institute of Social History, Amsterdam

General Editor: Marcel van der Linden

ISBN 3-03910-864-6 / US-ISBN 0-8204-8045-2 pb.

sFr. 80.- / € 59.- / €** 55.10 / £ 36.- / US-\$ 65.95*

* includes VAT – only valid for Germany and Austria ** does not include VAT

During the last decade studies have indicated that migration has been a normal, structural element of human societies throughout history. Progress in migration and settlement studies under this new paradigm has been so substantial that a new state of the art is needed. This book presents a reconsideration of current theoretical perspectives encompassing enlightened insights in diverging specialisms in the field of migration history, such as slavery studies, ethnic history, macro-economic migration studies, and gypsy studies. The seventeen essays in this volume, written by leading scholars in the field, collectively represent a pioneering effort in migration and settlement studies. They address the problems of ongoing specialization (and hence the need for synthesis) and the difficulties of integrating the consequences of this new paradigm into general histories.

With contributions by: Jan Lucassen – Leo Lucassen – Leslie Page Moch – Nancy L. Green – Dirk Hoerder – David Eltis – Pieter C. Emmer – Ralph Shlomowitz – Eric Richards – Donna Gabaccia – Arjan de Haan – Ida Altman – Georg Fertig – Aristide R. Zolberg – Colin Holmes – Kenneth Lunn – Robin Cohen.

The Editors: Jan Lucassen (1947) is Senior Research Fellow at the International Institute of Social History, Amsterdam, and Professor of International and Comparative Social History, Vrije Universiteit, Amsterdam, The Netherlands.

Leo Lucassen (1959) is Professor of Social History at Leiden University and Assistant Professor of Social History at Amsterdam University.



PETER LANG

Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford · Wien

INHALT

FORSCHUNG

LOTHAR PETER: *Neue soziale Bewegungen, soziale Fragen und Krise der Arbeit: Sozialkritik in der französischen Soziologie heute (Teil I)*

FLORIAN SCHMALTZ: *Die IG Farbenindustrie und der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz 1941–1942*

DISKUSSIONSFORUM SOZIALGESCHICHTE (2)

DIRK HOERDER: *Transkulturelle Gesellschaftsstudien – Transcultural Societal Studies*

DISKUSSIONSFORUM HISTORISCHE FASCHISMUSANALYSE (2)

GÖTZ ALY: *Antworten auf meine Kritiker*

BUCHBESPRECHUNGEN UND ANNOTATIONEN